

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Die Interlons-Gebühr

Erträge für die sechsgebaltene Rotationszelle oder deren Raum 10 Wg. für politische und gesellschaftliche Beratern- und Beraternungs-Anfragen 20 Wg. Kleine Anzeigen, das festgesetzte Wort 10 Wg. (zweiwöchige 2 festgesetzte Worte), jedes weitere Wort 10 Wg. Stellungs- und Geschäftsstellenanzeigen das erste Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 5 Wg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erkocht täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 28. Februar 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Der Arbeiterverrat des Zentrums.

II.

Unsere Leser werden unschwer eine Uebereinstimmung der hin und her schwankenden Taktik der Führer des Zentrumsgewerksvereins mit der Haltung der Zentrumsparteiführung herausfinden. Gelegentlich radikal, polternd nach oben drohend, im entscheidenden Moment aber zurück auf die konservative Grundlinie. Die jetzigen Wortführer des Zentrumsgewerksvereins der Bergleute haben 1904 dessen Vorsitzenden Brüst abgewimmelt, weil er auf dem besten Wege war, die Organisation in das Lager der Selben zu führen. Heute sind Brüst's Nachfolger, unweifelhaft unter dem Einfluß der grundsätzlich konservativ gerichteten „demokratischen“ Zentrumsführer, so weit nach rechts gewichen, daß der gelbe „Wertverein“ seine helle Freude darüber ausdrückt. Man konnte schon seit 1910 nicht mehr im Zweifel über den rapiden Rechtsabmarsch der einstigen Ueberradikalisten sein. Aber die Reichstagswahlbewegung im Ruhrgebiet hat doch erst volle Klarheit geschaffen.

Auch im Reichstag ist bereits der Rumpst verzapft worden, der Ausgang der Reichstagswahlen, besonders in Essen und Bochum, sei ein Zeichen für die Erstarkung der „christlich-nationalen“ Arbeiterbewegung. Nun, wenn es auf diese angekommen wäre, dann wäre der „christlich-nationale“ Sammer groß. Von den am stärksten durch die Zentrumsgewerksvereinsbewegung zerplitterten Bergarbeitern hat am 12. Januar ohne Zweifel die große Majorität sozialdemokratisch gewählt. Nach einer Mitteilung des Zechenverbandes über den Ausfall der Berggewerksvereinswahlen, für die daselbst Wahlrecht wie für den Reichstag gilt, gab es im Herbst vorigen Jahres 226 291 wahlberechtigte Ruhrbergleute. Im Januar 1912 werden es rund 230 000 gewesen sein. Rechen wir davon 90 Proz. als Abstimmende — die Wahlbeteiligung war in den Bergarbeiterorten sehr stark —, dann sind ungefähr 207 000 am 12. Januar 1912 zur Wahl gegangen. Von diesen haben, geschätzt nach den Teilergebnissen, mindestens 120 000, das sind 58 Proz., sozialdemokratisch gestimmt! Das ist ein außerordentliches Ergebnis, wenn man bedenkt, daß fast 40 Proz. der Ruhrbergleute aus zumeist landwirtschaftlichen Bezirken Ostbeliens zugewandert sind. Gerade in den Orten mit den relativ meisten bodenständigen Arbeitern hat die Sozialdemokratie die größten Mehrheiten (oft bis über 70 Proz.) für sich gewonnen. Das ist eine besonders wichtige parteipolitische Tatsache, bezeichnend auch für die Entwicklung der „christlich-nationalen Arbeiterbewegung“.

In den beiden am heftigsten umstrittenen Kreisen Essen und Bochum gewann die Sozialdemokratie fast 22 000 Stimmen, die Kandidaten der „christlich-nationalen Arbeiterschaft“ erhielten nur 6000 Stimmen mehr! Glänzend war besonders der Stimmenzuwachs für unseren Genossen Gewehr in Essen, der den Hauptwortführer der Zentrumsgewerksvereine, Herr Wiesberts, so hart bedrängte, daß dieser nur noch mit Hilfe der gelben Wertvereine und des um den Schachmachersyndikus Girich geformten Massenauflgebots der Beamten sein Mandat retten konnte. Die Mehrheit der Arbeiter hat Wiesberts nun nicht mehr gewählt. Weil Wiesberts im Spiele war, deshalb — und mit Hilfe von „noblen“ Mitteln, die wohl noch im Reichstags zur Sprache gebracht werden — gelang es den mit den Merkmalen diesmal engverbünderten Industriekonservativen, uns das Bochumer Mandat zu entreißen. Unser Genosse Sue brachte es aber in der Hauptwahl auf die weitaus höchste Stimmenzahl unter allen Kandidaten. Vor der Stichwahl überfluteten zahlreiche Zentrumsgewerksvereinssekretäre den Kreis und arbeiteten mit einer Wucht und einer fanatisierenden Gehässigkeit gegen Sue für den Kandidaten der Zechen- und Hüttenbesitzerpartei, Herrn Hofmann, als ob ihr Seelenheil von dessen Sieg abhänge. Wer es beobachtet hat, wie diese „Gewerkschaftssekretäre“ im Verein mit den Angestellten der Zechen- und Hüttenbesitzerpartei in die Schranken ritten, besser gesagt: sich in Werksautomobilien hinein fahren ließen, der mühte mit dem eingetretenen Wahlausfall rechnen, wo überdies unsere Stimmenzahl in der Hauptwahl erst 38,3 Proz. der Gesamtstimmzahl ausmachte. Entscheidend für die Beurteilung der parteipolitischen Entwicklung im Ruhrgebiet ist auch unser Stimmenzuwachs, den die „Königliche Ztg.“ entsetzt einen gewaltigen nannte. Im Bochumer Kreise ging unter Stimmenanteil von 15 Proz. in 1890 auf 38,3 Proz. in 1912 hinauf, der des Zentrums von 39 Proz. auf 25,9 Proz., der der Industriekonservativen von 33,2 Proz. auf 29,4 Proz. zurück! Nicht die „christlich-nationale Arbeiterschaft“ hat uns die beiden Ruhrkreise diesmal entreißen und Essen noch einmal dem Zentrum erhalten können, sondern die Koalition von Großkapital und Merkmalismus hat es durch riesige Geldausgaben, hingebungsvoller Indienststellung des M.-Glabbacher Sekretärstabes und beispiellos religiöser Fanatisierung der sonst politisch und gewerkschaftlich indifferenten Massen, unter sehr aktiver Hilfe der gelben Streikbrecherorganisationen vermocht, einen Durchbruch zu erzielen. Die Wählerziffern gerade in dem hauptsächlichsten Werbegebiet der Zentrumsgewerksvereine, am Niederrhein (Köln, Düsseldorf!) und im Ruhrgebiet, beweisen, daß auch

die „christlich-nationale Arbeiterbewegung“ unseren Siegeslauf nicht aufhalten kann.

Das haben die klügeren Zentrumsführer wohl erkannt. Sie erblickten die am meisten erfolgversprechende Massenverwirrung nun in dem Anschluß der einmal radikal agierenden „christlichen Gewerksvereine“ an die von den Werksbesitzern allein geduldet gelbe Bewegung. Damit wird nicht nur den über das gelegentliche Zusammenarbeiten der M.-Glabbacher Organisation mit den freien Gewerkschaften indignierten Konservativen der „Kreuz-Zeitungs“ richtung ein Gefallen erwiesen, sondern die jetzige Haltung der Ueberradikalisten vom Zentrumsgewerksverein der Bergleute entspricht auch den Wünschen der Herren Kapp-Korrum. Was die von dieser orthodox-katholischen Seite protegierten „katholischen Hochabteiler“ bisher an den M.-Glabbacher „Streikgewerkschaften“ auszusetzen hatten, wird nun von deren „Rustergewerksverein“ ausgedrückt werden. So spiegelt sich auch in den Vorgängen innerhalb der rheinisch-westfälischen Bergarbeiterchaft die seit der „Finanzreform“ 1909 erfolgte Demaskierung der Zentrumspartei als eines im schlimmsten Sinne konservativen Parteigebildes wider. Was die Führer des Zentrumsgewerksvereins im Ruhrgebiet bei der Reichstagswahl im Dienste der Industriekonservativen taten, ist der Ausdruck für die von der Zentrumsparteileitung mit den Industriekonservativen und den ostelbischen Junkern abgeschlossene Interessengemeinschaft. Und als Konsequenz dieser Dienste ist auch die veruchte Löhnung der bergmännischen Lohnbewegung durch die Zentrumsgewerksvereinsführer für den Beobachter der Vorgänge keine Ueberraschung.

Die Vertreter der drei anderen Bergarbeiterverbände lassen sich von den gelben Gedanken der Merkmal-kapitalistischen Agenten nicht beirren, sondern sind nun mit detaillierten und eingehend begründeten Forderungen an die einzelnen Werksverwaltungen herangetreten. An diese liegt es, den durchaus berechtigten und durchführbaren Arbeiterforderungen entgegen zu kommen, damit die Bergarbeiterchaft von der Kohlenpreiserhöhung — die für die Zechenverwaltungen nach einer Schätzung des „Evangelischen Arbeiterboten“ jährlich eine Mehreinnahme von 90 Millionen Mark bedeutet! — einen ausreichenden Lohnanteil mitbekommt.

## Das uneingelöste „Königswort“.

Rechtsnational-liberale, Merkmal- und konservative Blätter fahren fort, Keuzungen aus den Reden des Genossen Scheidemann herauszufischen, um zu zeigen, wie verworren diejenigen National-liberalen waren, die ihn gewählt haben. Und die Kernsten sind auch schon bereit, zu Kreuze zu kriechen. Statt zu erklären, daß es ein aufgelegter Schwindel ist, der da getrieben wird, daß die National-liberalen, indem sie für Scheidemann stimmten, ebensowenig Verantwortung für die Haltung der Sozialdemokratie übernehmen, als die Sozialdemokratie für die National-liberalen, als sie Paasche wählten, stammeln diese Helden die komischsten Entschuldigungen und beteuern ihre Unschuld: sie hätten gar nicht gewußt, daß Sozialdemokraten so böse Menschen sind.

Diese lächerlichen Kindereien haben aber auf der anderen Seite wenigstens den Nutzen, die Aufmerksamkeit auf die Rede Scheidemanns selbst zu lenken. Und diese ist heute in ihrer entscheidenden Partie ebenso aktuell wie an jenem 10. Dezember 1909, an dem sie gehalten worden ist, und wird so lange aktuell bleiben, als nicht das Versprechen der Thronrede erfüllt und das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht in Preußen Wirklichkeit geworden. Das mag sich auch vor allem Herr v. Bethmann gesagt sein lassen, der die Verantwortung für das „unerfüllte Königswort“ trägt und dem die Rolle des Angeklagten, aber wirklich nicht die des Anklägers angemessen ist. Man braucht nur die entscheidenden Stellen dieser Rede wiederzugeben, um die Wichtigkeit dieser Behauptung zu erweisen.

Scheidemann behandelte zunächst die Steuerischen der Junker und kam dabei zunächst auf den Kampf der englischen liberalen Regierung gegen die Lords zu sprechen. Er zitierte eine Volksversammlungsrede Lloyd Georges, in der dieser über sein neues Budget sagte:

„Die „armen Teufel“, die im Jahre nur 100 000 M. zu verdienen haben oder 200 000 oder 400 000 M., werden für das Reich etwas mehr zu bezahlen haben, und auch die „Unglücklichen“, denen durch Erbschaft ein Vermögen zufällt, sollen ein bißchen mehr zahlen als jeither. . . . Unsere arbeitenden Klassen sind nicht zufrieden zu stellen mit leeren Versprechungen, daß alle Fragen, wie z. B. die Wohnungsfrage, ihre Lösung in einer jenseitigen besseren Welt finden sollen. Denn sie sind längst darauf gekommen, daß viele gerade von jenen Leuten, die so sprechen, sich im Diesseits die besten Plätze ausgesucht haben.“

Die Junker treiben es zur Revolution. Aber wenn die Junker durch ihren Beschluß eine Revolution herbeiführen, dann wird das Volk dieser Revolution die Richtung geben, dann werden sich Fragen laut erheben, die man heute nur mit gesenkter Stimme flüstert, und man wird mit Nachdruck Antwort fordern. Eine dieser Fragen wird lauten: wo steht denn geschrieben, daß eine Handvoll Leute den Boden Englands zum freien Weiz haben muß? Wer hat 10 000 Menschen zu Eigentümern allen Grund und Bodens gemacht und alle anderen aber zu rechtlosen Landstreichern im Lande unserer Geburt? Wer trägt die Verantwortung über diesen Stand der Dinge, daß der eine gezwungen ist, sein ganzes Leben

hindurch in mühsamer Arbeit knapp zu gewinnen, was er zum Leben nötig hat, während der andere, der keine Arbeit kennt, in jeder Stunde des Tages, in jeder Stunde der Nacht, die er verschläft, größere Einnahmen hat als sein beschlofer Nachbar aus der Gluckerei eines ganzen Jahres? Das sind die Fragen, die man stellen wird. Die Antwort wird gefährlich sein zugleich auch für die Ordnung, die die Lords repräsentieren. Aber sie wird auch kostbare erfrischende Entladung bringen für die ausgedörrten Lippen der Massen, die auf dem Stauhe, durch das Dunkel der Jahrhunderte dahin trachten, nun aber emporsteigen zum hellen Tag.“

Scheidemann fuhr dann fort: „Meine Herren, kein Sozialdemokrat, ein leidenschaftlicher englischer Minister hat derartige Worte gesprochen! Als ich das las, mußte ich natürlich an unser Deutschland denken. Stellen Sie sich vor, welches Gesicht der Herr Reichskanzler machen würde, wenn er eines schönen Morgens in einem national gutgefeimten Blatte — sagen wir in der „Staatsbürgerzeitung“ oder in der „Wahrheit“ oder in der „Norddeutschen Allgemeinen“ oder in der „Kreuzzeitung“ — lesen würde, daß sein Schatzsekretär irgendwo in einer Volksversammlung eine Rede gehalten hätte, wie sie hier der englische Minister Lloyd George gehalten hat! Ich will nicht versuchen, das Gesicht zu beschreiben, das der Herr Reichskanzler vermutlich machen würde, wenn er das läse. Vielleicht macht sich einmal ein Zeichner des „Simplizissimus“ daran und zeichnet es.“

Die Regierung kennt ganz genau ihre Marschroute, die Regierung weiß, wie sie sich zu verhalten hat. Aber wenn die Herren nun mit einem Male eine Politik einzuleiten bemüht wären, wie sie der Herr Reichskanzler andeutete, der scheinbar über allen Bayern schweben möchte — wenigstens mit Worten —, dann möchte ich den Herrn Reichskanzler doch ersuchen, einmal nachzulesen, welche Anweisungen ihm von seinen Herren, von der Mehrheit, im Laufe der wenigen Monate gegeben worden sind, seitdem er am Ruder ist. Ein ganzer Katechismus ist aufgestellt worden mit Angaben, wie man am besten nach rückwärts regieren kann; ich will aber bloß einen, und zwar den charakteristischsten Lehrsatz der Herren, mit denen Herr von Bethmann Hollweg sich wird verständigen müssen, vortragen, nämlich den Satz, daß ein König nicht sein Wort zu halten braucht. In der Thronrede vom 20. Oktober 1908 wurde eine Wahlreform für Preußen angekündigt und diese Reform bezeichnet als die wichtigste Aufgabe. „Es ist mein Wille“ — hieß es in der Thronrede, und wenige Tage später lasen wir in dem Organ der konservativsten Partei: „es ist nicht mein Wille, er sträubt sich vielmehr; vor allen Dingen ist er nicht verpflichtet, das, was er versprochen hat, zu halten.“ Und das konservative Kirchenblatt schrieb: „ein König braucht nichts zu halten von dem, was er versprochen hat“ (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten), so lange ein nicht mehr amtierender Minister im Amte gewesen ist. Diesen Grundsatze des Kirchenblattes als richtig angenommen, ergibt sich folgendes: Der neue Reichskanzler hat als preussischer Minister die Thronrede gegengezeichnet. Er ist jetzt aber kein Minister“ mehr, er ist jetzt Ministerpräsident, ist Reichskanzler. Also ist er nach der Logik des konservativen Kirchenblattes nicht mehr der Minister, unter dem ein bestimmtes Versprechen vom König gegeben wurde, und deshalb kann der König einfach sein Wort brechen. Wir haben weiter gelesen: „Jeder Versuch, das Versprechen der Thronrede einzulösen, sei ein Frevel.“ Ich möchte da doch eins feststellen. Es hat sehr viele Leute gegeben, und zwar Leute, die nicht zu uns gehören, leider noch nicht zu uns gehören, die der Meinung waren, daß jeden Tag eine Erklärung des Herrn Reichskanzlers kommen werde, in der er sich gegen die ihm zugeworfene Schufsterei energisch verwahre (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), in der er erklärte: „ich und mein König, wir haben nichts zu tun mit Schufstereien, wie sie da verlangt werden.“ Der Herr Reichskanzler hat sich in Schweigen gehüllt.

Und nun kommt jener Satz, für den die Reaktionen seit der Präsidentenwahl so viel Klatsch gemacht haben:

„Am kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, möchte ich doch bitten, daß Sie nicht etwa von mir annehmen, ich habe ein besonderes Vertrauen in ein Königswort. (Heiterkeit.) Ich kenne die preussische Geschichte gut genug, um zu wissen, daß der Wortbruch sozusagen zu den erbadenkten Traditionen des in Preußen regierenden Hauses gehört. (Große Unruhe und Ohol rechts. — Glode des Präsidenten.)“

Vizepräsident Erzprinz zu Hohenlohe-Langenburg: Ich muß den Ausdruck unbedingt rügen, das dürfen Sie nicht sagen. Ich rufe Sie zur Ordnung.

Scheidemann: Nachdem das, was ich soeben gesagt habe, so kräftig blau-schwarz unterstrichen worden ist, will ich zwei kleine Beispiele anführen. Als Friedrich Wilhelm III. von Napoleon in die Enge getrieben war, als Napoleon die deutsche Randlinie sehr wesentlich verändert hatte, da wandte sich der König an das preussische Volk um Hilfe und versprach ihm eine Verfassung. Das preussische Volk ergriff die Waffen, opferte Gut und Blut und machte den König frei von Napoleon; der König aber vergaß nachher, sein Versprechen zu halten. Heinrich Heine schrieb damals: Der König von Preußen ist ein frommer Mann, aber ich wünsche, daß er auch glaube an Jupiter, den Vater der Götter, der den Weineid rüdt! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auf Friedrich Wilhelm III. folgte der IV. Er regierte acht Jahre lang, ohne sich an das Versprechen seines Vorgängers zu halten. Dann kam die Revolution. Am 18. März 1848 wurde Berlin von den Revolutionären, dem kämpfenden Kleinbürgertum in Gemeinschaft mit der Arbeiterschaft genommen, das Militär mußte Berlin verlassen, der König wurde gezwungen, vor den Toren den Hut abzugeben; er zog durch die Straßen; unter den Linden, wo sich das Volk versammelt hatte, versprach er eine Verfassung und sprach vom Wahlrecht. Als heller Jubel des Volkes über dieses königliche Versprechen herrschte, da machte sich ein schlichter Arbeiter, der seine Pappendimer kannte, bemerklich und rief: Glaubst ihm nicht! Er lügt, er lügt, wie er immer gelogen hat! (Frui rechts.) Die Verfassung wurde zwar gegeben, allein ein Jahr später wurde sie dem preussischen Volke wieder geraubt, und seit jener



Zeit ist das preussische Volk an das erbärmliche Dreiklassenwahlrecht gekettet, unter dem es bis heute schmachtet.

Scheidemann wies dann auf die schwächliche Haltung der Liberalen, besonders der Nationalliberalen hin, und auch da lassen die Worte, die er den Nationalliberalen zurief, heute so gut als damals:

Die Liberalen würden mit der Sozialdemokratie die Forderungen, die beide gemeinsam haben, für die wir kämpfen, und die teilweise im freimüthigen Programm stehen, durchsetzen. Statt dessen sehen wir, wie die nationalliberale Partei für ein Stimmkaufsystem kämpft, für das denkbar ungerechtere Wahlverfahren. Der Grund dafür liegt — und damit erwidere ich gleichfalls dem Herrn Kollegen Wassermann — in dem Klassencharakter Ihrer Partei. Das gleiche übertrug Sie der nationalliberalen Partei als Partei zunächst überhaupt nichts schaden; aber die Rechte, die Sie vertreten, die Kinderlosigkeiten der Weiblichen fürchten die große Masse, und deshalb dürfen Sie nicht. Die Rücksicht auf die Wählermassen, der ganz sicher zu erreichende wirksamere Arbeitssatz, die damit verbundene Stärkung der Gewerkschaftsbewegung, die direkte Besteuerung und die Aussicht auf die endliche Enteignung kapitalistischer Kleinbetriebe im Interesse der Gesamtheit, das ist es, was Sie abhört, für ein allgemeines direktes und gleiches allgemeines Wahlrecht eingutachten. Meine Herren, das ist das Schlimme, daß die Nationalliberalen nicht sind, was sie scheinen wollen. Sie sind abhängig von den großen Interessengruppen, die auch die Gelder für die Wahlen geben haben.

Das ist der Kern der damaligen Rede. Und nun fragen wir nochmals: Selbst wenn man sich mit dem Herrn Schiffer auf den erbärmlichsten Polizeistandpunkt stellt und aus der zornigen Anklage des Vertreters der Entrechteten in Preußen nur eine „Majestätsbeleidigung“ herausföhrt, sind dann nicht erst recht Herr v. Bethmann und seine Auftraggeber, die so stürmisch den Bruch des „Königsworts“ verlangten, die Agents provocateurs gewesen? Sind sie nicht die letzten, die sich beklagen dürfen, wenn die Entrüstung der rechtlosen Masse auch zum Ausdruck kommt?

Uebrigens hat man unserem Genossen noch ein zweites „Verbrechen“ angekreidet, er soll — schrecklich zu sagen — den herrlichen Friedrich Wilhelm IV. einen Vossreiter genannt haben. Aber das ist eine Verwechslung. Die Charakteristik röhrt nicht von Scheidemann her, sondern von — Barnhagen von Ense, der in seinen Aufzeichnungen unterm 9. September 1851 notierte:

Selten mag ein Röhrt so allgemein mißachtet, verachtet und verhöhnt gewesen sein! Vornehm und gering sieht ihn als einen Vossreiter an, der zwar gefährlich genug in seinen Streichen ist, an dem man aber keine Lustbarkeit hat.

Und statt Barnhagen hätte Scheidemann noch ein Duzend anderer Historiker — Treitschke an der Spitze — nennen können, die über diesen Menschen ebenso hart und ebenso richtig geurteilt haben.

Wenn also die reaktionären Herrschaften ihr Spiel fortsetzen wollen, wir sind es wirklich zufrieden. Diese Propaganda für sozialdemokratische Reden ist uns wahrlich recht. Und wenn sie namentlich immer wieder dem preussischen Volke ins Gedächtnis zurückrufen, daß das Versprechen der Wahlreform noch immer unerfüllt ist, werden wir ihnen für diese Agitationsarbeit sehr verbunden sein. Denn es ist allerdings hohe Zeit, daß das Volk recht kräftig an dieses uneingelöste Versprechen die Herrschenden mahnt.

## König Landrat als Wahlmacher.

Von den preussischen Landräten im allgemeinen und von den pommerischen im besonderen ist man allerhand gewöhnt. Landrat v. Maljahn im pommerischen Kreise Grimmen trug durch seinen Prozeß gegen den fortschrittlichen Rittergutsbesitzer Becker wesentlich dazu bei, daß die breitere Öffentlichkeit näher vertraut mit den preussischen Landratsgepflogenheiten wurde. Becker wurde von einem pommerischen Gericht wegen Beleidigung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt und, als das Reichsgericht dieses Urteil aufhob, immer noch auf drei Monate eingekerkert.

Jetzt hat derselbe Landrat Maljahn einen neuen wertvollen Beitrag zur Charakteristik landräulicher Diktatur geliefert. Im Amtsbezirk des Herrn v. Maljahn standen sich in der Stichwahl der fortschrittliche Kandidat Gothein und der konservativ Dr. Langemak gegenüber. Als Landrat glaubte sich v. Maljahn berechtigt, die ihm unterstellten Gemeinde- und Ortsvorsteher folgendermaßen „anzuweisen“:

Der Landrat. Grimmen, den 18. Januar 1912.  
Die Verhinderung der Staats- und verfassungsmäßigen Sozialdemokratie ist von der kgl. Staatsregierung aus Anlaß des gegenwärtigen Wahlkampfes wiederholt und mit Nachdruck als die Aufgabe aller staatsreuen Bürger bezeichnet worden. Um einer irrthümlichen Auffassung der sich hierauf insbesondere auch für die Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten ergebenden Pflichten vorzubeugen, mache ich hiermit ausdrücklich darauf aufmerksam, daß diese von der kgl. Staatsregierung in den Vordergrund gestellte Verhinderung der Sozialdemokratie sich selbstverständlich nicht darauf beschränkt, daß kein staatsreuer Wähler, gleichwohl denn ein Beamter einem Sozialdemokraten seine Stimme geben darf, sondern daß mit allem Nachdruck dahin gewirkt werden muß, daß nur solche Sozialdemokraten in den Reichstag entsandt werden, die den Kampf gegen die Umsturzpartei mit aller Kraft im Verein mit der kgl. Staatsregierung aufzunehmen und durchzuführen willens sind. Von diesem Gesichtspunkte aus hat sich das Verhalten des Beamten auch bei den bevorstehenden Stichwahlen zu regeln. Ich ermahne, dies auch den übrigen dort etwa befindlichen Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten in geeigneter Weise mitzuteilen.

(gez.) v. Maljahn.  
Die Herren Orts- und Gemeindevorsteher des Kreises.

Dieser unerhörte Akt der Wahlbeeinflussung würde unweigerlich zur Kaffierung der Wahl führen müssen, wenn nicht eben Gothein doch gewählt worden wäre, gegen dessen Wahl sich ja gerade die amtliche Wahlbeeinflussung richtete. Der Landrat v. Maljahn hat sich aber nicht mit dieser amtlichen Wahlbeeinflussung begnügt, er hat auch einen durch Wahlgesetz und Wahlordnung nicht gestützten Erlaß gegen die sogenannten „Wahlkasspuffer“, das sind die Wahlkontrolleure der Parteien, herausgegeben. Unter dem 18. Januar richtet er an die Wahlvorsteher eine Verfügung, in der er sich zunächst mit dem Begriff der Offenlichkeit der Wahlhandlung beschäftigt und dann ausführt:

Es steht an sich jedem Reichstagswähler der Zutritt sowohl zur Wahlhandlung als auch zur Feststellung des Wahlergebnisses frei, aber auch nur eben den Wählern. Hieraus folgt zunächst, daß die Wahlvorsteher Personen, welche sich über ihre Eigenschaft als „Wähler“ nicht legitimieren können, im Wahllokal nicht zu dulden brauchen. . .

Die sogenannten Wahlkasspuffer haben, sofern sie sich als Wähler legitimiert haben, nur das Recht, der Wahlhandlung und der Feststellung des Wahlergebnisses als Zuschauer beizuwohnen, versuchen sie durch Zwischenbemerkungen in den Gang der Wahlhandlung usw. einzugreifen und sich Funktionen bezulegen, die ausschließlich dem Wahlvorstande obliegen, so sind sie unweigerlich wegen Störung der Wahlhandlung vom Wahlvorsteher auf Grund des ihm zustehenden Hausrechts aus dem Wahllokal zu entfernen. So haben verschiedentlich Kasspuffer sich berufen geföhlt, an den für die Geheimhaltung der Stimmabgabe nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen allein verantwortlichen Wahlvorstand das Ansehen zu stellen, die Wahlurnen vor Herausnahme der Wahlzettel ungeschüttelt, in einem Falle ist der betreffende Kasspuffer sogar so weit gegangen, zu verlangen, daß der Wahlvorstand sich vor der Feststellung des Wahlergebnisses von allen auf ihn befindlichen Wahlurnen gebührend entferne, und zu erklären, als der Wahlvorsteher aus eigenem Antriebe ein Umschütteln der Wahlurne vornahm, dies sei nicht Sache des Wahlvorstehers gewesen, sondern habe dem Kasspuffer übertragen werden müssen. Ich erwarte, daß derartige Ungebührlichkeiten der Kasspuffer seitens des Wahlvorstandes mit aller Schärfe entgegengetreten wird. Kasspuffer, die sich den Anordnungen des Wahlvorstehers nicht fügen und auf seine Aufforderung hin das Wahllokal nicht verlassen, sind eventuell zwangsweise zu entfernen und zur strafrechtlichen Verfolgung wegen Hausfriedensbruch zur Anzeige zu bringen.

Ich erlaube die Herren Wahlvorsteher, mir über jede bei der bevorstehenden Stichwahl mit derartigen Kasspuffern gemachte Beobachtung demnächst Anzeige zu machen.

(gez.) Freiherr v. Maljahn.

Der Reichstag wie der preussische Landtag werden Gelegentlich haben, sich mit diesen vom „Berliner Tageblatt“ veröffentlichten landräulichen Erlässen zu beschäftigen, und die Welt wird ja dann erfahren, ob der preussische Polizeiminister v. Dallwitz den Mut haben wird, diese landräulichen Uebergriffe zu verteidigen.

## Der Krieg.

### Die Situation in Beirut.

Konstantinopel, 27. Februar. (Melbung des Wiener A. A. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Ein Telegramm des Wali von Beirut besagt: Die schleunigen Maßnahmen zum Schutze der Konsulate und fremden Niederlassungen sowie die Wiederherstellung der Ordnung haben guten Eindruck gemacht. Die Konsuln beglückwünschten den Wali, dankten ihm und tadelten das Vorgehen der Italiener, welche eine unschuldige Bevölkerung, Privatwohnungen und das Hospital des Roten Kreuzes beschossen hätten. Infolge der Proklamierung des Belagerungszustandes hat die Bevölkerung ihre Waffen in den Kasernen und Polizeiwachen abgeliefert. Die Frist für die Ablieferung der Waffen läuft heute ab. Abgesehen von den in den Libanon geflohenen Kaufleuten haben die Banken und Handelshäuser den Betrieb wieder aufgenommen. Nach amtlichen Meldungen beträgt die Zahl der am 24. d. Mes. Getödeten 58. Es sind dies zwei Marineoffiziere, 20 Matrosen und 38 Einwohner, 56 Personen, darunter ein Russe, sind verwundet worden.

### Die Haltung der Mächte.

Konstantinopel, 27. Februar. (Melbung des Wiener A. A. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Laut Blättermeldungen hat der Schritt der Pforte gegen die Eröffnung des Bombardements auf türkische Fahrzeuge vor Beirut, wobei die Italiener nicht den Ablauf der gewohnten Frist abwarteten, bei den Mächten günstige Aufnahme gefunden. Der französische Vorgesandter in Rom sei noch vor diesem Schritte beauftragt worden, die Aufmerksamkeit Italiens auf den erwähnten Umstand zu lenken.

### Eine Friedensintervention der Großmächte.

Paris, 27. Februar. Die Agente Sabas veröffentlicht folgende Note:

Einige Blätter haben gemeldet, die französische Regierung ebenso wie die beiden anderen Mächte der Tripleallianz seien geneigt, falls die Regierungen in Berlin und Wien sich den betreffenden Schritten anschließen, bei der Pforte energisch auf eine Zurückziehung der osmanischen Truppen aus Tripolis und eine Beendigung der Feindseligkeiten zwischen Italien und der Türkei hinzuwirken. Wir glauben zu wissen, daß die Regierung der Republik bereit ist, sich jeder gemeinsamen Aktion der Mächte bei dem einen wie dem anderen der kriegführenden Teile anzuschließen, die bezweckt, eine Vermittlungsbasis für den Friedensschluß zu finden.

### Die Pforte will nichts von Frieden wissen.

Konstantinopel, 27. Februar. Die Pforte hat ihre auswärtigen Botschafter beauftragt, den Mächten kategorisch zu erklären, daß eine Verständigung für den Frieden auf der Grundlage des italienischen Annexionsdekrets unmöglich sei.

### Italienische Siegeslummel.

Rom, 27. Februar. Studenten veranstalteten heute vormittag eine Kundgebung vor dem Palais des liberalen römischen Deputierten Don Caetani, der gegen das Annexionsdekret gestimmt hatte, und verlangten seinen Rücktritt.

### Eine Drohung der Mächte an die Regierung von Kreta.

London, 27. Februar. Das Neuterische Bureau meldet aus Kreta: Die Konsuln überreichten der Regierung von Kreta gestern eine Note, in der mitgeteilt wird, daß die Mächte entschlossen seien, den Statusquo und die Kapitulationen aufrecht zu erhalten. Wenn die Regierung dabei beharre, Deputierte zu der griechischen Kammer nach Athen zu entsenden, oder wenn muslimanische Angestellte entlassen oder Muselmänner auch weiterhin mißhandelt würden, so würden die Mächte die Maßregeln ergreifen, die sie für nötig hielten, um die Folgen abzumenden, die das Vorgehen der Kreter sonst nach sich ziehen müßte. Wenn sich die Kreter nicht selbst friedlich regieren könnten, ohne den Frieden Europas zu gefährden, würden die Mächte einschreiten in einer Art und Weise, die den Wünschen der Kreter nicht entsprechen würde. Zufällig wurde die Note gerade gestern überreicht, wo es infolge der Ermordung dreier Muselmanen zwischen Muselmanen und Gendarmen zu einem Zusammenstoß gekommen war.

Die britischen Kreuzer „Gancho“ und „Minerva“ sind auf der Meere angekommen.

## Die Revolution in China.

### Konflikt der Republik mit Holland.

Ranking, 27. Februar. (Melbung des Neuterischen Bureaus.) Das republikanische Kabinett besprach heute die schlechte Behandlung, die Chinesen vor kurzem durch holländische Behörden auf Java zuteil geworden ist. Nach amt-

lichen Meldungen wurden drei Chinesen getötet und Hunderte verhaftet und ohne irgendwelches Gerichtsverfahren gefangen gesetzt, weil sie die Abiegung des Thrones gefeiert hätten. Dr. Sunjatsen hat sich mit Juanshikai in Verbindung gesetzt und man glaubt, daß energische Maßnahmen ergriffen werden sollen. Das Kabinett soll sogar die sofortige Aufhebung des Vertrages mit Holland und die Abberufung des holländischen Gesandten erwägen. Es herrscht große Erregung.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Februar 1912.

### Vier Gesetze an einem Tage.

Aus dem Reichstag, 27. Februar. Wenn gute Reden sie begleiten, so fließt die Arbeit munter fort. In diesem Zeichen stand die gestrige Sitzung, in der zwei Gesetze angenommen und zwei andere nach Besprechung in Kommissionen verwiesen wurden, ohne daß wir damit sagen wollen, daß die Reden nun wirklich alle gut gewesen wären. Diese friedliche Sitzung wurde eingeleitet von zwei Reden eines alten Streitkämpfers, nämlich unseres Freundes v. Liebert, Vorsitzenden des Verbandes zur Bekämpfung (oder hier es etwa gar Vernichtung?) der Sozialdemokratie. Vor fünf Jahren blies dieser Rede eine schmetternde Fanfare und schloß die über die „Niederlage“ der Sozialdemokratie — in fünf Jahren, prophezeit er damals, werde das deutsche Volk dieser Partei den Rest geben! Die fünf Jahre sind herum, auf der Linken des Hauses erblickt Herr v. Liebert hundertzehn vergnügt lächelnde Gesichter und er selber steht, ein entlaubter Stamm, um den der Sturmwind der Revolution pfeift, auf der Tribüne und denkt entschwendener Zeiten. So hat denn, was er zum Staatsangehörigkeits- wie zum Schutztruppengesetz vordrachte, zwar noch einige Spigen gegen die Sozialdemokratie, aber mit den Erfahrungen und Enttäuschungen wird man zahn und zahmer — nicht wahr, Alterchen?

Die Sitzung begann mit dem Beschluß des Hauses, das gegen Genossen Dr. Liebknecht schwebende ehrengerichtliche Verfahren einstellen zu lassen. Dann wurde nach einer kurzen Zwischenpause zwischen dem Fortschrittsprofessor Dr. Liszt und dem Ministerialrat Dr. Kriege darüber, ob das Gesetz eine Lücke aufweise, das Ausführungsgesetz zu dem internationalen Abkommen zur Bekämpfung des Mädchenhandels angenommen, ebenso ohne Debatte der deutsch-türkische Handelsvertrag. Nachdem Herr v. Liebert zu dem Staatsangehörigkeitsgesetz sein Sprüchlein aufgesagt, schlug Herr Herzog (Wirtsch. Vg.) nahezu in dieselbe Kerbe und begrüßte besonders die Kaufleute gegen „mihliebige Ausländer“. Von diesen Rednern stand durch die sympathische Art seines Vortrags und durch den sachlichen Inhalt seiner Darlegungen der Däne Hanssen vorteilhaft ab, der an einzelnen Beispielen darlat, zu welchen barbarischen Praktiken die Ungerechtigkeit des Fremdenrechts in den Nordmarken führe: sogar Veteranen von 1870/71 sind als lästige Ausländer der schleswigschen Heimat verwiesen worden! Genosse Dr. Landsberg ging dann noch einmal mit Bescheid und Gründlichkeit den bedenklichen Seiten des bestehenden Zustandes zu Leibe, tadelte, daß das Gesetz auf die Erhaltung der Frauen für das Deutschtum weniger Wert lege als auf die der Männer, und wies nach, zu welchen Ungerechtigkeiten die Bestimmung führen könne, daß die Nichtstellung zum Weerdienst ohne weiteres Verlust der Staatsangehörigkeit nach sich ziehe. Vor allem aber betonte der sozialdemokratische Redner, daß das beste Mittel, der deutschen Nation ihre Kraft zu erhalten, innere Kolonisation sei. Danach ging das Gesetz an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Das Schutztruppengesetz, dessen Bestimmungen der Staatssekretär des Reichskolonialamts, Dr. Solff, kurz darlegte, soll die Rechtsverhältnisse der Schutztruppen in den verschiedenen afrikanischen Kolonien regeln, aber wie der Abgeordnete Erzberger ausführte, ist es ein Gesetz mit Fußangeln in staatsrechtlicher wie auch politischer Beziehung. Diese Fußangeln zeigte neben dem Zentrumsredner der Genosse Roske auf, der betonte, daß hier in den Kolonien am ersten der Boden für die Entwicklung einer Miliz sei. Ferner wurde bemängelt, daß dieses Gesetz ein Ueberwachen des preussischen Militarismus auf die Kolonien sei und daß das draconische Militärstrafgesetz ohne weiteres auf die ganz anders gearteten Verhältnisse übertragen werden solle. Gleichwohl äußerten die Herren Götting (natl.), Böhlenborff und v. Liebert (Rp.) einige zustimmende Unerheblichkeiten. Dann ging das Gesetz an die Budgetkommission.

Morgen 1 Uhr: Spezialberatung des Etats, zunächst Reichsamt des Innern.

### Mittelstandsreiter an der Arbeit.

Ein für das Dreiklassenparlament charakteristisches Bild bietet die Beratung des Etats für Handel und Gewerbe, über den am Dienstag die Generaldebatte geschlossen wurde. Einer nach dem anderen marschierten sie auf, diese sogenannten Mittelstandsreiter, die mit wenigen Ausnahmen ihre Liebe zum Mittelstand nur als Vorwand benutzen, um durch Anbelung jeder freien Betätigung der Gewerkschaften das Interesse des Großkapitals um so wirksamer fördern zu können. Ob Herr Hammer, ob Herr Mahardt, ob Herr Jellisch oder wer sonst von diesen rückständigen Elementen die Rednertribüne bestiegt, ist völlig belanglos — ein anderer Mann sieht oben, aber sie alle singen das gleiche Lied, sie alle kagen über angeblichen Terrorismus der Sozialdemokraten und fordern zur Abhilfe ein scharfes Arbeitswilligengesetz gegen die freien Gewerkschaften, in denen sie nur Fiktionen der Sozialdemokratischen Partei erblicken. Und wenn einer von ihnen mal eine mildere Seite anschlägt, dann verlangt er doch, wie der Nationalliberale Schifferer, wenigstens die strenge Handhabung der bestehenden Gesetze zum Schutze der Arbeitswilligen. Fürwahr, die Reaktionäre und Scharfmacher aller Richtungen haben sich in der Dunkelstube des Junkerparlamentes ein Stillsitzen ergeben. Einen passenderen Ort hätten sie auch dazu nicht finden können.

Wie angenehm unterschied sich nicht von diesen albernem Tiraden die Rede unseres Genossen Ströbel, der den zurückgebliebenen Elementen nachdrücklich vor Augen führte, daß gerade sie es sind, die durch ihre gesetzgeberischen Maßnahmen dem Mittelstand schweren Schaden zufügen, während die Sozialdemokratie durch ihre Tätigkeit im Parlament und außerhalb desselben den Beweis für ihre Handwerkerfreundlichkeit gebracht hat. Wie wenig Preußen Anspruch auf den Namen eines sozialen Staates hat, das zeigte unser Genosse im zweiten Teil seiner Rede, worin er die mangelhafte Gewerbeinspektion, die jammervolle Ueberwachung der Kinderbeschäftigungen, den Kampf gegen die Konsumvereine, das Fehlen eines Wohnungsgesetzes, den geringen Schutz in bezug auf die Sonntagsruhe und manches andere einer scharfen Kritik unterzog. Anstatt auf die so berechtigten Vorwürfe Ströbels einzugehen,



ergingen sich die nachfolgenden Redner in den oben angebeuteten An-  
griffen auf die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften. Und nun kam  
das Beschämende, was in jedem anderen Parlament der Welt unmöglich  
wäre. Inseiner Genossen Vorkardt machte man die Erwiderung  
auf die Angriffe durch einen Schlussatz unmöglich — ein Vernehmen,  
das Vorkardt treffend als nicht anständig bezeichnete. Das Urteil  
mag ja hart sein, aber es trifft zu, und daran vermag auch der  
präsidiale Ordnungsruf nichts zu ändern.

Bei dem Kapitel „Gewerbeinspektion“ brachte es Genosse  
Vorkardt dann geschickt fertig, wenigstens einige der gegnerischen  
Angriffe gebührend zurückzuweisen. Das andere wird bei der dritten  
Lesung nachgeholt werden.

Mittwoch: Fortsetzung.

### Eröffnung des bayerischen Landtages.

München, 27. Februar. (Privattelegr. d. „Vorwärts“.)

Der Landtag ist heute in der Residenz mit altmodischem  
Gepränge eröffnet worden. Die sozialdemokratischen Ab-  
geordneten waren der Eröffnungsfeier ferngeblieben. Die  
Thronrede ist im allgemeinen ziemlich nichtslugend und  
kommt nur an zwei Stellen auf die Vorgänge der letzten Zeit  
zurück, und zwar in der Einleitung, wo es heißt:

Mit herzlichen Grüßen heiße ich den wiederversammelten  
Landtag willkommen, erfüllt von der Zuversicht, daß es Ihren  
Bemühungen beschieden sein wird, das Gefühl des Ver-  
trauens und der Verehrung in weiteste Kreise des  
Volkes zu tragen. . . .

und am Schlusse, wo es heißt:

Nach den erregten Zeiten des Wahlkampfes heißt es nunmehr  
auf dem Boden der staatlichen Ordnung sich zusammenzufinden  
zu gemeinsamer Arbeit, wie den Blick auf das Ganze richten,  
auf das Wohl des geliebten Vaterlandes.

Das ist sehr durch die Blume gesprochen und das voll-  
ständige Unterlassen jedes Hinweises auf den Ministerwechsel  
selbst ist bezeichnend auch für die sonstige Inhaltlosigkeit der  
Thronrede, die namentlich in sozialpolitischer Beziehung  
vollständig negativ ist. Die sozialdemokrati-  
sche Fraktion wird mit einer Reihe sozialpolitischer An-  
träge und außerdem mit dem Antrag auf Einführung des  
Proporz für die Landtagswahl ihre Arbeit eröffnen. Die  
Zentrumsfraktion beginnt ihre Herrschaft mit einem Ge-  
waltakt, indem sie das Verlangen der liberalen Partei,  
den ersten Vizepräsidenten zu stellen und aus der sozialdemo-  
kratischen Partei den zweiten Vizepräsidenten zu erhalten, ab-  
lehnt. Das Zentrum wäre bereit gewesen, den Liberalen die  
Stelle des zweiten Vizepräsidenten zu überlassen, dagegen hat  
es beschlossen, keinem Sozialdemokraten eine  
Stelle im Präsidium zu gewähren. Da nun  
aber die sozialdemokratische und die liberale Partei in ihren  
Präsidentenforderungen sich solidarisch erklären, so werden  
sie sich an der Wahl des Präsidiums überhaupt nicht beteiligen,  
so daß das Zentrum mit seinem kleinen konservativen Anhang  
das Präsidium allein übernehmen wird und damit auch die  
Verantwortung für die Geschäftsführung vor dem Lande. Mit  
diesem Gewaltakt kennzeichnet das Zentrum seinen Willen  
zur absoluten Herrschaft, legt sich aber damit in der öffentlichen  
Meinung gleich zu Anfang herunter und erleichtert somit den  
Minoritätsparteien ihr Zusammenhalten im Kampfe gegen  
die schwarze Willkür.

### Ein „Notgesetz“.

Die fortschrittliche Volkspartei des preussischen Ab-  
geordnetenhauses hat zu ihrem Antrag auf Einführung des  
allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts folgenden  
Ergänzungsantrag gestellt:

Die kgl. Staatsregierung zu ersuchen, daß unter Abänderung  
der Artikel 70, 71, 72 und 115 der preussischen Verfassungsurkunde  
für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus das allgemeine und  
direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe  
zur Einführung gelangt.

In der „Vossischen Zeitung“ gibt dazu ein fortschrittlicher  
Parlamentarier folgenden Kommentar:

Die Fraktion der fortschrittlichen Volkspartei des Abgeordneten-  
hauses sieht ganz selbstverständlich nach wie vor auf dem Stand-  
punkt, daß das Reichstagswahlrecht auf Preußen über-  
tragen werden muß unter gleichzeitiger Neueinteilung der  
Wahlkreise. Nun hat der Minister des Inneren kürz-  
lich im Abgeordnetenhaus erklärt, die preussische Regierung ver-  
zichte aus dem Grunde auf die Einbringung einer Vorlage zur  
Reform des preussischen Wahlrechts, weil dafür im Abgeordneten-  
haus keine Mehrheit vorhanden sei. Das entspricht aber  
nicht den Tatsachen. Für die Einführung des direkten Wahl-  
rechts und der geheimen Stimmabgabe ist im Hause  
eine Mehrheit vorhanden. Um dies festzustellen,  
hat die fortschrittliche Volkspartei für den Fall der Ablehnung  
ihres Prinzipaltrages bekanntlich noch einen Ergänzungs-  
antrag eingebracht, der die Einführung der direkten Wahl und  
die geheime Stimmabgabe fordert. Es soll dadurch dem Minister  
v. Dallwitz der Beweis erbracht werden, daß für diese beiden  
Forderungen eine Mehrheit vorhanden ist. Außerdem  
soll durch den Antrag verhindert werden, daß die Konservativen  
oder das Zentrum durch Manipulationen wie zum Schluß der  
vorigen Session ein verheerendes Bild von der Stellung des Ab-  
geordnetenhauses in dieser Frage herbeiführen.

Zentrum und Merkale wollen überhaupt jede Wahlreform  
verhindern. Und Herr Schiffer hat die preussischen  
Nationalliberalen zu ihrer besten Hilfsarmee gemacht. Da  
wird es mehr als auf taktische Jüge innerhalb des Ab-  
geordnetenhauses auf die Entfesselung der Volks-  
bewegung außerhalb ankommen.

### Zentrum und Bundesrat.

Wir haben kürzlich von der Denkschrift berichtet, die ein  
Zentrumsgesandter verfaßt haben soll, um ein Bundesrats-  
mitglied über die Geheimnisse des Staats aufzuklären. Die  
„Tägliche Rundschau“ will nun wissen, daß sämtliche  
Bundesratsmitglieder, auch die zur Stellvertretung  
berufenen, mit einer anonymen, offenbar aus Zentrumskreisen  
herrührenden Denkschrift bedacht worden sind, in der „unter  
strengster Discretion“ mit einem sehr geschickt gruppierten  
und offenbar amtlichen Quellen entstammenden Zahlen-  
material gegen die Erbansatzsteuer Front gemacht  
wurde. Die Verfasser der Denkschrift sollen die Herren Erz-  
berger und Müller-Gulda sein.

Diese Intrigen des Zentrums gegen die Erbschaftsteuer  
sind schon deshalb nicht ohne Bedeutung, weil das Zentrum  
ja für seine Politik jetzt auf die unbedingte Unterstützung  
wenigstens einer Regierung, der bayerischen, mit Sicher-  
heit rechnen kann. Das Zentrum arbeitet gegen  
direkte Reichsteuern fast mit noch größerem Eifer  
als selbst die Konservativen. Es ist die verlässlichste  
Schutztruppe der Reichen gegen die Armen  
geworden.

Es ist ja überhaupt nicht uninteressant, wie Merkale  
und Konservative immer mehr rein kapitalistische  
Interessen vertreten. Die „Kreuz-Zeitung“ sucht in ihrer  
Sonntagsnummer die Nationalliberalen wieder einmal zum  
Anschluß an die Konservativen zu bewegen und glaubt sie  
dafür durch folgende Argumentation am ehesten gewinnen zu  
können:

Die Verstimmung im Lande über die Vorherrschaft der  
Sozialdemokratie auf der Linken des Reichstages macht sich weniger  
in den einzelnen nationalliberalen Parteifundgebungen geltend,  
als in der ganz ausfallenden Geschäftsstille des  
Effektenmarktes. Ein sehr bekannter Bankfachmann  
äußerte sich vor einigen Tagen über die Börse-  
konjunktur, er könne sich aus seiner langjährigen Praxis  
einer solchen absoluten Zurückhaltung des Publikums nicht erinnern,  
und das Merkwürdige sei, daß an der Börse sich  
niemand diese Unlust erklären könne, da doch alle  
Vorbereitungen für einen flotten Geschäftsgang jetzt gegeben  
seien. Vielleicht kommen die Herren noch dahinter, daß die  
Gründe für die Verzögerung des Publikums in nichts anderem  
liegen, als in dem Uebergewicht der Sozialdemo-  
kratie über die bürgerliche Linke. Wie soll jemand noch  
Lust und Mut finden, sein Geld in Aktien an-  
zulegen, wenn die Sozialdemokratie in der  
wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung  
den Ton angeben darf? Wie unerschwinglich und unermeß-  
lich die Forderungen der Sozialdemokratie sind, hat man zuletzt wieder  
bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung am Schluß der  
vorigen Legislaturperiode ja deutlich gesehen. Dabei kann keine In-  
dustrie bestehen. Bei der heutigen Parteikonstellation rückt auch der  
„Normalarbeitstag“ in greifbare Nähe. Wenn nun so-  
gar nationalliberale Abgeordnete für Verbot und Scheide-  
mann ihre Stimme abgeben, welcher Widerstand wird der roten  
Flut dann noch geleistet werden können? Fürwahr, bei solchen  
Gedanken kann es einem Aktionär wohl bange  
um sein Geld werden, und wenn die Herren Na-  
tionalliberalen, die sich von den Sozialdemokraten haben  
in den Reichstag wählen lassen, einmal umhersehen wollten, würden  
sie ein allmählich anschwellendes Gewisper vernehmen, daß diese  
Intimität, dieser Pakt mit der Klassenpartei der Arbeiter einfach  
Verrat sei an den Interessen der Industrie. Die  
Börse gibt das Geräusch all dieser heimlichen Stimmen, die  
sich nicht laut hervorwagen, graphisch wieder: die Kurse der  
Industriepapiere sinken langsam, aber stetig.

Die Nationalliberalen sollen also mit den Konservativen  
zusammen der Börsenspekulation wieder ihre Sicher-  
heit zurückgeben und das Großkapital vor jeder sozial-  
politischen Maßnahme bewahren. Dieses konservative Ein-  
treten für die Börseinteressen wird man sich  
merken, falls wieder einmal ein bündlerischer oder merkaler  
Agitator die alte Lüge aufzuwärmen wagt, daß die Sozial-  
demokratie eine Beschützerin der Börse sei.

### Die Kosten der Wehrevorlagen.

Nach einer Mitteilung des „Berliner Sozialanzeigers“ dürften die  
Kosten der Wehrevorlagen sich zwischen 80 und 90 Millionen Mark  
bewegen. Zur Frage der Kostendeckung bringt die „Nordd. Allg. Ztg.“  
folgendes Dementi:

Die Zeitungsnachricht, daß zur Deckung des neuen Wehr-  
bedarfs auch Sondersteuern auf das mobile Kapital heran-  
gezogen werden sollen, entbehrt, wie schon früher mitgeteilt, jeder  
Begründung.

Die dementierte Zeitungsnachricht entstammt der „Post“, die den  
Schwindel jetzt ganz gewerksmäßig betreibt.

### Die inneren Differenzen im Zentrum.

Allen Ablehnungen zum Trotz werden die Differenzen zwischen  
der Kölner und der Berliner Richtung im Zentrum immer heftiger.  
Graf Doppersdorf schlägt in seinem neuen Blatt „Wahrheit und  
Moralität“ die schärfsten Töne an und mag den journalistischen Ver-  
tretern der Kölner Richtung in dem wachsenden Organ das Leben  
manchmal recht lauer machen. Wie jetzt bekannt wird, beruft die  
Berliner Richtung auf den kommenden Osterdienstag eine  
Versammlung ein, von der man im Hinblick auf die Schärfe der  
Gegensätze zwischen beiden Richtungen bedeutungsvolle Beschlüsse  
erwartet.

### Der Herzog bleibt steuerfrei.

Aus Altenburg wird telegraphiert: Im Landtage  
wurde am Montag der sozialdemokratische Antrag auf Gleich-  
stellung des herzoglichen Hauses mit den übrigen Landes-  
einwohnern in steuerlicher Beziehung beraten. Nach zum Teil  
stürmischer Debatte wurde der Antrag gegen die Stimmen der  
Sozialdemokraten abgelehnt.

### Erfolg des sozialdemokratischen Schnapsbottens.

In einer Sitzung des Düsseldorf-Berliner Bezirksausschusses brachte  
ein auf Erteilung einer Wirtschaftslizenz antragender Gastwirt  
zur Sprache, daß nach seiner und seiner Kollegen Erfahrung im  
rheinisch-westfälischen Industriegebiet der Schnapsbottum um  
mindestens 50 Proz. zurückgegangen sei. Als Grund  
gab der Wirt den sozialdemokratischen Schnaps-  
bottent an. — Auch an diesem Beispiel zeigt sich wieder, in  
welch eminentem Maße die Arbeiterbewegung Kulturarbeit verrichtet.

### Einstimmig gewählt.

Im Wahlkreise Friedeburg-Kruswalle ist der frühere Gouverneur  
von Schwedisch-Pommern, Herr v. Schudmann, von 237 Wahlmännern ein-  
stimmig in den preussischen Landtag gewählt worden, was bei diesem  
erbärmlichen Wahlrecht natürlich kein Kunststück ist. v. Schudmann  
hat dem preussischen Landtage übrigens schon vor seiner Ausreise  
nach Südwestafrika angehört und hat damals besonderes Aufsehen  
mit seiner Rede über das Treiben auf der Friedrichstraße in Berlin  
erregt.

### Neueinteilung der Reichstagswahlkreise.

Die Fortschrittler im bayerischen Landtag  
haben dort den Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen,  
beim Bundesrat wegen einer Neueinteilung der  
Reichstagswahlkreise unter gleichzeitiger Ein-  
führung der Verhältniswahl Schritte zu unter-  
nehmen.

### Frankreich.

#### Die Annahme der Altersversicherung im Senat.

Im Senat ist das Altersversicherungs-gesetz endlich er-  
ledigt worden, und zwar mit Annahme der von den Sozial-  
listen zuletzt als dringend vorgeschlagenen Verbesserungen.  
Um dem Widerstand der Gewerkschaften gegen die An-  
wendung des Gesetzes den Boden zu entziehen, hatte Genosse  
Faurès gefordert, daß das Alter für den Beginn des  
Rentenbezuges auf 60 Jahre (statt 65) herabgesetzt und der  
Staatszuschuß von 60 auf 100 Frank für jede Rente  
erhöht werde, damit die in der Uebergangszeit auszuzahlen-  
den Renten nicht gar so erbärmlich niedrig seien. Die Herab-  
setzung des Bezugsalters kommt über 500 000 Alten zugute.

#### Die Aufhebung des Urteils gegen Rouffet.

Aus einem rein formellen Grunde, unter Zurückweisung aller  
sonst gegen die Ordnungsmäßigkeit des Verfahrens erhobenen

schweren Einwände, hat der Kassationshof das Verfahren  
des Kriegsgerichts zu Algier, das Rouffet wegen angeblichen Mordes  
an einem Kameraden zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt hatte,  
für nichtig erklärt. Nicht, weil das Solidaritätsgefühl der mili-  
tärischen Untersuchungsleiter und Richter alles getan hatte, um  
den Angeklagten durch Beeinflussung von Zeugen und Verteilung  
der Verteilung „schuldig zu machen“ — nur, weil man es ver-  
gessen hat, einen Sachverständigen zu beiziehen, wird nun das  
Verfahren erneuert und die Möglichkeit geboten, ein schweres Ver-  
brechen der Militärjustiz gut zu machen.

Der Fall Rouffet ging hervor aus dem Fall Kernoult. Im  
Militärgefängnis zu Djenan-Eb-Dar (Algier) war Kernoult, dessen  
Leiche jetzt das Pariser Proletariat in riesigem Protestzug zu  
Grabe geleitet hat, von Vorgesetzten zu Tode gemartert worden.  
Der Arzt begutachtete „natürlichen Tod“. Um die Sache ans Licht  
zu bringen, verzweigte sein Kamerad Rouffet den Gehorsam. Er  
wollte in der Kriegsgerichtsverhandlung das Verbrechen an A.  
aufdecken. Da er alle Versuche, durch Verzicht auf seine Anklage  
Einstellung des Verfahrens zu erlangen, zurückwies, wurde er zu  
5 Jahren Festung verurteilt. Das Eingreifen der Presse und  
namentlich der Sozialisten setzte durch, daß er begnadigt  
wurde. Er ging mit nach Marokko. Inzwischen war die Ver-  
waltung genötigt worden, das Verfahren gegen die Mörder  
Kernoult zu eröffnen. Sie wurden vom Kriegsgericht frei-  
gesprochen. Es war nämlich gelungen, gerade vorher den  
Hauptzeugen Rouffet unfählich zu machen. Ein Soldat war  
nämlich abends erlöchen worden. 5 Mann waren zugegen gewesen,  
dabei Rouffet. Er mußte der Schuldig sein. Tragend der Ge-  
schickte bis zuletzt entschiedene die Schuld Rouffets bestritt, trotzdem  
die Belastungszeugen sich widersprochen, wurde Rouffet verurteilt.  
— Nun wird es möglich sein, falls nicht auch das neue Militär-  
gericht sich zu Mitschuldigen der Mörder machen will, das Ver-  
brechen zu verhindern und vielleicht einen Schritt weiter zu  
kommen auf der Bahn der Bekämpfung der Militärjustiz, der  
Rechtsprechung durch Mitschuldige gegen die Opfer und ihre Ver-  
teidiger.

### Belgien.

#### Die Vernehmung der Abgeordneten.

Da nach der Verfassung auf je 40 000 Einwohner ein Mitglied  
der Kammer, auf die doppelte Zahl ein unmittelbar gewähltes  
Senatsmitglied kommen soll, hat die Regierung auf Grund der Er-  
gebnisse der Volkszählung vom Dezember 1910 eine Vernehmung  
der Abgeordneten (jetzt 160) um 20 und der Senatoren (83) um  
10 beantragt. Die 20 von den Provinzialräten zu wählenden  
Senatoren werden nicht vernehmt. Nach der bisherigen Vertretung  
der mit den neuen Abgeordneten bedachten Wahlkreise würden 9  
neue Abgeordnete auf die Merkale, 4 die Liberalen, 3 die sozialistische  
Partei entfallen, während 4 als „Antimerkale“ zwischen Sozialisten  
und Liberalen zu verteilen wären. Das würde also nur eine kleine  
Veränderung der jetzt noch 6 Stimmen betragenden Merkalen  
Mehrheit bedeuten — vorausgesetzt, daß die neuen Sitze genau  
entsprechend der bisherigen Abstammung besetzt werden. Das ist  
aber sehr unwahrscheinlich. In einigen Bezirken ist die Merkale  
Mehrheit sehr klein (bis auf 30 Stimmen herab). Und nach dem  
Ergebnis der Gemeindevahlen zu urteilen, die trotz des noch  
schlechteren Wahlsystems (bis zu 4 Stimmen auf einen Wähler,  
bei den Kammerwahlen bis zu 8) eine schwere, teilweise vernich-  
tende Niederlage der Merkalen gebracht haben, darf mit einem  
nicht geringen Umschwung bei den kommenden Kammerwahlen ge-  
rechnet werden, der den Sturz der Regierungsmehrheit bringen  
würde. Dagegen bleibt diese Mehrheit im Senat, der auf einem  
hohen Wahlsens (1200 Fr. Staatssteuern u. ä., außer den ohne  
Zensus gewählten Provinzialratsvertretern) unangefochten, wenn  
sie auch vielleicht etwas kleiner werden mag.

### England.

#### Lord Beresford gegen Churchill.

London, 27. Februar. Lord Charles Beresford hielt gestern  
in Grantham eine Rede und erklärte sich im allgemeinen mit  
der Flottenrede Churchills in Glasgow einverstanden,  
bedauerte aber, daß Churchill so taktlos war, die deutsche  
Flotte als Luxusgegenstand zu bezeichnen. Diese  
Bemerkung habe in deutschen Kreisen Erregung hervorgerufen.  
England könne mit einer offenen und fairen Erklärung über seine  
maritimen und sonstigen Bedürfnisse den belagerten Streitig-  
keiten ein Ende machen, die jetzt mit Deutschland beständen und zu  
einem Kriege führen könnten.

### Rußland.

#### Die parlamentarische Kinderstube.

Es ist für die russischen Zustände ungemein charakteristisch, daß  
die Duma nicht einmal die Möglichkeit hat, ihre Leitlinie nach eigenem  
Ermeßen zu bestimmen und in ständigem Kriege mit den Zensur-  
behörden liegen muß. Fortwährend werden ausländische Zeitungen  
und Schriften, die an das russische „Parlament“ gefandt werden,  
von der fürsorglichen Zensurbehörde unlesbar gemacht oder  
konfiszieren. Ein Teil der Abgeordneten kommt diesen Ver-  
stümmelungs-entgegen, indem er den Zutritt von „illegalen“ Schriften  
zur Duma-Bibliothek zu verhindern sucht. Der Vorsitzende der  
Bibliothekskommission, der edle Graf W. Wobriniski, verlangte sogar,  
daß sie der Polizei übergeben oder verbrannt werden. Nur insofern  
der Einmischung des Präsidiums wurde es durchgesetzt, daß der-  
artige unheilbringende Schriften hinter Schloß und Riegel gehalten  
und nach besonderen Regeln an die Abgeordneten ausgehändigt  
werden. Es gibt aber noch eine Behörde, die die Leitlinie der  
Volksvertreter überwacht — die „Post“! Seit Anfang  
dieses Jahres sah die Bibliothekskommission zu ihrem  
Staunen, daß die bei der Post bestellten Zeitungen „Vorwärts“,  
„L'Humanité“ und „L'Avantgarde“ ihr nicht mehr zugefandt  
wurden. Auf ihre Reklamation teilte der Chef der Postverwaltung  
Sewastjanoff in einem offiziellen Schreiben mit, die Zeitung  
„L'Avantgarde“, die von Burzew in Paris herausgegeben werde, sei zur  
Einfuhr in Rußland verboten und werde darum der Duma nicht zu-  
gestellt. Ginstlich des „Vorwärts“ und der „Humanité“  
hielt der Chef der Postverwaltung es nicht einmal für notwendig,  
Erklärungen abzugeben. Dies alles geschieht, obgleich den Duma-  
abgeordneten in einem besonderen Gesetz das „Recht“ zuräumt ist,  
alle möglichen Schriften und Zeitungen zu lesen.

### Amerika.

#### Vom Bürgerkrieg in Mexiko.

New York, 27. Februar. Die letzten Pressenachrichten aus El  
Paso über die Lage in Juarez widersprechen den amtlichen Nach-  
richten aus Washington. Augenscheinlich ist die Stadt noch nicht  
eingeschlossen. Die Revolutionäre warten 12 Kilometer südlich auf  
Verstärkungen und haben einstweilen die Stadt aufgefodert, sich  
hinne 6 Stunden zu ergeben, widrigenfalls der Angriff beginnen  
würde. Die Behörden von Juarez sind ferner aufgefordert worden,  
den Ausländern zu raten, die Stadt zu verlassen. Die mexika-  
nischen Militärbehörden in San Antonio senden  
Truppen nach Douglas, Nogales und anderen Plätzen im Westen,  
um die Patrouillen an der Grenze zu verstärken.



# Gewerkchaftliches.

## Ein großer Lohnkampf im Maßschneidergewerbe Deutschlands

Seit jetzt unvermeidlich. Der Streik ist bereits beschlossen für alle die Orte, wo eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Dazu gehört merkwürdigerweise auch Berlin, obwohl hier eine friedliche Einigung sehr gut möglich gewesen wäre, nachdem die Unternehmer Zugeständnisse gemacht hatten, die von der Versammlung der Arbeiter als eine brauchbare Grundlage für den Abschluß des neuen Tarifvertrages anerkannt wurden. Allerdings waren die Aussichten für eine friedliche Beilegung von Anfang an ziemlich gering, da ja an den diesjährigen Lohnbewegungen der Herrenmaßschneider 29 Orte, und darunter die Großstädte Berlin, Hamburg und München, beteiligt waren. Diejenigen, die von vornherein darauf bedacht waren, die friedliche Einigung unmöglich zu machen, waren die Münchener Arbeitgeber und der Zentralvorstand der Arbeitgeber, der in München seinen Sitz hat. Daß die Herren in München den Frieden nicht erhalten wollten, zeigte sich auch darin, daß sie zu den zentralen Verhandlungen in Frankfurt a. M., die vom 22. Februar bis Montag nachmittag 1/2 Uhr dauerten, zunächst keinen Vertreter entsandt hatten. Ein solcher wurde erst telegraphisch herbeigerufen, nachdem die Arbeitervertreter in Frankfurt a. M. weitgehende prinzipielle Zugeständnisse gemacht hatten. Inzwischen waren dort die Vertreter beider Parteien von Berlin und von Hamburg nochmals zusammengetreten, um durch erneute örtliche Verhandlungen die Löhne festzusetzen. Die Berliner Unternehmer- und Arbeitervertreter hielten sich an die in Berlin getroffenen Abmachungen gebunden und hatten somit nur die hier zurückgestellten Punkte zu erledigen. Diese Verhandlungen gingen stoll vorstatten, so daß in den größten Orten wohl eine Verständigung erzielt werden konnte. Das paßte jedoch dem Zentralvorstand der Arbeitgeber nicht in den Kram, und darum erklärte er dann in der Sitzung der Zentralvorstände beider Parteien, die örtlichen Verhandlungen kämen nicht vom Flecke, für Hamburg sei eine Verständigung über die Höhe der Zulagen unmöglich, und die Berliner Arbeitgeber hätten erneut erklärt, daß sie mit den in Berlin seitens der Arbeitgeber gemachten Zugeständnissen nicht einverstanden seien. Diese Erklärung gab der Zentralvorstand der Arbeitgeber ab, obwohl er wußte, daß die örtlichen Verhandlungen einen guten Verlauf nahmen. Der einzige Grund für sein Verhalten war offenbar der, daß die Münchener Arbeitgeber keinerlei annehmbare Zugeständnisse machen wollten und nun befürchteten, daß — wenn die anderen Orte sich einigten — ihre Absicht allzu deutlich hervortreten würde. Die Arbeitgebervertreter stellten dann das Ultimatum, daß die Arbeiter sich mit einer durchschnittlichen Lohnerhöhung von 5 Proz. für alle Orte einverstanden erklären sollten. Darauf verlangten die Arbeitervertreter spezialisierte Angaben für jeden einzelnen Ort. Die Unternehmer erklärten das für unmöglich, überreichten aber gleichzeitig am Montagvormittag ausgearbeitete Tarife für jeden einzelnen Ort, verlangten jedoch von den Arbeitern, daß sie diese Tarife en bloc gutheißen sollten. Mittlerweile war es den Münchener Scharfmachern gelungen, ihre Berliner Kollegen zu veranlassen, jetzt niedrigere Angebote zu machen, als bereits in Berlin zugestanden waren, und eine große Anzahl von Positionen wiesen nun Verschlechterungen gegenüber den gegenwärtig bestehenden Löhnen auf. In der Forderung aber, daß die von den Arbeitgebern ausgearbeiteten Tarife samt und sonders ohne weiteres gutgeheißen werden sollten, lag ja schon der Beweis dafür, daß die Unternehmer den Konflikt heraufbeschwören wollten. Die Arbeitervertreter forderten selbstverständlich, daß die neuen Tarifvorschläge nun für jeden Ort besonders beraten werden sollten; aber daraufhin erklärten die Unternehmer die Verhandlungen für gescheitert.

Sofort nach Abbruch der Verhandlungen sind dann der Zentralvorstand und Beirat des Schneiderverbandes zu einer Sitzung zusammengetreten und haben in Uebereinstimmung mit den Vertretern des Gewerksvereins der Schneider wie auch des Christlichen Schneiderverbandes beschlossen, daß am 1. März in allen Orten, wo eine Einigung nicht erzielt ist, die Arbeit eingestellt wird. Da die beteiligten Arbeiterorganisationen auf einen langen Kampf gefaßt sind, wurde gleichzeitig einstimmig der Beschluß gefaßt, daß für die erste Woche des Streiks Unterstützung nicht gezahlt wird und daß die arbeitenden männlichen Mitglieder vom 1. März ab doppelten Wochenbeitrag zu zahlen haben.

In Groß-Berlin wird der Streik ungefähr 6000 Personen umfassen und sich auf alle Unternehmer der Herrenmaßbranche erstrecken, abgesehen von den wenigen, wo eine Verständigung bereits erzielt ist. Im übrigen war in 5 von den 29 Orten der Lohnbewegung eine Einigung erzielt; ob aber diese oder andere Orte, wo geregelte Verhältnisse bestehen, von dem Kampf verschont bleiben, hängt gewissermaßen von der Haltung des Zentralvorstandes der Arbeitgeber ab, sowie davon, inwieweit die Arbeitgeber an den betreffenden Orten mit ihrem Zentralvorstand durch dick und dünn gehen.

In der gestern abend abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung der Herrenmaßbranche berichtete Kunze über die gescheiterten Verhandlungen, und seine Ausführungen wurden von den übrigen Vertretern ergänzt. Die Ortsverwaltung und die Kommission der Branche haben bereits über die notwendigen Maßnahmen beraten. Die Tarifvorschläge sollen danach in einzelnen Punkten abgeändert werden, worüber die heutige Mitgliederversammlung noch beschließen wird. Die Arbeitseinstellung erfolgt am Freitagmorgen und zwar in allen den Geschäften, wo der bisherige Tarif bestand und der neue Tarif nicht anerkannt ist. Ausgeschlossen von der Arbeitseinstellung sind die Firmen, wo ein Sondertarif besteht. — Die Vorschläge der Ortsverwaltung und Kommission und ebenso die in Frankfurt gefaßten Beschlüsse wurden einstimmig gutgeheißen. — Uebrigens brachte das „Berliner Tageblatt“ gestern abend ein Telegramm, das neben allerlei falschen Darstellungen die Mitteilung enthielt, daß die Arbeitgeber eine allgemeine Aussperrung veranlassen wollen, die 30 000 Gehilfen umfassen soll. Ob das zutrifft, ist uns noch nicht bekannt, aber der Schneiderverband ist selbstverständlich auch darauf vorbereitet.

### Berlin und Umgegend.

#### Die Lage in der Damenkonfektion.

Als die Meister und die Arbeiterschaft der Damenkonfektion kurz vor Weihnachten ihren Streik als erfolglos abbrechen, stand die Sache so, daß die Konfektionäre mit der damals zustande gekommenen gelben Meisterorganisation eine Art von Vertrag aufgestellt hatten, wonach auf die bisher bezahlten Preise Zuschläge von 20 und 10 Proz. gezahlt werden sollten, nebenbei aber auch für die

billigsten Sachen bestimmte Minimalpreise festgelegt wurden. Es wurde schon damals seitens der Streikenden hervorgehoben, daß, wenn die Fabrikanten diese Vorschläge von den Minimalpreisen der vereinigten Kommission der Meister und der Arbeiterschaft gemacht hätten, es wohl möglich geworden wäre, einen Weg der Verständigung zu finden. Aber die Fabrikanten hatten der herbeigeholten Vertretung der Meister- und Arbeiterschaft immer wieder den Standpunkt hervorgekehrt, daß es durchaus unmöglich sei, in der Damenkonfektion Minimalpreise festzusetzen, sich jedoch schließlich die Gelben dazu ansehn ließen, etwas derartiges zu beivertwilligen. Inzwischen hat ein Teil der Meister den Vertrag mit dem Fabrikantenverband unterzeichnet und erhält auch die Zuschläge, während ein anderer Teil den am 28. Dezember gefaßten Beschluß des Arbeitgeberverbandes für das Damenschneidergewerbe innehat und die Unterzeichnung des Vertrages ablehnt. Unter den Meistern, welche die Zuschläge erhalten, sind manche, die den Gewinn einfach in ihre eigene Tasche stecken, aber nicht daran denken, ihren Arbeitern und Arbeiterinnen für diese im Vertrage ebenfalls vorgesehenen Zuschläge von 20 und 10 Proz. zuzulassen. Auf diese Weise ist eine Mißwirtschaft eingetrisen, die auf die Dauer nicht weiterbestehen kann. Der Arbeitgeberverband für das Damenschneidergewerbe hatte nun gemeinsam mit dem Schneiderverband und dem Gewerksverein der Heimarbeiterinnen am Montag nach der „Neuen Philharmonie“ eine Versammlung einberufen, um über die Lage zu beraten und die notwendigen Beschlüsse zu fassen. Der große Saal war samt den Galerien und der Bühne gedrängt voll, ein Beweis dafür, daß in der Arbeiterschaft der Damenkonfektion das Interesse für die Bewegung keineswegs erloschen ist. Als erster Referent sprach Herr Drews, der Meistervorsitzende. Er gab eine Uebersicht über die Lage. Es sei der Kommission schwer geworden, einen Ausweg aus den Mißständen zu finden, schließlich habe man sich jedoch auf bestimmte Vorschläge geeinigt, die den Meistern zur Annahme empfohlen werden, jedoch nicht die Zustimmung der Vertreter der Arbeiter und Arbeiterinnen gefunden haben. Diese Vorschläge sind in der folgenden Resolution niedergelegt:

„Die versammelten selbständigen Schneidermeister der Damenkonfektion heissen es gut, daß der Arbeitgeberverband für das Damenschneidergewerbe Deutschlands im Interesse des Friedens die Vorteile, die der Fabrikantenverband einzelnen Meistern durch Verträge bereits zubehalten hat, durch einen besonderen Vertrag seinen Mitgliedern zusichert. Hierbei ist jedoch Voraussetzung, daß

1. die Ueberwachung der Ausführung dieses Vertrages durch eine besondere aus Mitgliedern des Fabrikantenverbandes und des Arbeitgeberverbandes für das Damenschneidergewerbe Deutschlands gebildete Kommission ausgeführt wird,

2. daß der Verband der Fabrikanten, soweit es in seiner Möglichkeit liegt, die Ausführung des Vertrages den Arbeitern und Arbeiterinnen gegenüber überwacht und garantiert.

Die Versammlung verlangt ferner die Konstituierung einer dauernden aus Vertretern des Fabrikantenverbandes, des Arbeitgeberverbandes für das Damenschneidergewerbe Deutschlands und aus Vertretern der Arbeiterschaft bestehenden Kommission, die die Aufgabe hat, Mißstände in der Damenkonfektion zu besprechen, über Mittel zu deren Abstellung zu beraten und solche in Vorschlag zu bringen. Diese Kommission soll auf Verlangen einer jeden Partei durch den Verband der Fabrikanten innerhalb vier Wochen nach Stellung des Antrags einberufen werden.“

Hierauf legte der Schneiderverbandvertreter Knop den Standpunkt der Arbeiterschaft dar. Wenn die organisierten Meister dazu gedrängt wurden, den Vertrag zu unterschreiben, so könnten die Arbeiter und Arbeiterinnen das wohl begreifen, aber ihre Zustimmung nicht dazu geben. Seitens des Schneiderverbandes sei darauf hingewirkt worden, daß kein Meister gedrängt werden solle, den Vertrag zu unterschreiben; wo jedoch der Meister unterschrieben habe, da könne man es den Arbeitern nicht verdenken, daß sie auch ihren Anteil verlangen. Wenn die Meister nun glaubten, daß sie sich auf 5 Jahre, die der Vertrag gelten soll, binden könnten, so sei das ihre Sache, aber freilich sei es, ob sie es auch innehalten könnten. Wenn die Arbeiterschaft später feststelle, daß die Preise gesunken sind, werde sie sich freie Hand behalten, zu tun, was notwendig wird. Die Arbeiterschaft werde sich immer kampfbereit halten, und wenn die Meister nicht mit ihr gehen wollten, aus eigener Kraft vorgehen. — Im selben Sinne äußerte sich Frauentein vom Gewerksverein der Heimarbeiterinnen. Von beiden Arbeitnehmergeorganisationen wurde folgende Resolution vorgeschlagen:

„Die in der Versammlung anwesenden Arbeiter und Arbeiterinnen erkennen an, daß der Arbeitgeberverband für das Damenschneidergewerbe Deutschlands durch die Sachlage berechtigt erscheint, über den Vertrag mit der Kaufmannschaft in Unterhandlung einzutreten. Sie erklären aber ausdrücklich, daß dieser Vertrag vorläufig keinerlei Sicherung ihrer Forderungen, und darum keine Besserung ihrer Lage bringt und deshalb von ihnen nicht anerkannt werden kann.“

Hierauf nahm der Fabrikantenvorsitzende Kommerzienrat Wambert das Wort und betonte zunächst, daß die Fabrikanten von einer wunderbaren Friedensliebe besetzt seien, den Meistern aufs äußerste entgegenkommen und auch noch besten Kräfte dafür sorgen wollten, daß die Lage der Heimarbeiterinnen gebessert und ihnen ihr Anteil an den Lohnerhöhungen gesichert werde. Die Zustände hätten sich seit 1896 wesentlich geändert. Damals hätten die Fabrikanten in ihrer Organisation kein Mittel gehabt, um auf ihrer Seite die Jurehabung der Abmachungen zu erzwingen. Heute hätten sie jedoch einen festen Verband, dessen Statuten dafür bürgten, daß die Mitglieder sich den Beschlüssen unterwerfen müßten, und wer es nicht tue, habe mit empfindlichen Strafen zu rechnen. Auch gegen die Befürchtung, daß die Löhne gedrückt würden, sei Vorsorge getroffen, da ja die betreffenden Meister jederzeit bei der aus Anstrengen und Meistern mit einem unparteiischen Vorkommenden zusammengesetzten Kommission ihr Recht geltend machen könnten. (Zwischenruf: Da liegt er raus!) Ja, aber der Meister ist doch nicht auf das eine Geschäft angewiesen. Auch die Heimarbeiterinnen seien nicht übergangen worden, und die Fabrikanten machten es den Meistern zur Pflicht, daß sie den Arbeiterinnen denselben Prozentsatz zahlten, den sie von den Fabrikanten erhalten. Hinsichtlich der von Herrn Treos gewünschten Kommission zur Abstellung von Mißständen könne er, Redner, wohl im Namen des gesamten Ausschusses erklären, daß die Fabrikanten auch damit einverstanden seien, und sie würden es auch gewiß gern sehen, wenn eine paritätische Kommission von Arbeitern und Arbeiterinnen, sowie Meistern, und wenn es gewünscht werde, auch Konfessionären gebildet werde zur Ueberwachung der der Arbeiterschaft im Vertrage zugesicherten Vorteile. — Die Ausführungen des Redners wurden hier und da durch Zwischenrufe unterbrochen, die betrieuen, daß man den Versicherungen von dem guten Herzen der Fabrikanten keinen Glauben schenke. Im weiteren Verlaufe der Diskussion äußerten sich noch einige Fabrikanten im Sinne ihres Vorkommenden und betonten namentlich auch, daß der Vertrag unter anderem die Bestimmung enthalte, daß die tüchtigen Durchschnittsarbeiter bei zehnstündiger Arbeitszeit mindestens 18 M. die Woche verdienen soll. Von Arbeitnehmersseite wurde dagegen hervorgehoben, daß der Vertrag eben keinerlei Sicherheit bietet, es den Meistern überlassen bleiben müsse, was sie zu tun für gut befinden, daß aber die Arbeiterschaft, deren Organisation in der Damenkonfektion infolge des Streiks immer mehr erstarbt, sich die Schritte vorbehalten müsse, die sie für gut befände. Die Versammlung endete damit, daß die vom Arbeitgeberverband für das Damenschneidergewerbe vorgeschlagene Resolution die Zustimmung der Mehrheit der Meister fand, und die Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Resolution einstimmig annahm.

Zum Ausrück im „Deutschen Wirtschaft“, Reußian, Bergstraße 186/187. Die im obengenannten Lokal seit vorgestern streikenden Arbeiter fordern die Abschaffung der schlechten, ungenügenden Kost und dafür anstatt früher 12, 15 resp. 18 M. Lohn einen Lohn von 30 M. monatlich. Der Unternehmer, Herr B. Jemlin, weigert sich die Forderung anzuerkennen und lehnte noch in letzter Stunde einen Einigungsversuch der Verbandsleitung ab.

Heute hat auch das weibliche Personal aus denselben Gründen, und weil man Streikarbeit von ihnen verlangte, die Kündigung eingereicht.

Der Betrieb ist für organisierte Gastwirtsgehilfen gesperrt. Verband deutscher Gastwirtsgehilfen.

### Ausland.

#### Der Generalstreik der Bergarbeiter.

London, 28. Februar. (Fig. Ver.)

Seit Freitag sind keinerlei Versuche gemacht worden, die Gefahr des Generalstreiks abzuwenden. Aber je kürzlicher das Tatsachenmaterial, um so fruchtbarer ist die Einbildungskraft der Schmieds. Herr Asquith begab sich Ende der Woche auf einige Tage aufs Land und die leitenden Personen der Bergarbeiterföderation sind Freitag alle nach Hause zurückgekehrt. Wenn jetzt noch eine Einigung zustande kommen sollte, so kann dies nur mit Zustimmung der morgen (27. Februar) stattfindenden Generalkonferenz der Bergarbeiter geschehen.

Alle Augen sind nun auf diese Konferenz gerichtet. Ein Teil der bürgerlichen Presse gibt sich noch der Hoffnung hin, daß es den Ministern gelingen wird, die Bergarbeiter zu „Kohdgeorgen“. Das Zeitwort „Kohdgeorgen“ ist vom Genossen Hyndman erfunden worden und wurde gestern auch vom Genossen Keir Hardie in einer Rede angewendet. Es bedeutet so viel wie „über den Löffel barbieren“. Von anderer Seite, wo man erkannt hat, daß der Kampf nur durch das Nachgeben der Kohlenbesitzer beendet werden kann, hört man Vorschläge wie die Einführung des Minimallohnes im Bergbau auf gesetzlichem Wege. Bei vielen ist die Hauptsorge die, den Verfall der Kündigungsfrist hinauszuschieben, um Zeit zu weiteren Verhandlungen zu gewinnen. Wodurch behandelt werden soll, darüber ist man sich jedoch nicht klar. Die Bergarbeiter bestehen auf ihrer Forderung, und die Kohlenbesitzer weigern sich nach wie vor, die Forderung anzuerkennen. Nach den Berichten, die aus vielen Revieren eingelaufen sind, wollen die Arbeiter von einem Aufschub nichts wissen. Vielleicht würden sie damit einverstanden sein, wenn die Unternehmer vorher den individuellen Minimallohn im Prinzip anerkennen würden. Wird sie die Regierung dazu bewegen können? Wird sie die Regierung zwingen? Herr Asquith hat die Verstaatlichung der Bergwerke abgelehnt.

Schließlich muß man sich noch fragen, ob es denn für jede wirkliche Intervention nicht längst schon zu spät ist. Schon heute treten einige Tausend Bergarbeiter in den Streik. Morgen laßt die Kündigungsfrist in Yorkshire und Derbyshire ab, Mittwoch legen weitere 100 000 Mann die Arbeit nieder und Donnerstag folgen 500 000 Bergarbeiter. Zwar hat man in einigen Revieren beschloffen, bis zum 29. zu arbeiten, ob aber dieser Beschluß in der zunehmenden Erregung durchführbar sein wird, ist zweifelhaft. Nicht allein in Südwest, sondern auch in England sind einige der einflussreichsten Kohlenbesitzer zum Kampfe entschlossen und halten kriegerische Reden. In der Bergarbeiterföderation herrscht eine ähnliche Kampfstimmung. Selbst die gemäßigten Führer haben die Hoffnung auf eine friedliche Beendigung des Minimallohnkampfes aufgegeben, sie sehen keinen Ausweg mehr.

Die Versuche der bürgerlichen Presse, die Bergarbeiter zu spalten, haben keinen Erfolg gehabt. Man hegte die Engländer gegen die Waliser, indem man behauptete, diese gerieten die englischen Bergarbeiter in einen Kampf, den die Engländer nicht wünschten und der ihnen keinen Gewinn verspreche. Solches Gerücht hat das Solidaritätsgefühl der Arbeiter nicht zu erschüttern vermocht. Gestern erklärte der Präsident des großen Durham Bergverbandes, der Ratsherr House, der Gemäßigten einer, in einer Rede: „Wenn der Kampf kommt, sei er nun kurz oder lang, laßt uns fest zusammenhalten wie der Efeu an der alten Gartenmauer.“

In der ganzen Bewegung ist deutlich ein politisches Nebenpiel zu erkennen. Die Konservativen sind offenbar bestrebt, die Schuld an dem Streik der Regierung in die Schuhe zu schieben. Daher das überlaute Geschrei der oppositionellen Presse nach einer Regierungstat und die Versicherung, daß die Regierung den Streik abwenden könne, wenn sie nur wolle, eine Behauptung, auf die sich wohl die optimistischen Berichte der Korrespondenten kontinentaler bürgerlicher Blätter stützen. Die „Bestimmter Gazette“ schrieb hierzu letzten Sonnabend, nachdem sie die Einsetzung obligatorischer Schiedsgerichte oder die Einführung eines gesetzlichen Minimallohnes als Mittel zur Vermeidung des Streiks angeführt hatte: „Wir glauben, daß beide Vorschläge der Bonnwill der Konservativen und Unionisten treffen wird, die jetzt von der Regierung verlangen, sie solle den Streik abwenden, und noch mehr zuzunehmen wird ihnen der letzte Vorschlag sein, die Bergwerke zu verstaatlichen, was in der Tat eine ungeheure Keuerung darstellen würde, die zwischen Sonnabend und Dienstag vollzogen werden müßte.“

Unser Berichterstatter telegraphiert uns: London, 27. Februar. Mehrere Sitzungen fanden heute zwischen den Vertretern der Bergarbeiter und den Regierungsvertretern statt sowie zwischen diesen und den Unternehmern. Die Verhandlungen haben noch zu keinem Resultat geführt und werden morgen fortgesetzt werden. Hervorragende Führer der Bergarbeiter versichern, daß jetzt sehr wenig Hoffnung besteht, den Frieden zu erhalten.

## Letzte Nachrichten.

### Massenausweisung der Italiener.

Konstantinopel, 27. Februar. Wie die „Frankf. Zig.“ meldet, beträgt die Zahl der durch das Ausweisungsbekret für Syrien und Palästina betroffenen Italiener 11 000.

### Vom mexikanischen Bürgerkrieg.

New York, 27. Februar. Nach einem Telegramm aus El Paso begannen die Aufständischen die Beschießung von Juarez heute vormittag um 10 Uhr. Der mexikanische Konsul in El Paso erklärte, um einer Verletzung amerikanischer Rechte vorzubeugen, habe die Besatzung von Juarez Befehl erhalten, keinen Widerstand zu leisten und die Stadt den Aufständischen zu übergeben. Die Verteidiger der Stadt haben das Feuer nach wenigen Gewehrsalven eingestellt.

### Eine neue Revolution in Paraguay.

New York, 27. Februar. (V. C.) Wie aus Funchion, der Hauptstadt von Paraguay gemeldet wird, ist in dieser südamerikanischen Republik eine neue Revolution ausgebrochen. Die Regierung von Paraguay hat alle verfügbaren Truppen in Asuncion zusammengezogen. Ein Kampf zwischen den Regierungstruppen und den Insurgenten steht bevor. Alle Geschäfte in der Stadt sind geschlossen.

### Raubmord im Schnellzug.

Paris, 27. Februar. (V. C.) Wie aus Chalons-sur-Saone gemeldet wird, wurde bei der Ankunft des Schnellzuges aus Dijon auf dem dortigen Bahnhof in einem Abteil zweiter Klasse die Leiche eines gutgekleideten Mannes gefunden. Wie aus den Papieren des Toten hervorgeht, handelt es sich um einen Reisenden. Da bei der Leiche die Uhr und Geldbörse fehlten, handelt es sich anscheinend um einen Raubmord.



Die Reichstagswahlen in der Provinz Brandenburg von 1890-1912

(Siehe auch den gleichlautenden Artikel auf der nächsten Seite.)

Regierungsbezirk Potsdam.

Regierungsbezirk Frankfurt.

Table with 7 columns (years 1890-1912) and multiple rows for different districts: Westpreignitz, Ostpreignitz, Ruppiner-Tempelin, Prenzlauer-Angermünde, Oberbarnim, Potsdam-Oberhavelland-Spandau, Westhavelland-Brandenb., and Rauch-Beizig-Friedberg-Luderswald.

Table with 7 columns (years 1890-1912) and multiple rows for different districts: Arnswalde-Friedebg. i. N., Landsberg-Elbin, Königsberg i. N., Frankfurt/D., Dö. u. West-Sterberg, Rölliken-Schwiebus-Krossen a. D., Guben-Röhben, Sorau N.-L., Rottbus-Sprembg. N. L., and Kalau-Ludau.

Zur Beachtung. In runden Klammern ( ) sind die Zahlen von Erst- und Nachwahlen angegeben. — Hinter der Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen befindet sich der Prozentsatz aller gültigen Stimmen von den Wahlberechtigten. — Unter „Prozent“ sind angegeben der Prozentsatz der sozialdemokratischen Stimmen von allen gültigen Stimmen, in [ ] dazu der Prozentsatz der sozialdemokratischen Stimmen von allen Wahlberechtigten.

Die Wahlkreise Teltow-Deeslow und Niederbarnim des Regierungsbezirks Potsdam sind bereits unter „Die Reichstagswahlen in Groß-Berlin“ (vgl. „Vorwärts“ Nr. 35, 1. Beilage, vom 11. Februar d. J.) behandelt worden.



# Die Reichstagswahlen in der Provinz Brandenburg von 1890 bis 1912.

Die Industrialisierung der Provinz Brandenburg seit der Gründung des Deutschen Reiches hat nicht in gleichmäßiger Weise stattgefunden. Das läßt sich sehr gut an dem Wachstum der Bevölkerung zeigen. In den ersten zwanzig Jahren, von 1871 bis 1890, stieg die Bevölkerungszahl Brandenburgs (ohne Berlin) von 2,04 Millionen auf 2,54 Millionen, d. h. nur um 25 Proz. In den folgenden zwanzig Jahren, von 1890 bis 1910, nahm sie dagegen von 2,54 Millionen auf 4,00 Millionen, d. h. um 78 Proz. zu. Entsprechend dieser wirtschaftlichen und bevölkerungsstatistischen Entwicklung verläuft das Wachstum der Sozialdemokratie, der Vertreterin der großen Massen. Im Jahre 1871 wurden in Brandenburg (ohne Groß-Berlin) 2409 sozialdemokratische Stimmen gezählt. Bis zum Jahre 1887 sind sie erst auf 22 100 Stimmen gestiegen. Im Wahlkampf 1890 traten aber bereits 50 800 Wähler für die Sozialdemokratie ein; und nun steigt die Zahl der sozialdemokratischen Wähler von Wahlperiode zu Wahlperiode (zur 1907 zeigt einen kleinen Rückgang) bis auf 102 500 im Jahre 1912.

Es wurden gezählt:

Jahr	Berlin	Groß-Berlin	Brandenburg (ohne Groß-Berlin)	Brandenburg (einschl. Groß-Berlin)
1871	2 068	2 068	2 394	4 462
1874	11 279	14 874	11 085	25 969
1877	31 522	38 985	13 808	50 788
1878	50 147	63 685	7 171	70 950
1881	90 178	92 878	5 849	88 227
1884	68 595	75 971	12 755	88 726
1887	83 335	107 683	22 099	129 782
1890	126 317	158 848	50 800	206 648
1893	151 122	199 590	79 384	278 974
1898	155 411	221 127	95 791	318 918
1903	218 288	330 456	181 371	461 827
1907	251 285	413 201	130 973	544 174
1912	307 892	594 189	162 524	726 710

Da vor 1890 sich nur in einzelnen Kreisen und auch dort nur verhältnismäßig wenige Stimmen für die Sozialdemokratie fanden, haben wir in der Tabelle nur die Wahlen von 1890 an berücksichtigt, geben aber in der folgenden Uebersicht über die Wahlergebnisse in den einzelnen Wahlkreisen alle dort gezählten sozialdemokratischen Stimmen an. Im allgemeinen war auch hier ein Ansteigen der Sozialdemokratie zu konstatieren, das schneller fortschreitet als das Wachstum der Wahlberechtigten. Die bürgerlichen Parteien werden insoweit von der Arbeiterpartei zurückgedrängt. Interessant ist dabei das Verhältnis des Liberalismus zu den reaktionären Parteien. Die Sache liegt durchaus nicht so, daß die Konservativen ihre Stimmen zunächst an den Fortschritt verlieren. (Die Nationalliberalen fallen in der Mehrzahl der Kreise überhaupt aus.) Die Sozialdemokratie wächst vielmehr durch eigene Kraft und gewinnt von allen Gegnern Stimmen. Dabei hielten sich, von den letzten Hauptwahlen abgesehen, die Konservativen weit besser als die Liberalen.

Im Wahlkreis Wehrprieignitz wurden 1887 zum ersten Male (90) sozialdemokratische Stimmen gezählt. Seit 1890 steigt die Zahl der Wahlberechtigten weit langsamer als die der Sozialdemokratie. Die Nationalliberalen stellen nur 1871 bis 1878 eigene Kandidaten auf. Der Fortschritt beteiligt sich 1881 zum ersten Male an der Wahl und gewinnt mit 3747 Stimmen das Mandat. Eine gleich hohe Zahl hat er früher in den Hauptwahlen nicht mehr aufzubringen vermocht. Seit 1903 ist er von der Sozialdemokratie überflügelt und kommt nicht mehr in Stichwahl.

In der Ostprieignitz ist der Fortschritt von 1890 an völlig angefallen worden. Da die Bevölkerung zu drei Fünfteln ländlich ist (es gibt keine Stadt von über 10 000 Einwohnern in diesem Kreis), leistete sie sich 1907 und 1912 den Luxus einer Stichwahl zwischen Konservativen und Reichsparteilern. Die Ostprieignitz stellt selbst 1912 nur 15,2 Proz. sozialdemokratische Wähler. In diesem Kreis Brandenburgs besitz die Sozialdemokratie am wenigsten festen Boden.

In Ruppins-Tempelau tauchten 1887 die ersten (259) sozialdemokratischen Wähler auf. Da der Wahlkreis zur Hälfte städtischen Charakter trägt, betrug 1912 der Anteil der Sozialdemokratie von allen Wahlberechtigten 33 Proz. Auch hier verliert der Fortschritt, wenn man die Zahl der Wahlberechtigten berücksichtigt, an Boden. Seit 1903 ist er aus der Stichwahlbeteiligung hinausgedrängt worden.

Im Wahlkreise Prenzlau-Angermünde beginnt die Beteiligung der Sozialdemokratie 1878 mit 161 Stimmen. 1884 wurden 59 Stimmen, 1887 202 Stimmen gezählt. Von 1890 an steigt die sozialdemokratische Stimmenzahl stetig mit Ausnahme des Wahljahres 1907, das in allen Wahlkreisen Brandenburgs (ohne Groß-Berlin) einen Rückgang brachte. Von 1877 an ist Prenzlau-Angermünde im Besitz der Konservativen.

Oberbarnim weist vor 1890 überhaupt keine sozialdemokratischen Stimmen auf. Seit 1893 ist ihre Zahl aber bereits so groß, daß die Partei jedesmal in die Stichwahl gelangt.

Da Potsdam-Osthavelland-Spandau zu drei Vierteln städtische Bevölkerung besitzt, finden sich schon 1874 908 Stimmen für den sozialdemokratischen Kandidaten (Eisenacher Richtung). 1877 sind es bereits 1078. Dann werden erst wieder 1884 250 Stimmen und 1887 1429 Stimmen gezählt. Die Zahl der Wahlberechtigten steigt in diesem mehr städtischen Wahlkreise, insbesondere durch das Wachstum Potsdams und Spandaus, sehr rasch. Seit 1884 (28 083 Wahlberechtigte) hat sie sich fast verdoppelt.

Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse in Westhavelland-Brandenburg. Auch hier eine starke städtische, zum Teil ausgeprägt industrielle Bevölkerung. Schon 1871 stimmen 1602 Wähler und 1874 2900 Wähler für den Sozialdemokraten. Dann beträgt der Anteil der Sozialdemokratie:

abgegebenen Stimmen	Sozialdemokratie
1877: 10 707	2 337 = 21,8 Proz.
1878: 12 028	1 257 = 10,5 Proz.
1881: 13 170	1 415 = 10,7 Proz.
1884: 13 108	5 141 = 23,97 Proz.
1887: 16 727	4 885 = 29,2 Proz.

Der Fortschritt besaß von 1871 bis 1890 das Mandat.

In Zülpert-Buckow wurden gezählt:

abgegebenen Stimmen	Sozialdemokratie
1871: 9 125	533 (Zuffallener) = 5,8 Proz.
1874: 12 400	1 041 (Eisenacher) = 13,2 Proz.
1877: 12 028	1 767 = 14,69 Proz.
1878: 15 527	819 = 5,3 Proz.
1881: 14 060 (18 107)	407 (367) = 2,9 (3,1) Proz.
1884: 15 051	907 = 6,0 Proz.
1887: 21 528	2 740 = 12,8 Proz.

Der Regierungsbezirk Potsdam vereinigt die verschiedenartigsten Wahlkreise: Teltow-Weesow und Niederbarnim, wirtschaftlich zu Berlin gehörend, mit ihren Niefenziffern von Wahlberechtigten und sozialdemokratischen Wählern; vier vorzugsweise städtische Kreise mit 40-50 Proz. sozialdemokratischer Stimmen, und ein paar mehr ländliche Kreise, von denen noch 1912 Prenzlau nur 23 Proz. und Ostprieignitz gar nur 15 Proz. sozialdemokratischer Wähler aufweisen.

Der Regierungsbezirk Frankfurt besitz im ganzen weit gleichmäßiger eine mehr ländliche Bevölkerung als der Regierungsbezirk Potsdam. Er ist daher bis auf die letzten Wahlkämpfe fast ausschließlich eine Domäne der radikalsten Parteien geblieben. Trotzdem ist auch hier das gegenwärtige Steigen der sozialdemokratischen Stimmen unauffällig. Da die Wahlergebnisse in den einzelnen Kreisen für das Studium der Parteiverhältnisse und Parteienentwicklung nicht grundräßig Neues bieten, beschränken wir uns auf die Wiedergabe der Zahl sozialdemokratischer Wähler vor 1890 und verweisen im übrigen auf die Tabelle.

Für die Sozialdemokratie stimmten in Frankfurt-Debus:

abgegebenen Stimmen	Sozialdemokratie
1871: 6 709	259 = 3,9 Proz.
1874: 13 451	2 511 (Zuffall.) = 18,7 Proz.
1877: 11 105	2 885 = 25,9 Proz.
1878: 18 203	1 325 = 7,3 Proz.
1881: 15 088	692 = 4,6 Proz.
1884: 16 341	1 318 = 8,1 Proz.
1887: 21 300	2 202 = 10,3 Proz.

In Züllichau-Schwiebus-Krossen wurden 1884 181 Sozialdemokraten von 9956 Wählern, 1887 604 sozialdemokratische Wähler von 18 970 abgegebenen Stimmen gezählt.

In Guben-Bübben stimmten

abgegebenen Stimmen	Sozialdemokraten
1874: 7 858	275 (Zuffallener) = 3,5 Proz.
1877: 9 653	169 = 1,8 Proz.
1884: 18 896	376 = 2,0 Proz.
1887: 14 081	1 156 = 8,2 Proz.

Sorau

abgegebenen Stimmen	Sozialdemokraten
1874: 10 927	1 677 (Zuffall.) 155 (Eisen.) = 17,7 Proz.
1877: 11 038	3 061 = 27,7 Proz.
1878: 13 746 (9 675)	2 294 (1537) = 16,7 (15,9) Proz.
1881: 11 725 (10 553)	2 290 (2281) = 19,5 (16,5) Proz.
1884: 14 308	3 588 = 25 Proz.
1887: 19 803	8 806 = 44,5 Proz.

Kottbus-Spremberg

abgegebenen Stimmen	Sozialdemokraten
1874: 8 649	545 (Zuffallener) = 6,3 Proz.
1877: 11 190	1 839 = 16,4 Proz.
1878: 12 795 (9 238)	1 242 (582) = 9,8 (6,3) Proz.
1881: 11 770	955 = 8,1 Proz.
1884: 14 088	2 699 = 19,2 Proz.
1887: 17 094	3 904 = 22,8 Proz.

Kalau-Ludau

abgegebenen Stimmen	Sozialdemokraten
1874: 12 088	988 (Zuffallener) = 8,2 Proz.
1877: 15 178	504 = 3,3 Proz.
1878: 14 140	178 = 1,3 Proz.
1884: 13 775	150 = 1,1 Proz.
1887: 17 571	953 = 5,4 Proz.

Sorau-Forst, Kottbus-Spremberg und Kalau-Ludau sind im letzten Wahlkampfe erst in der Stichwahl erobert worden. Da aber bereits bei den Hauptwahlen unsere Partei in Frankfurt-Debus 46,5 Proz., in Sorau 49,7 Proz. aller abgegebenen Stimmen aufbrachte, steht zu erwarten, daß die nächste Wahl uns sofort diese beiden Kreise ausliefern wird. Mehr als ein Viertel aller Stimmen wurden in sämtlichen Kreisen des Regierungsbezirks Frankfurt für die Sozialdemokratie abgegeben. Stand doch schon im Januar dieses Jahres unsere Partei in sieben von zehn Wahlkreisen des Regierungsbezirks in Stichwahl, von denen ihr allerdings infolge der schwächlichen Haltung des Fortschritts nur drei zufielen.

Nebenfalls aber beweisen die vorgeführten Ergebnisse der einzelnen Wahlen, daß auch in den ländlichen Kreisen der Provinz Brandenburg trotz aller Schwierigkeiten der Agitation der Siegesszug der Sozialdemokratie ein unaufhaltsamer ist. Und dieses Bewußtsein wird unseren Genossen ein Ansporn zu weiterer unermüdlicher Werberarbeit sein.

## Französischer Parteitag.

4. Tag.

Lyon, 21. Februar. (Fig. Ver.)

Vormittags-Sitzung.

Die Diskussion über die Freimaurerfrage wird fortgesetzt.

Bonnet: Die Freimaurerei ist tatsächlich eine geheime Organisation des herrschenden Radikalismus. Man hat den Logen jetzt verboten, Delegierte zu radikalen Kongressen zu schicken — jetzt, am Vorabend unseres Kongresses. In den Logen macht man radikale Wahlpolitik und unsere Genossen sind dabei. Die Loge arbeitet auch in den Gewerkschaften. Auf dem letzten Kongreß der Post- und Telegraphenbeamten gab es eine freimaurerische Liste.

Gronjier: Man darf Einrichtungen nicht nach persönlichen Fehlern, sondern nur nach ihrer Gesamtleistung beurteilen. Die Freimaurerei studiert wirtschaftliche und soziale Fragen, aber sie ist darum nicht politisch. Der einzelne Freimaurer kann außerhalb der Loge ebenso radikaler wie Sozialist sein. Die Behandlung der Fragen des öffentlichen Lebens in den Logen hat nur einen Erziehungs-zweck. Die Freimaurerei ist keine Kirche, denn sie hat keine Dogmen. Ich hoffe, daß die große Parteimehrheit in der Frage der Belästigung einer Meinung mit der Maurerei ist. Die Kirche will heute die Arbeiter in der Gewerkschaft wie in der Partei einsperren. Der Parteitag darf der katholischen Partei keine Konzessionen machen.

Kerrens: Die Logen sind mit Vereinen wie der Liga der Menschenrechte, den Freidenkerverbänden usw. nicht zu vergleichen. Jene sind offen, die Logen sind geschlossene Vereinigungen. Redner verliest eine lange Reihe maurerischer Dokumente zum Beweis, daß die Loge eine politische Organisation ist.

Nachmittags-Sitzung.

Die Freimaurerdebatte wird zu Ende geführt. Pressensé spricht für den Statusquo. Die Freimaurer haben sicher auf die antikeristische Politik einen Einfluß ausgeübt, ich glaube aber nicht, daß Sie etwas gegen diese einzutun haben. Redner spricht über die Wirksamkeit der Liga der Menschenrechte, die jährlich 60 000 Prozesse erleidet und 60 bis 65 Proz. Wiedererfassungen durchzieht. Er erinnert an ihre Intervention zugunsten Durands und der gemahregelten Eisenbahner. Es ist kindisch, den Parteigenossen die Tätigkeit im sozialistischen Sinne außerhalb der Parteioorganisation zu verbieten zu wollen.

Semiat, der die Bildungsarbeit der Logen hervorhebt und erklärt, daß er und seine Freunde im Ordenrat sich jedem Mißbrauch der Loge zu politischen Zwecken widersetzen. Die Freimaurerei ist keine politische Vereinigung. Die einzige Politik, die sie betreibt, ist die der Weltlichkeit. Gronjier hat recht gehabt, die Freimaurer in der Parteizentrale nicht von der Partei zum Austritt aus der Loge zwingen lassen, aber keiner würde Freimaurer bleiben, wenn man von ihm eine antisozialistische Handlung verlangte. Ich appelliere an die Parteigenossen, keine unnützen Konflikte zu suchen und gegen den Gegner, den Kapitalismus, dessen Kräfte ständig wachsen, gemeinsam vorzugehen.

Constant, der aus der Loge ausgestiegen ist, weist einen maurerischen Antikommunisten über sein Privatleben vor.

Die Resolutionskommission überläßt dem Kongreß, zwischen den drei Typen der Resolutionsen zu entscheiden, die von der Seine-Minorität, dem Nord und der Seine-Mehrheit eingebracht sind. Die

erste fordert den Austritt innerhalb sechs Monaten, die zweite den Statusquo, die dritte fordert die Parteigenossen auf, ihre Kräfte nicht zu zerstreuen, sondern ganz der Partei zu widmen.

Die Abstimmung ergibt: 108 Mandate für die Seine-Minderheit, 927 für die Resolution des Nord, 1505 für die Seine-Mehrheit.

Nachmittag.

Die Resolutionskommission erstattet ihren Bericht. Sie beantragt folgende

Resolution über die Affäre Combre-Morel-Ghesquière.

Der Kongreß erkennt an, daß die Genossen Ghesquière und Combre-Morel bei ihrer Intervention in der Kammer keinen anderen Zweck verfolgten, als den Interessen der Arbeiterklasse zu dienen und daß es ihnen durchaus möglich scheinen konnte, die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf die Gefahren einer Propaganda des Antiparliamentarismus und der systematischen Gewalttätigkeit zu lenken und auf die Beschlüsse in Erinnerung, die über die gewerkschaftliche und politische Aktion der Arbeiterklasse auf den nationalen Kongressen von Limoges, Nancy und Toulouse und auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart gefaßt worden sind. Er fordert alle Arbeiter auf, sich von ihnen bei dem notwendigen Werk der gegenseitigen Annäherung inspirieren zu lassen.

Die Kommission hat sie mit allen Stimmen gegen zwei Enthaltungen angenommen. Lafont spricht gegen sie. Es gebe Stunden, wo man der Einstimmigkeit zuliebe Opfer bringen müsse. Hier aber bedeute diese die Furcht vor weiterer Diskussion. Die Resolution sei im Wesen die Anerkennung des Verhaltens Combre-Morels und Ghesquières und darum wäre seine Zustimmung eine Preisgabe seiner wichtigsten Anschauungen.

Die Abstimmung erfolgt nach Mandaten. Sie ergibt die Annahme mit 2258 gegen 180 Stimmen und 144 Enthaltungen.

Der Praktikumsbericht wird einstimmig genehmigt. Auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses wird die allgemeine Aktion der Partei, die Agrarfrage und das Amendement Keir-Portie gestellt werden. Die Alkoholfrage wird einer gründlichen Behandlung vorbehalten.

Es werden Resolutionen für die Amnestie, für das weltliche Prinzip und gegen den Antifemilismus angenommen. Die Frage der Jugendorganisation wird dem Nationalrat zugewiesen, ebenso die Frage der Reform des Parteisekretariats und des „Socialiste“-Ordnung der Partei über die „Humanität“, aus dem hervorgeht, daß das durch die „Gataille Syndicaliste“ verursachte Defizit in kurzer Zeit wieder überwunden sein wird. Die regionale Ausgabe für den Norden konnte sich nicht halten, aber sie hat dem Blatte 2100 Leser gewonnen. Das Gelingen der neuen Aktionsausgabe im Betrage von 25 000 Frank und die Tatsache, daß über die Hälfte der Aktien von Organisationen gezeichnet wurde, beweist die steigende Anhänglichkeit der Partei an das Blatt.

Renardel schließt nach Mitternacht mit einer Ansprache den arbeitreichen Kongreß.

## Verfammlungen.

Zentralverband der Radikalen und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands. Die Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin fand am Sonntagmorgen in den Armirehallen statt. Der gedruckte vorliegende Geschäftsbericht für das Jahr 1911 wurde von dem Vorsitzenden Schmittau erläutert und zur Diskussion gestellt. Die Ortsverwaltung hielt im Geschäftsjahr 17 erweiterte und 4 engere Verwaltungssitzungen, ferner eine kombinierte Sitzung mit dem Vorstandsvorsitzenden als 16. fanden statt 3 ordentliche, 2 außerordentliche Generalversammlungen, 2 Versammlungen mit Vorträgen, 7 Vertrauensmännerversammlungen aller Betriebe, 4 Versammlungen für die Warenhäuser, 10 Versammlungen für die Berliner Elektrizitätswerke und 5 für die Brauereien, 22 Betriebsversammlungen, 27 Parteiführungen (Metallindustrie, Braugewerbe, Wagenfabriken), 248 Verhandlungen und Konferenzen, eine Sitzung des Einigungsamtes (im Braugewerbe) und drei Sitzungen mit der Konsumgenossenschaft. Neben die Tätigkeit der Bezirke Osten, Wedding, Niddorf, Weihensee-Pantow, Roabit, Treptow, Tegel, Schöneberg, Schönhauser Vorstadt und Südosten liegen gesonderte Berichte vor.

Zahlreiche Lohnbewegungen waren im Laufe des Jahres zu verzeichnen; vielfach gelang es, Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse zu erreichen und Tarifverträge abzuschließen. Der Bewegung in den Berliner Elektrizitätswerken ist ein besonderes Kapitel im Geschäftsbericht gewidmet; es gelang auch dort mit Hilfe der Organisation, die Löhne zu erhöhen und die Interessen der Arbeiter in mancher anderen Beziehung noch wahrzunehmen. — Viele Klagen kamen aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis hatte der Verband für seine Mitglieder zu erledigen, aber diese versäumten oft, den Vorstand über den Ausgang der Prozesse zu unterrichten.

Der Bericht vom Arbeitsnachweis zeigt unter den eingeschriebenen Personen im Geschäftsjahre 158 mit Gehältern, 680 ohne Gehältern und 438 Ausfühler. Gemeldet wurden 841 Stellen, besetzt 770 Stellen, davon 541 Ausfühler. Bei 107 Stelleneintragungen wurden 440 Mann beschäftigt, die dadurch 8814,80 M. verdienten. 36 Stellen wurden zu einem Stundenlohn von durchschnittlich 80 Pf. gereinigt.

Der Kassenbericht für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1911 zeigt eine Einnahme von 53 080,65 M., eine Ausgabe von 51 486,78 M., mithin eine Mehreinnahme von 1593,87 M. Der Kassenbestand am Jahresabschluss betrug 16 513,22 M. — Von der Zentralkasse lagen die Berichte von drei Quartalen vor, die Schlussabrechnung des Jahres fehlt noch. Für die Agitation wurden aus der Zentralkasse 113,90 M., aus der Lokalkasse 1384,19 M. verausgabt.

In Unterstützungen sind gezahlt worden aus der Zentralkasse

an arbeitslose Mitglieder	6 828,99 M.
„ Kranke	9 636, —
„ streikende	2 698,04
„ ausgeperrte	1 725,43
„ gemahregelte	1 440,83
für Sterbunterstützung	2 270, —
„ Rechtschutz	248,50
Summa	24 846,69 M.

Aus der Lokalkasse kamen noch Zuschüsse zum Sterbepfand im Betrage von 905 M., an Streikende 232,50 M., zum Rechtschutz 90 M., und als Extraauszahlung 965 M.

Die Mitgliederbewegung zeigt einen Bestand von 1821, das ist ein Zuwachs von 100 Mitgliedern gegenüber dem Vorjahre, 23 sind zu anderen Verbänden, 120 von anderen Verbänden übergetreten. Die Fluktuation war sehr hoch.

In dem Bericht wird noch auf die Kartellverträge mit anderen Verbänden und auf die Grenzstreitigkeiten mit den Transport-, Brauerei- und Gemeinbediensteten Bezug genommen.

In der Diskussion gaben Schmittau und der Kassierer Holz die gewünschte Auskunft auf eine Reihe von Fragen. Die Versammlung beschäftigte sich dann mit den bevorstehenden Delegiertenwahlen zum Verbandstag in München.

Marktbericht von Berlin am 26. Februar 1912, nach Ermittlung des lang. Vollaufstands. Marktlage: (Reinhandel) 100 Kilogramm Erdbeeren, gelbe, zum Kochen 25,00-30,00, Speiseobstweine, 36,00-60,00, Äpfel zum Kochen 9,00-14,00, 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 1,60-2,40, Rindfleisch, Bandfleisch 1,20 bis 1,80, Schweinefleisch 1,20-1,80, Rindfleisch 1,40-2,40, Hammelfleisch 1,30-2,20, Butter 2,60-3,20, 60 Stück Eier 4,50-7,30, 1 Kilogramm Karotten 1,20-2,40, Rote 1,30-3,00, Janer 1,60-3,60, Hechte 1,40-2,60, Bratke 1,00-2,00, Schote 1,40-3,20, Weie 0,80-1,40, 60 Stück Äpfel 4,00-30,00.











Reichstag.

14. Sitzung. Dienstag, den 27. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Delbrück.

Zunächst wird ein schleuniger Antrag Albrecht (Soz.) auf Einstellung eines schwebenden Disziplinarverfahrens gegen den Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) für die Dauer der Session angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Ausführungsgesetzes zu dem internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung des Mädchenhandels.

Abg. Dr. v. Ligtz (Sp.): Unter den Kuppelparagraphen fällt das Bringen eines minderjährigen Mädchens in ein Bordell, dagegen ist das Anwerben eines minderjährigen Mädchens für ein Bordell strafbar. Das ist eine bedauerliche Lücke in unserem Strafrecht. Artikel 1 der Konvention erklärt dieses Anwerben für strafbar, und das Deutsche Reich ist daher verpflichtet, diesen Tatbestand ebenfalls unter Strafe zu stellen.

Ministerialdirektor Krieger bestreitet, daß hier eine Lücke vorhanden sei; das Anwerben für ein Bordell sei jetzt schon strafbar. Sollte die Praxis anders entscheiden, so werde die Lücke ausgefüllt werden.

Damit schließt die Debatte. Das Gesetz wird angenommen. Debatte wird darauf in dritter Beratung die Verlängerung des

Handels- und Schifffahrtsvertrages mit der Türkei

angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der ersten Beratung des Entwurfs eines

Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes.

Abg. v. Liebert (Mp.): Demjenigen Volk gehört nach einem Anspruch Reichsstatus die Zukunft, dessen Sprache von den meisten Menschen gesprochen wird. Deshalb haben wir allen Anlaß, dafür zu sorgen, daß die Deutschen im Auslande ihr Deutschtum nicht verlieren. Wir begrüßen daher das Gesetz in nationalem Interesse. Abg. Liebknecht rügte, daß Ausländer nur aufgenommen werden dürfen, wenn kein Bundesstaat Widerspruch erhebt. Wir erachten diese Bestimmung selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich erscheint mir die ebenfalls vom Abg. Liebknecht gerügte Bestimmung, daß zur Aufnahme in den Staatsverband die Unbescholtenheit näher präzipiert werden. Mit einer Reichsangehörigkeit ohne Staatsangehörigkeit macht der Entwurf nur einen schäblichen Versuch, nämlich in den Schutzbereichen; dort ist sie aber dringend nötig. — Ein urdeutscher Grundtag ist: ohne Wohngemeinschaft keine Volksgemeinschaft. Das gilt namentlich für die Abkömmlinge von ins Ausland gewanderten Deutschen, die ihre Staatsangehörigkeit behalten. Um deren Kindern das Deutschtum zu erhalten und sie zur Erfüllung der Wehrpflicht anzuhalten, sind freilich eine Reihe von Erleichterungen notwendig, die der Entwurf in großzügiger und großzügiger Weise gewährt. (Beifall rechts.)

Abg. Herzog (Wirtsh.) (Sp.): Die Vorlage kommt reichlich spät, denn das jetzt bestehende Gesetz genügt seit langem nicht. Im allgemeinen entspricht die Vorlage unseren Wünschen. Im Gegensatz zu den Herren Dr. Liebknecht und Waldstein halten wir es für durchaus richtig, daß Kontingen geschaffen sind, um mißliebige Ausländer fernzuhalten. Die deutsche Staats- und Reichsangehörigkeit soll kein Ziel werden für alle möglichen Elemente, die dem deutschen Namen wahrlich nicht zur Ehre gereichen. (Wraho! bei den Antikontingenten.)

Abg. Hansen (Däne): Die Schaffung eines Reichsverwaltungsgerichts ist dringend notwendig, damit strittige Fragen über die Staatsangehörigkeit einheitlich und endgültig entschieden werden können. Bei uns gibt es Hunderte von Personen, die von den Verwaltungsbehörden als Preußen bezeichnet, aber demnachgeordnet fortwährend als Ausländer behandelt werden. (Hört! hört!) Das ist ein ganz unhaltbarer Zustand, der nicht zur Erhöhung der Autorität der Behörden dient. Eine Reihe von Leuten, die den Krieg 1870/71 als deutsche Soldaten mit-

gemacht und deren Söhne im Deutschen Heere gedient haben, sind nachträglich mit Kindern und Enkeln von den Behörden aus dem deutschen Staatsverband ausgeschlossen worden. (Hört! hört!) Es sollte festgelegt werden, daß man durch Geburt in einem deutschen Bundesstaat die Staatsangehörigkeit ohne weiteres erwirbt. Ein geradezu unerträgliches Zustand ist es, daß während in der Nordmark deutsche Frauen, die in wilder Ehe leben, nicht ausgewiesen werden dürfen, dänische Frauen, die einen im Inland geborenen Mann heiraten, erbarmungslos ausgewiesen werden, und daß ihre Kinder staatenlos werden. (Hört! hört!) Es muß dafür gesorgt werden, daß solche Mißstände durch das neue Gesetz beseitigt gemacht werden. (Wraho! links.)

Abg. Dr. Landsberg (Soz.):

Einer der Redner hat die Bestimmung, daß die Staatsangehörigkeit durch zehnjährige Abwesenheit im Auslande verloren wird, diese Bestimmung, die jetzt ausgemerzt werden soll, mit Recht einen schweren Irrtum genannt. Es ist nur zu bedauern, daß es 42 Jahre gedauert hat, diesen Irrtum loszuwerden, und daß gibt Veranlassung zu wehmütigen Betrachtungen über die Langsamkeit der Gesetzgebung und zu Variationen über das Dichterwort: Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort. In einer Zeitung las ich, diese Bestimmung habe den Deutschen Millionen von Kräften entzogen. Das ist eine tolle Lüge. Der Verlust des Staatsbürgerrechts durch zehnjährige Abwesenheit brachte schweres Ungemach über diejenigen, die sich länger als zehn Jahre im Auslande aufhielten und dann zurückkehrten. Aber daran, daß Millionen von Deutschen, die nicht nach Deutschland zurückkehrten, ihr Deutschtum aufgegeben haben, ist diese Bestimmung unschuldig. Werfen wir doch einen Blick nach Böhmen. Je deutscher ein Name ist, desto tschechischer ist die Gesinnung des Trägers. Heißt einer Herold, so ist er sicher tschechisch gesinnt, und ist einer ein ganz nationaler Tscheche, so heißt er Frejzol. (Heiterkeit.) Das beste Mittel, der deutschen Nation Kräfte zu erhalten, ist, daß man keinen zur Auswanderung veranlaßt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), daß man innere Kolonisation treibt und

freirechtliche innerpolitische Zustände

herstellt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Alle Redner waren einig darin, daß derjenige, der in Deutschland gedient hat, ohne Deutscher zu sein, damit ohne weiteres das Staatsbürgerrecht erwerben soll. Es ist auch ein beherzender Gedanke, daß jemand, der für Deutschland gedient hat oder bereit war, sein Blut für Deutschland zu vergießen, ausgewiesen werden darf, ohne daß er ein Rechtsmittel dagegen hat. Der Entwurf will mit dem Verlust des Staatsbürgerrechts denjenigen bestrafen, der sich dem Dienst im Heere entzieht. Sicherlich gibt es Fälle, wo das angebracht ist. Aber die Fälle von Selbstverstümmelung, um sich für den Heeresdienst unfähig zu machen, sind doch wohl ebenso schwer und noch schlimmer sind die Fälle von Landesverrat, an die der Verlust des Staatsbürgerrechts nicht geknüpft ist. Es gibt doch auch Fälle von Verletzung der Heerespflicht, die keineswegs schwer gelagert sind. Die meisten Verurteilten, welche vor Erfüllung ihrer Dienstpflicht auswandern, wollen sich dadurch nicht etwa der Heerespflicht entziehen, sondern wandern aus wirtschaftlichen Gründen aus. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es klingt ja sehr schön, wenn man sagt, wer dem Vaterland seine Kraft zur Verteidigung nicht zur Verfügung stellt, hat auch keinen Anspruch auf den Schutz des Reiches. Im § 22 des Entwurfs ist aber gar nicht davon die Rede, daß sich jemand der Heerespflicht entzogen hat, sondern derjenige, der bis zu einem bestimmten Zeitpunkt keine endgültige Entscheidung über seine Dienstpflicht herbeigeführt hat, soll das Staatsbürgerrecht verlieren. Also auch der Krüppel, der es unterlassen hat, sich zur Verfügung zu stellen, der einen rein formalen Verstoß begangen hat, soll dadurch das Staatsbürgerrecht verlieren, und ebenso auch seine Frau und Kinder. Das geht doch entschieden zu weit. Dieser Verlust dürfte nicht ohne weiteres eintreten, sondern nur nach Feststellung des Tatbestandes durch den Ausdruck einer Verwaltungsbehörde, und gegen dessen Bestimmung wolle Einspruch eingelegt werden können bei einem Reichsverwaltungsgericht, um dessen Errichtung wir nicht herumkommen werden. Nun wird man sagen, daß derjenige, der ohne Verschulden sein

weder seine Witwe noch Erben kennt. Aus besonderem Entgegenkommen erklärte sich die Gesellschaft zwar bereit, die Tantiemen in diesem besonderen Falle von zehn auf zwei Prozent zu ermäßigen, aber sie bestand im Prinzip auf ihrem Recht und gab nicht nach. In einem Interview erklärte der Direktor der Gesellschaft, daß diese Forderung zwar nicht im Interesse von Sopholles drückgefordert werde, aber im Interesse der modernen Dramatik. Stellen Sie sich nur vor, daß die freigegebenen Werke von den Theatern völlig kostenlos gespielt werden können. Die Folge wäre, daß die Direktoren nur noch tantienfreie Stücke aufführen würden. Das wäre das Ende der dramatischen Kunst: unter dem Vorwande, die Toten zu ehren, würde man die Lebenden verhungern lassen. Der Fall ist ein interessantes Beispiel von der Machtstellung, die sich in Frankreich die Gesellschaft der Schriftsteller durch die streng durchgeführte Solidarität aller lebenden Dramatiker gesichert hat.

Der Luftmilitarismus als Friedensinstrument. Aus Paris wird uns geschrieben: Der „Matin“, der bekanntlich aus der Ausbeutung chauvinistischer Stimmungen einen seiner schreiendsten Reklametricks gemacht hat, brachte dieser Tage eine neue Variante heraus. Er hat nämlich die Initiative zu einer innerhalb des Kreises der Zeitungsunternahmen vorzunehmenden Sammlung ergriffen, deren Erlös zum Ankauf von Flugapparaten dienen soll. Mit diesem soll in ganz Frankreich auf Schaulustigen die Opferwilligkeit der Bevölkerung für die Luftflotte geweckt — und natürlich die Aufmerksamkeit auf den edlen Anreger hingelenkt werden. Die Idee ist wirklich ausgezeichnet. Denn ein Widerspruch oder auch nur die Skepsis gegen diese „nationale Bewegung“, wie der „Matin“ bescheiden seinen Reklametext nennt, wäre ein offenkundiger Beweis von Vaterlandslosigkeit. Dieser freundlich geäußerte Respekt hat schon seine Wirkung geübt. Denn nicht nur haben sich die Minister bereit, dem „Matin“ seinen vaterländischen Eifer zu beschönigen, sondern sogar die großen Konkurrenten des „Matin“, „Le Petit Journal“ und „Le Journal“, haben bedeutende Summen gezahlt. Besonders Herr Lebailly, der Eigentümer des „Journal“ ist gewichtig. Vor einem Jahre hatte er sich unterfangen, die patriotische Flugfahrt im französischen Osten durch eine europäische Rundfahrt überbieten zu wollen und mußte sich dafür vom „Matin“, der zu diesem Zweck eine besondere Luftschiffe, die „Tricolore“ baute, anfragen lassen, er wolle das „Geheimnis“ der französischen Flugapparate an Deutschland verraten. Diesmal zieht er vor, sich mit der Biene der Vegetierung in die Gefolgschaft des „Matin“ einzutragen zu lassen, wofür ihm dieser großmütig die Schmach vom vorigen Jahr als Ehrenpreis der Luftschifferei anrechnet. Natürlich wird Herr Lebailly heimlich auf eine gründliche Abwandsche tun. Das Volk aber muß sicher gerührt werden, wenn es die beiden großen Zeitungslöcher — um der patriotischen Idee willen — einander in den Armen liegen sieht.

Musik.

Drei Konzerte, die wir in den letzten Tagen aus dem musikalischen Abtagsgewirre auswählten, gaben uns besonders hübsche Proben von den Bemühungen, durch musikalische Mittel anderes als eigentlich Musikalisches darzustellen. Die sogenannte Programm-musik strebte in älterer Zeit vorwiegend nach der Wiedergabe von Naturvorgängen, wie z. B. dem Gewitter. Dann kam der Anschluß an menschliche Vorgänge, an Lebensstadien eines Künstlers u. dgl.,

Staatsbürgerrecht in dem Falle verloren hat, daß eine Verletzung der Wehrpflicht vorlag, nach der Vorlage das Recht hat, seine Aufnahme in den Staatsverband zu beantragen. Aber was heißt ohne Verschulden? Ein Verschulden liegt ja schon dann vor, wenn der Betreffende ohne weiteres geblüht hat, er als Krüppel brauche sich erst gar nicht der Militärbehörde zur Verfügung zu stellen.

Dann etwas anderes. In den Notizen zum Entwurf ist gesagt, es gelte dem deutschen Volk Kräfte nach Möglichkeit zu erhalten. Ich kann aber den verbündeten Regierungen den Vorwurf nicht eripieren, daß sie nicht übermäßig galant fino. (Heiterkeit.) Sie legen nämlich Wert nur darauf, dem deutschen Vaterlande Männer zu erhalten, nicht auch Frauen. Die Frau soll vor wie nach der Heirat das deutsche Staatsbürgerrecht erwerben. Warum räumt man mit diesem Zustand, der ein Rest der alten Geschlechtsvormundschaft ist, nicht endlich auf? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich will ja nicht gerade empfehlen, daß man sich auf den Lippen des Rechtsbodens stellt. In Lippe wurde bis 1870 durch Heirat mit einer Lipperin der Ausländer Staatsbürger von Lippe. Bei der Schönheit der Lipperinnen ist es verwunderlich, daß Lippe durch diese Bestimmung nicht zum Großstaat geworden ist. (Heiterkeit.) Wenn die Vorlage bestimmen würde, daß eine Frau, die einen andersgläubigen zum Manne nimmt, ihre Religion verliert und die des Mannes erwirbt, so würde man mit vollem Recht ein derartiges Gesetz geradezu barbarisch nennen. Aber was von der Religion gilt, muß doch auch von der Vaterlandsliebe gelten, und deshalb ist es nicht angebracht, eine Frau ihres Staatsbürgerrechts deshalb zu berauben, weil sie die Ehe mit einem Ausländer einget. Die Folge ist, daß der deutsche Gesetzgeber darauf verzichten muß, zur Voraussetzung des Verlustes der Staatsangehörigkeit der Frau einen vom Manne zu stellenden Antrag zu verlangen.

Die Bestimmung, wonach ein Deutscher erst auf seinen Antrag Angehöriger des Bundesstaates wird, in dem er seinen Wohnsitz genommen hat, ist eine durch nichts gerechtfertigte Formalität. Man würde

den Reichsgedanken wesentlich fördern,

wenn man festlegen wollte: durch Zuzug von einem Staat in den anderen, wird das Staatsbürgerrecht in diesem neuen Staat ohne weiteres begründet. Die Regel wird ja doch sein, daß der Betreffende in dem neuen Staat das Bürgerrecht erwerben will, um nicht von den politischen Rechten ausgeschlossen zu sein. Wenn jemand aber nicht gezwungen sein will, dem neuen Staat als Bürger anzugehören, so mag er bei seiner Ueberstimmung ausdrücklich erklären, daß er nicht gewillt ist, seine bisherige Nationalität aufzugeben. Diese Fälle werden jedenfalls die Ausnahme bilden und die anderen die Regel. Die von uns gewünschte Festlegung ist bereits 1870 von dem Abg. von Bodum-Dolffs in einem Antrag gewünscht worden. Will man aber diesem durch sein Alter bereits ehrwürdigen Wunsch nicht Rechnung tragen, so möge man wenigstens einem Antrage stattgeben, den damals der Abg. Karl Braun eingebracht hat, wonach man das Staatsbürgerrecht dadurch erwirbt, daß man bei der polizeilichen Anmeldung im Meldezettel eine dahingehende Erklärung abgibt. Es brauchte dafür nur im Meldezettel eine neue Kolonne eingerichtet zu werden, mit der Ueberschrift: „Will der Betreffende das Staatsbürgerrecht erwerben oder nicht?“

Dann einige Worte zur Frage der

Naturalisation der Ausländer.

Der Abg. Spahn hat gegenüber meinem Freunde Liebknecht geltend gemacht, daß dazu die Verfürgung der Gegenseitigkeit Voraussetzung sei. Das wäre doch aber nur möglich, wenn Deutschland durch diese Naturalisation ein Opfer bringen müßte. Es wird doch über keinem deutschen Staate zugemutet, Kretsch und Plethi aufzunehmen. Natürlich werden nur geistig und körperlich durchaus tüchtige Ausländer Anspruch auf Naturalisation haben. Wenn wir Gelegenheit haben, solche vollständig einwandfreien Leute zu Deutschen zu machen, sollen wir und dann die Gelegenheit so lange entgehen lassen, bis irgend ein ausländischer Staat so liebenswürdig ist, sich dazu bereit zu erklären, dem Deutschtum Kräfte von derselben Beschaffenheit zu entziehen? (Sehr gut! links.) — Gegenüber dem Abgeordneten Herzog stelle ich fest, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sich nur gegen den

Kleines feuilleton.

Ein Theater, das aus Ziegeln erbaut wird. Aus Detmold wird uns geschrieben: In den oben Fensterhöhlen des Detmolder Hoftheaters wohnt das Frauen: Der alte Kunststempel ist vor drei Wochen abgedruckt, und zwar nach zu rechter Zeit, ehe ein größerer Unglück die verantwortlichen Stellen darüber zu belehren brachte, daß der Theaterbetrieb in verrotten hölzernen Häusern doch eine ungeborene risikante Sache ist. Jetzt gilt es natürlich, aus den Ruinen neues Leben erstehen zu lassen und die Vorbereitungen dazu sind lebhaft im Gange. Nun aber stehen wir in den beiden bürgerlichen Zeitungen der hiesigen Residenz auf ein etwas verhängnisvolles Infekt:

Hoffseferanten-Titel!

Wer erhält Rat und Auskunft zur Erlangung dieses Titels? Offerten unter Postlagerkarte 192, Berlin W. 81.

Derartige Anzeigen findet man in der bürgerlichen Presse freilich öfter. Sie sind in ihrer Art fast etwas Alltägliches geworden, denn

Was will, ihr Herren, ein deutscher Patriot? — für sich ein Krentchen, Titelschen und Bändchen, für seine — ehelichen — Kinder Brot und — legitime Fürsten für sein Vöndchen.

Man braucht sich aber an diesem Zittelschacher nicht allzusehr zu stoßen. Woran man aber als Freund wahrer Volkskunst Anstoß nimmt, das ist der zarte Zusammenhang, der zwischen diesem „Fühler“ und dem Theaterneubau zu bestehen scheint. Der Plan, ein neues Theater zu bauen, besteht schon länger, und es soll beim Hofmarschallamt auch schon ein Fonds gesammelt sein. Wie dieser Fonds zustande gekommen ist, das wurde vor einigen Jahren bekannt, als einige Zeitungen darauf hinwiesen, daß in Berlin ein schwindehafter Handel mit hiesigen Hoffseferanten- und Kommerzentantentiteln getrieben würde. Die Tatsachen ließen sich nicht bestreiten.

Wieder oder sind jetzt wieder Diplome auf Vorrat angefertigt, die zu besserer Förderung der Schauspielkunst abgegeben werden, und die Anzeiger ist nur das erste Zeichen dafür. Dann aber muß mit allem Nachdruck auf die Gemeinwohlgefährdung dieses Verfahrens hingewiesen werden. Diese Ausfertigung der Fürsten ist eine öffentliche Gefahr, insofern dadurch der höfische Einfluß auf den ganzen Theaterbetrieb verstärkt wird. Wer das Theaterleben in den kleinen Residenzen kennt, der weiß ohnehin, wie sehr der Spielplan von der Aussicht auf Seine Hoheit oder Durchlaucht abhängig ist.

Sopholles' Tantiemen. Der alte Sopholles durfte sich rühmen, den Wecker menschlichen Glücks in vollen Jagen genossen zu haben. Und das Glück ist ihm auch im 20. Jahrhundert treugeblieben, denn im Jahre 1912, 2360 Jahre nach seinem Tode, bezieht er noch Tantiemen! Das hat jetzt Raymond Duncan, der Bruder Adorcas, in Paris erfahren müssen. Er beantragte vor kurzem eine Aufführung der „Elektra“ in griechischer Sprache und war nachher nicht wenig erstaunt, als die französische Gesellschaft der Schriftsteller sich meldete und sozuzunehmen im Namen von Sopholles ihren Anteil an Tantiemen von den Einnahmen verlangte. Raymond Duncan glaubte erst an einen Irrtum, er machte geltend, daß Sopholles seit der 98. Olympiade verschieden sei und daß man

wie z. B. in Verlioz' „Episode aus dem Leben eines Künstlers“, als „Phantastische Sinfonie“ bezeichnet, die auf dem Programm des Philharmonischen Konzerts vom Montag stand. Richard Wagners direkteste Anspaltung der Tonsprache an die Wortsprache wies nun freilich andere Wege, ließ aber trotzdem die wortlose und nur gedankenreiche Programmmusik weiter blühen. Doch das Schilbern von Vorgängen blieb immer eine heisse Sache. Muß man sich denn bei einer Musik gerade das vorstellen, was man sich vorstellen soll? Der Russe Alexander Lajewski schrieb in neuerer Zeit eine Ouvertüre für großes Orchester „Hamlet“, und das erwähnte Philharmonische Konzert brachte sie für uns zum erstenmal. Sie benutzt modernes Können und trägt auch stark auf, ohne jedoch exzessiv zu werden. Nur was gerade Hamlet damit zu tun haben soll, wird wohl nicht so leicht jemandem klar werden. Anders, wenn eine Musik ohne Worte darauf ausgeht, nicht Vorgänge epischer oder dramatischer Art, nicht Bilder von Persönlichkeiten u. dergl., sondern mehr Lyrisches zu geben, Gemüths, Stimmungen. Jetzt möchte man als sicher annehmen, daß die Programmmusik dahin einzuweichen werde.

Einswilen hat es schon manche Musik getan, die kein „Programm“ vorgibt. Selbst der nicht sehr „neudeutsche“ und sehr nur mehr mit Mühe anzuerkennende J. Raff läßt seine Musik von solchem Stimmungsweisen leben. Eine seiner Violinsonaten, die wir in einem Kammermusikabend hörten, erinnert an die Naturgefühle seiner Waldsinfonie. Ein Phantastikstück für zwei Klaviere von J. G. Kopary, von 1888, hier aber noch neu, nimmt von Schumann und Raff und von dem Dänen Oleg solche Stimmungs-erinnerungen auf. Anders hinüber eine im selben Konzert als neu vorgetragene Kleine Suite des modernsten Franzosen G. Debussy, von 1904, für ein Klavier vierhändig. Man möchte von einem ungelehrten Chopin sprechen, von der Kunst der gehäufsten Ganztöne im Gegenfuge zu der der gehäufsten Halbtonen, von einem Auseinandergehen mit weiten Schritten. . .

Aber daß der Zuhörer zu so vagen Schilderungen verführt wird, ist schon so charakteristisch für die Vorkämpfer durch eine über-musikalische Musik. Debussy ist daran gewiß nicht schuld: ihm kommt es vielmehr auf die Kunst der eigenartigsten musikalischen Durch-arbeitung an, wenn er z. B. alte Menuette und ähnliche Formen mit neuesten Weisen wiederbringt. Auch die Konzertgeber, die sich seiner annahmen, gehen über die Zurückhaltung der guten Köpfer nicht hinaus. Irma Saenger-Sethe ist auf dem Berliner Konzertboden als Geigerin anerkannt. Deino und Anna Hingz-Reinhold gehören zu den Seltenen, die sich der allerintimsten Klavierkunst, des Zusammen-spiels auf zwei Klaviere annehmen und es auch so beherrschen, daß man sie eben gerne wieder hören möchte, wie die längst be-rühmte, in die Musikgeschichte durch Virtuosität und durch vielstimmiges Eigene ausgezeichnete Teresa Carreno, die uns im Philharmonischen unter der nuancereichen Direktion von Nikisch im Klavierkonzert von Tschakowsky so interessant machte, wie dies eben bei moderner musikalischer Ornamentik möglich ist. Am weitesten scheint sich das eigentliche Lied von dem Ausmalen der Einzelheiten eines Textes zu entfernen. Gesamtsinnung — und da wieder mit Vorliebe Landhaftstimmung: das ist z. B. die Eigenart neuer norwegischer Lieder von A. Willund und von S. Lie, die uns die Altistin Hildegard Dieterich mit ihrer zwar nicht weichen, aber sanfteren und innigen Stimme vorsührte, unter Mitwirkung eines unserer besten Liedbegleiter, Robert Erdens.



Import ausländischer Arbeiter warden, die durch vorher geschlossenen Kontrakt

zu Sklaven gemacht

worden sind. Die freien ausländischen Arbeiter aber begründen sie als Kameraden und sind bestrebt, sie zu Kampfgenossen zu machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im Gegensatz zu anderen Ländern, die, wie z. B. die Vereinigten Staaten von Nordamerika, froh sind, wenn sie in jeder Beziehung tüchtige Ausländer als Bürger erwerben können, herrscht bei uns ein außerordentliches Mißtrauen gegen die Aufnahme von Ausländern vor. Das ergibt sich auch daraus, daß kein Ausländer das deutsche Bürgerrecht erwerben kann, ohne daß sämtliche deutsche Bundesstaaten Gelegenheit gehabt haben, darüber ihre Meinung zu sagen. Das heißt doch wirklich mit Kanonen nach Spanien schießen. (Sehr wahr! Unfs.) Der bestehende Zustand ist doch mit den Interessen des Reiches durchaus verträglich gewesen; warum verfiel man dann ohne Anlaß gegen den obersten Grundsatz der Bismarckschen Politik: quiesca non movens (um ruhig Bestehenden nicht rühren)? Wenn wir zur Verhandlung des

mecklenburgischen Verfassungsantrages

kommen, wird man wieder sagen, es sei nicht Sache der Reichsregierung, in die Verhältnisse der Einzelstaaten einzugreifen. Hier will man aber einen solchen Eingriff vornehmen, nur um die preussische Praxis in ganz Deutschland einzuführen. Das ist für uns ein genügender Grund, um auf das entschiedenste gegen die Bestimmung Stellung zu nehmen. Wie die preussische Praxis ist, hat ja der Abg. Hansen wieder gezeigt. Ich hatte mich bei seinen Ausführungen geradezu gesüßt. England hat den im blutigen Kriege niedergeworfenen Buren schon nach wenigen Jahren volle Selbständigkeit gegeben, aber Preußen wird mit der Hand voll Buren noch heute nicht fertig und ergreift ihnen gegenüber solche barbarischen Maßnahmen, wie sie Herr Hansen schilderte. (Sehr wahr! links.) Auf jeden Fall sollte dafür gesorgt werden, daß ehemalige Deutsche, wenn sie nach Deutschland kommen, ihre Staatsangehörigkeit wieder bekommen. Wie nötig das ist, beweist folgender Fall: Ein junger Mann wanderte mit 16 Jahren nach Amerika aus. Sein Vater erklärte ohne sein Wissen für ihn den Austritt aus der preussischen Staatsbürgerschaft, und als er dann nach 15 Jahren wiederkam und sich hier festhalten machen wollte, wurde er daraufhin ausgewiesen. Das ist ein Zustand, der mit Recht und Billigkeit absolut nicht zu vereinbaren ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In Deutschland geborene Abkömmlinge von Ausländern sollten ohne weiteres auf ihren Antrag das deutsche Bürgerrecht erhalten. Ferner muß im Gesetz eine Bestimmung geschaffen werden zugunsten von Leuten, die infolge der ehemaligen Alleinsteuer das Staatsbürgerrecht verloren haben, das sie hatten oder sogar Ausländer geworden sind. Derartige Fälle sind gar nicht selten. Ich schreibe mit dem Wunsch, daß der Entwurf in der Kommission eine Gestaltung finden möge, die es meinen Freunden gestattet, ihm zuzustimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Nischhofen (natl.) begrüßt den Entwurf, mit dessen Tendenz er einverstanden ist. Daß eine Frau, die einen Ausländer heiratet, ihre deutsche Staatsangehörigkeit behalten soll, wie der Vordrucker wünschte, halte ich nicht für richtig. Einverstanden sind wir damit, daß derjenige, der seine Burenschuld nicht erfüllt, die deutsche Staatsangehörigkeit verliert. Aber fraglich scheint mir, ob die Erleichterungen, die der Entwurf gewährt, ausreichend sind; er will sie nur für den Aufenthalt in außer-europäischen Ländern gewähren. Ob aber einer sich in Ägypten oder in Rumänien aufhält, dürfte doch ziemlich gleich sein. (Zustimmung.) Auch bei den Erleichterungen für den Wiederwerb der verlorenen Staatsangehörigkeit sollte man meiner Meinung nach weiter gehen wie der Entwurf. Ausländern den Erwerb unserer Staatsangehörigkeit zu erleichtern haben wir keine Veranlassung; aber in Deutschland geborene Ausländer, die auch hier die Schulen besucht haben und dauernd in Deutschland waren, sollten ohne weiteres Deutsche werden können. — Die Behandlung der Ausländer bei uns ist ja eine Frage des Tertes und über ein Uebermaß von Takt können wir bei unserer Polizei nicht klagen. (Sehr richtig! links.) Ich hoffe, daß der preussische Minister des Innern noch nähere Aufklärung geben wird über die von dem Abg. Hansen angeführten unglücklichen Fälle. — Einverstanden bin ich damit, daß die Aufnahme eines Ausländers nur geschehen kann mit Zustimmung der anderen Bundesstaaten; doch gehe ich darin nicht so weit, wie der Entwurf, es dürfte die stillschweigende Zustimmung genügen. Dagegen sollte im Gesetz ausdrücklich gesagt sein, daß die Aufnahme aus konfessionellen Gründen nicht versagt werden darf. (Sehr richtig! links.) — Die Reichsangehörigkeit ohne besondere Staatsangehörigkeit hätten wir gern in weiterer Umgebung gehabt, als der Entwurf sie vorsetzt. — Im ganzen sehen wir in dem Entwurf ein großes nationales Werk. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Seyda (Volk): Die einzelnen Punkte, in denen der Entwurf Verbesserungsbedürftig ist, können nur in einer Kommission erörtert werden.

Damit schließt die Diskussion. Der Entwurf wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die

erste Beratung des Entwurfs eines Schutztruppengesetzes.

Kolonial-Staatssekretär Dr. Solf: Das Gesetz soll die rechtliche Basis schaffen für Zustände, die bereits durch Übung bestehen. In erster Linie handelt es sich um Südwestafrika, wo die Wehrhaftigkeit keineswegs genügend gewährleistet ist. Es handelt sich darum, einen eigenen neuen Verlaubtenstand mit Kontrollübersammlungen für Südwestafrika zu schaffen. Auch für Kamerun und Ostafrika soll dem Gouverneur eine größere Kontrolle über die wehrhaften Mannschaften ermöglicht werden. Wie das neue Gesetz wirken wird, kann erst die Erfahrung lehren. Aus dem neuen Verlaubtenstande soll eine notwendige Reserve gebildet werden. Ich empfehle Ihnen den Entwurf zur Annahme; er vermeidet jede unnötige Schematisierung.

Abg. Koffe (Soz.):

Der Reichstag, speziell die Budgetkommission hat wiederholt ein Schutztruppengesetz gefordert, doch entspricht der vorliegende Entwurf keineswegs den Wünschen des Reichstages und wird vor allem nicht den Erwartungen gerecht, die an den Erlaß einer Wehrordnung für Südwestafrika geknüpft wurden. Der Entwurf beweist eben nur, wie schwer es unseren amtlichen Stellen wird, sich von alten Schemata freizumachen. Die rechtlichen Bestimmungen enthalten vielfach nur Selbstverständliches, wobei über Einzelheiten noch in der Kommission zu reden sein wird. Die Hauptsache an dem Entwurf aber ist die

Ausdehnung der Wehrkraft.

Mit diesem Grundgedanken können meine Vortreter sich einverstanden erklären, nicht aber mit den Einzelheiten. Mit der Zeit wird ja der Entwurf eine Verminderung der Ausgaben für militärische Zwecke bringen, die jetzt die Steuerzahler in Deutschland leisten. Die Leute, die nach den Kolonien gehen, um dort in kurzer Zeit reich zu werden, sollen gefälligst selbst ihre Haut zu Markte tragen. Deshalb haben wir gegen die Aufhebung eines Landsturmes, durch den die Weihen selbst dienstbar gemacht werden sollen, nichts einzuwenden. Auch dagegen ist nichts einzuwenden, daß die freiwillige Ableistung der Wehrdienstleistungen in den Kolonien zugelassen wird, nur setze ich dabei voraus, daß es sich um Leute handelt, die in den Schutzgebieten wohnen. Es muß ganz präzis in dem Gesetz zum Ausdruck gebracht werden, daß an dem bisherigen Zustand nichts geändert wird und nicht etwa Leute aus Deutschland nach irgend einer Kolonie gehen können, um dort eine Wehr abzuschließen.

Die Maßnahmen zur Regelung der militärischen Verwaltung in Südwestafrika stellen, von Kleinigkeiten abgesehen, eine Uebersetzung des preussischen militärischen Systems nach Südwestafrika dar. Wird das befohlen, so wird für die Dauer nichts Gutes dabei herauskommen. In der Budgetkommission forderten wir Maßregeln, die eine weitere wesentliche Verringerung des Aufwandes für Südwestafrika ermöglichten. Südwestafrika ist uns teuer genug geworden. Im Etat für 1912 erscheint es wieder mit militärischen Ausgaben in Höhe von mehr als 14 1/2 Millionen Mark. Selbst wenn man die kolossale Summe von 4 1/2 Millionen für militärische Pensionen abzieht, bleibt noch über 10 Millionen übrig. Nach dem Etatsentwurf sollen die Ausgaben um 2 Millionen verringert werden. Ich glaube nicht, daß wir uns mit diesem Zugeständnis zufriedengeben sollen. Ein paar hundert Millionen wurden für Eisenbahnbauten in Südwestafrika ausgegeben, und begründet wurden diese Bauten damit, daß durch sie später gespart werden könne. Jetzt sind sie fast fertig und die ganze Ersparnis an Mannschaften läuft auf 200 Köpfe hinaus. Britisch-Westafrika ist etwa ebenso groß wie Südwestafrika und hat mehr Weisse; der Etat für dieses Land beträgt aber nur 83 000 Pfund, wenig mehr als 1 1/2 Millionen Mark. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Neben der Schutztruppe haben wir noch eine Polizeitruppe von mehreren hundert Köpfen. Alle Mederei hilft darüber nicht weg, daß auch die Schutztruppe wesentlich Polizeitruppe ist; ihre Aufgabe besteht ja wesentlich darin, die eingeborene Bevölkerung niederzuhalten. Die Militärfürsorge für Südwestafrika sind deshalb so hoch, weil auch jetzt noch der einzelne Mann erstaunlich viel kostet, nämlich

4900 M. pro Jahr.

Wir geben über 10 Millionen Mark Militärfürsorge noch neben den hohen Polizeikosten aus, um eine eingeborene Bevölkerung von ganzen 81 785 Köpfen, Männer, Frauen und Kinder zusammen, im Raum zu halten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist doch auf die Dauer ein Un Ding. 6761 dieser Farbigen sind dabei noch aus anderen Kolonien als Bahnarbeiter herangeholt. Nach der schmachtvollen Trostschalen Ausrottungspolitik gibt es in Südwestafrika höchstens 20 000 Männer, die noch dazu mit wenigen Ausnahmen unbewaffnet sind. Da müßte doch ein einfaches Polizeikorps zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung genügen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

In der Begründung des Entwurfs heißt es, daß nach Beendigung des Aufstandes in Südwestafrika eine schnelle Zunahme der weihen Bevölkerung stattfand, die einen starken Zugang von Wehrpflichtigen zur Folge hatte. Wenn man sich nicht an die alte Schablone halten würde, müßte dann doch die Möglichkeit bestehen, die Zahl der Wehrhaften rasch zu vermehren und man müßte eine ziemlich respektable Wehrmacht auf die Weine bringen können, die auch Verwendungsbereit wäre, wenn man sie als Miliz einrichtete und den Mannschaften Munition und Gewehr dauernd zur Verfügung stellte. Statt dessen sagt die Regierung in der Begründung zu § 7 weiter, daß die Verminderung der Schutztruppe nur mit Rücksicht auf eine erhöhte Wehrkraft seinerzeit eintreten könnte. Wäher ist diese Verminderung immer mit den Vordrücken begründet worden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch jetzt wieder sagt man, daß viele Interessenten in den Kolonien gegen die Verringerung der Schutztruppe protestieren, weil sie sie brauchen, um den Mannschaften für schweres Geld ihre Waren zu verkaufen. Das kann doch aber für den Reichstag kein Grund sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich sagte schon, daß Gesetz bewirkt, daß die Regierung sich von der alten Schablone nicht losmachen kann. Nur so ist es zu verstehen, daß sie sich jetzt bemüht, den ganzen preussischen Militarismus mit allem Drum und Dran in Südwestafrika bodenständig zu machen. Ich halte es allerdings für ausgeschlossen, daß ihr das auf die Dauer gelingt. So soll die zweijährige Dienstzeit und auch das ganz veraltete drakonische Militärstrafrecht in den Kolonien eingeführt werden. Dabei wird die zweijährige Dienstzeit schon bei uns von sehr vielen Leuten als zu lang betrachtet, nicht nur wir, sondern auch Redner des Zentrums und anderer Parteien haben wiederholt ihre Verkürzung gefordert, und ebenso eine Revision des Militärstrafrechts. Trotzdem soll all das, was hier zum Gegenstand heftiger Angriffe gemacht worden ist, unbeachtet auf die Schutzgebiete übertragen werden. Man hätte sich doch wirklich bemühen sollen,

etwas mehr schäpferischen Geist

zu beweisen. In Südwestafrika würde es geradezu aufreizend wirken, wenn die ziemlich frei auftauchenden jungen Söhne der Farmer nun einer zweijährigen Dienstzeit in den üblichen Formen der preussischen Kadettenkultur unterworfen werden sollten, und wenn man dort unsere drakonische Militärjustiz zur Anwendung bringen wollte. Beim Vergleich mit den Zuständen in den übrigen Teilen Südwestafrikas wird sich die dortige Jugend für unser Militärsystem gewiß nicht begeistern und die Reizung zur Bildung eines südwestafrikanischen Staatenbundes wird immer größer werden. Wir beantragen, den Entwurf der Budgetkommission zu überweisen. Er wird zweifellos sehr wesentlich umgearbeitet werden müssen, wenn es meinen Parteigenossen möglich sein soll, ihm ihre Zustimmung zu geben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger (Z.): Wir schließen uns diesem Antrag an, zumal der Entwurf finanzielle Konsequenzen nach sich ziehen wird. So harmlos, wie der Herr Staatssekretär es hinstellte, ist der Entwurf keineswegs, sondern es liegen in ihm eine Menge Fuh-angeln. Ich stehe ihm ablehnender gegenüber als der Vordrucker, der es an Kritik gewiß nicht hat fehlen lassen. Ob das Militärsystem in Südwestafrika durchzuführen ist, muß in der Kommission geprüft werden; für so ganz ausgeschlossen halte ich den Gedanken gar nicht. Für uns ist die Hauptsache, daß der Reichszusatz für Südwestafrika möglichst herabgesetzt werden kann. Wird der Entwurf nicht wesentlich umgestaltet, so würden große Nachteile für unsere koloniale Entwicklung die Folge sein. Zunächst ist zu kritisieren, daß eine große Reihe kaiserlicher Verordnungen in dem Gesetz vorgelesen sind, auf die der Reichstag keinerlei Einfluß hat. Zum mindesten müßte uns mitgeteilt werden, wie man denn diese Dinge im Wege der kaiserlichen Verordnung zu regeln gedenkt; vorläufig toppen wir darüber bölig im Dunkeln. § 1 spricht einfach von Schutztruppen als bewaffneter Macht. Es liegt aber gar kein Grund vor, daß der Reichstag sich in dieser Weise bindet, zumal er sich bisher stets für die Verringerung der Schutztruppen und Erweiterung der Polizeitruppen ausgesprochen hat. (Sehr richtig! links.) Ueber die Kardinalfrage: wem unterstehen die Schutztruppen? geht das Gesetz mit Stillschweigen hinweg, es heißt einfach, sie unterstehen im Krieg und Frieden dem Kaiser, d. h. dem Ministerrat und dem Generalstab. Es fehlt also jede verantwortliche Spitze. Es muß daher festgelegt werden, daß der einzig Verantwortliche in den Kolonien der Gouverneur, nicht der Kommandant der Schutztruppe ist. Auch für Pensionierungen muß irgend jemand verantwortlich gemacht werden, zumal der Pensionetat immer mehr anwächst.

Bei den Strafen darf man die heimischen Verhältnisse nicht auf die Kolonien anwenden; dort sieht der Unteroffizier den Mannschaften viel näher wie hier, und Achtungsverletzungen können nach einer gemeinamen Wehe leicht vorkommen, und sind nicht so schwer zu beurteilen. Wir müssen wissen, wie weit das Strafverfahren abgeändert wird. Auch bei uns wird die Deffektivität viel zu sehr eingeschränkt, das ist auch die Ansicht der meisten Offiziere. Auch die Ehrengerichte können wir nicht nach Afrika übertragen; wir würden uns damit nur lächerlich machen. — Im ganzen ist der Entwurf ein Fortschritt; hoffentlich wird die Kommission ihn recht brauchbar gestalten. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Göring (natl.): Wir begrüßen den Grundgedanken des Entwurfs, der die Kolonien wehrhafter machen soll, und können die Kostenfrage nicht so ängstlich ansehen. Es ist eine Ehrenpflicht für das Mutterland, den Kolonien das Rückgrat zu geben, solange die Kolonien die Wehr-

macht nicht selbst aufstellen und bezahlen können. Aber Südwestafrika ist von allen unseren Kolonien bereits die am meisten entwickelte. Man sprach von einer Verringerung der Schutztruppe durch den Ausbau der Eisenbahnen. Aber wir müssen die Verringerung abhängig machen davon, ob die Verwaltung sie verantworten kann; wenn wir hier nicht vorfristig vorgehen, stehen zahllose Menschenleben und ungeheure Millionen auf dem Spiele. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) — Auch in den Einzelheiten scheint der Entwurf mir meistens das Richtige zu treffen, doch werden wir uns darüber noch in der Kommission zu erhalten. Namentlich muß dafür gesorgt werden, daß das Budgetrecht des Reichstages gewahrt bleibt. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Böhndorf-Röhm (L.): Die Vorlegung des Gesetzes ist von allen Seiten begrüßt worden; das ist ein gutes Omen für sein Zustandekommen. Wir stimmen der Vorlage im allgemeinen zu. Gegenüber einem von Herrn Erzberger geduldeten Vordrücken möchte ich betonen, daß der Gouverneur auch nach der Vorlage der oberste militärische Vorgesetzte ist.

Abg. Dove (Vp.): Die staatsrechtlichen Bestimmungen des Entwurfs sind vielfach sehr unklar. So muß der nebelhafte Begriff der Kommandogewalt klargestellt werden; die staatsrechtlichen und militärischen Befugnisse müssen klar abgegrenzt werden. Der Hauptvorteil des Gesetzes ist, daß es eine Rechtsgrundlage für die Verhältnisse in den Kolonien zu schaffen unternimmt. Das ist freilich nur außerordentlich flüchtig geschehen und bedarf eines weiteren Ausbaues, z. B. auch in der Schaffung eines Beamtenrechts für die Kolonien.

Abg. v. Lieber (Vp.) erklärt sich mit der Vorlage einverstanden, die für Südwestafrika geradezu heimische Verhältnisse schafft, Ersatzbehörden, Ersatzbezirke, Verlaubtenstand, Reserve, Landwehr und sogar auch Landsturm.

Staatssekretär des Kolonialamts Dr. Solf: Mit Genehmigung konstatiere ich, daß alle Redner sich mit dem Grundgedanken des Entwurfs einverstanden erklärt haben. Den dankenswerten Anregungen, die hier gegeben sind, werden wir nach Möglichkeit Rechnung tragen. (Bravo!)

Damit schließt die Diskussion. Der Entwurf wird der Budgetkommission überwiesen.

Darauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr. (Rechnungssachen, Etat.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

24. Sitzung, Dienstag, den 27. Februar, vormittags 11 Uhr.

Im Ministerrath: Shadow.

Der Etat für Handel und Gewerbe.

2. Tag.

Abg. Ströbel (Soz.):

Herr Rahardt hat gestern besonders über die Sicherung der Vorforderungen gesprochen. Aber merkwürdig, der von Herrn Rahardt geleitete Ausschuss der Handwerkerkammern hat zu einer informierenden Beratung hier im Hause nur die bürgerlichen Abgeordneten eingeladen. Wir Sozialdemokraten hätten die Handwerkerforderungen ebenso gern kennen gelernt. Zahlen doch die sozialdemokratischen Handwerker ihre Kammerbeiträge und gerade die Sozialdemokratie ist stets, insbesondere im Reichstag, energisch für gerechtfertigte Handwerkerforderungen eingetreten, so gegen die Mißstände im Submissionswesen und für die Sicherung der Vorforderungen, was sogar die bürgerlichen Parteien anerkennen mußten. Abg. Schmölzer hat damals namens der sozialdemokratischen Fraktion sogar erklärt, daß die Wünsche der Handwerker in Sachen der Vorforderungen zunächst zurückstehen müßten hinter denen der Handwerker. Ueber die Einführung des zweiten Teils des Gesetzes wird der Reichstag nach objektiver Prüfung zu entscheiden haben. Bezeichnend ist immerhin, daß die Haus- und Grundbesitzer davon eine

Einschränkung der Bauzünftigkei,

also eine künstliche Mietssteigerung erwarten. Die Sozialdemokratie wird die Frage vorurteilslos und mit dem besten Willen für das Handwerk prüfen.

Herr Rahardt beklagt die Wanderung deutschen Kapitals ins Ausland — aber fragt nicht nach der Ursache: den Hochschulzöllen, die der Industrie nahelegen, Filialbetriebe im Auslande anzulegen, da die anderen Staaten mit eben solchen Hochschulzöllen antworten! Dem Handwerk und Kleingewerbe kann es nur gut gehen, wenn die Arbeiter kaufräftig sind, aber statt zu sagen: „Hat der Arbeiter Geld, hat's die ganze Welt“, stellen sich die Mittelständler immer auf die Seite der Schmarimeter gegen die berechtigten Ansprüche der Arbeiter. Durch die Mißlungen, die Welt-politik und die agrarische Lebensmittelerzeugung wird gerade das Kleingewerbe ebenso getroffen wie die Arbeiter. Und das ist die „Mittelstandspolitik“ der Hammer und Rahardt! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Trotzdem heute die Zahl der Unselbständigen viel größer ist als die der Selbständigen, hat hier noch kein Redner in dieser Debatte von den Arbeitern, die zwei Drittel der Bevölkerung bilden, gesprochen.

Die Abg. Hammer und Rahardt klagen über zu große Strenge der Gewerbeinspektion. Wir protestieren dagegen, daß sie laager gehandhabt werde; sie muß vielmehr auf das ganze Gewerbe ausgedehnt werden im Interesse der Gesundheit der Wehrheit der Nation. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Minister fürchtet, daß Arbeiter als Kontrolleure Politik treiben werden. Wir fordern diese Maßregel unbedingt als eine Notwendigkeit für die Gewerbeinspektion selbst, der überhaupt Arbeiterassistenten beigelegt werden sollen. Ist politischer Agitation haben sie gar keine Gelegenheit. Sie gewerkschaftlich zu organisieren ist, aber das gute Recht der Arbeiter und ebenso die Vespredung der sie in erster Linie interessierenden Betriebsangelegenheiten. Die Arbeiter haben aber auch den Anspruch darauf, daß als solche Kontrolleure

Männer ihres Vertrauens

und von der entsprechenden Fähigkeit bestellt werden. Je länger diese gerückt, auch von bürgerlichen Parteien anerkannte Forderung unerfüllt bleibt, desto größer wird die Mißliebzigkeit der freien Gewerkschaften und die Wählerzahl der Sozialdemokratie steigen. Sie erreichen also Ihren Zweck mit der Verweigerung nicht!

Wir fordern, daß bei der so stark wachsenden Zahl der weiblichen Arbeiter auch mehr Assistentinnen bei der Gewerbeinspektion aufgestellt werden, und daß Kerze hinzugezogen werden. Nicht die Kosten, sondern die Volksgesundheit hat die erste Rolle zu spielen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das schwere Los der Hüttenarbeiter muß endlich verbessert werden. Trotz der Produktionssteigerung um das Fünffache ist die Zahl der Hüttenarbeiter nur um die Hälfte gestiegen. Was für eine ungeheure Ausbeutung muß das bedeuten. Die zehnfach schändliche Schicksal der Arbeiter an den Thomsöden gerührt nach sachmännlicher Feststellung völlig die Gesundheit der Arbeiter. Diese und die Holzwerker sind gleichermäßen Pöbelgut und eifriger Zuglust ausgelegt. Das Dreifachsystem lehnen die Unternehmer ab. Nach der Krankenassistenten-erkrankten mehr als 60 Prozent der Belegschaft. Von 1888—1900 wurden von 22 Hütten Rheinland-Westfalens 445 195 Unfallsanfragen erstattet; 2978 Personen wurden getötet, 21 770 dauernd und 10 127 zeitweise erwerbsunfähig. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In den letzten 25 Jahren ereigneten sich infolge Ueberanstrengung und Ermüdung usw. in den sächsischen Hütten

119 000 Unfälle.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Wafschelagenheiten sind oft in offenen zugewinkelten Häuten usw. Der Metall-



Arbeiterverband hat nachgelesen, daß trotz einer Verordnung des Ministers von 1908 die Verhältnisse in den Bergwerken fortwährend. Der Minister sollte der Forderung nach Abschaffung der Nachtarbeit und der von Jugendlichen Rechnung tragen, denn die Zustände sind skandalös.

Die Ueberwachung der Kinderschutzbestimmungen ist ein weiterer Grund für die Vermehrung der Gewerbeinspektoren, die wegen Ueberlastung tausende Betriebe unbefichtigt lassen müssen. Die von den Berliner Arbeitern eingesetzten Kinderschutzkommissionen haben bei einer einzigen Kontrolle in drei Stunden festgestellt, daß 3095 Arbeiterkinder zum Teil lange und schwere Arbeit leisten müssen, und zwar fast immer wegen schlechter wirtschaftlicher Verhältnisse der Eltern. Und wie wird diese Arbeit bezahlt? Der „Vorwärts“ zahlt für das Ausfragen der Zeitung, die nur sechsmal wöchentlich erscheint, 6 1/2 Pfennige pro Blatt im Monat mehr, als das verbreitetste bürgerliche Blatt, die „Morgenpost“, die dadurch etwa 234 000 M. im Jahre profitiert.

Herr Hammer fordert ein

#### Verbot des Streikpostenslehens.

Statt den Gewerkschaften mehr Schutz zu gewähren — denn die Zahl der Verurteilungen von Gewerkschaftern wegen Exzession, begangen durch Stellung von Forderungen steigt, es wird aber kein Unternehmer deshalb angeklagt, weil er Arbeiter auf schwarze Listen setzt; die Polizei leistet bei den Lohnkämpfen den Unternehmern Handlangerdienste, fordern Sie noch mehr Unterdrückung der Gewerkschaften. Sie wollen dadurch die Arbeiter auf Gnade und Ungnade den Unternehmern ausliefern. Das ist die soziale Gefahr! Sie sind nicht die Gewerkschaften, sondern der Kapitalismus, der den Mittelstand ruiniert. Die Statistik zeigt, daß in den letzten zwölf Jahren die kleineren Selbständigen um 1/3 Million abnahmen, während die Zahl der in Großbetrieben beschäftigten Arbeiter seit 1892 um 217 Proz. stieg. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Generaldirektor Rathenau von der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft schrieb 1909: „Im Laufe eines Menschenalters hat sich eine Oligarchie gebildet, so geschlossen, wie die des alten Venedig, 300 Männer, von denen jeder jeden kennt, leiten die wirtschaftlichen Geschäfte des Kontinents und suchen ihre Nachfolger aus ihrer Umgebung.“

35 Familien beherrschen die gesamte ober-schlesische Industrie. Die Konzentration der Großindustrie beherrscht unser gesamtes Wirtschaftsleben. 5 Berliner Großbanken haben ein Kapital von fast 2000 Millionen Mark. Es liegt im Wesen des von Ihnen (nach rechts) so verhassten Kapitalismus, das Handwerk durch die Großbetriebe zu verdrängen. Freilich bedeutet das einen Kulturfortschritt, denn die Warenproduktion wird dadurch mit immer geringerem Aufwand von Zeit ermöglicht. Es handelt sich darum, diese Entwicklung der gesamten Menschheit nutzbar zu machen. Daß die Arbeiterklasse von dieser Entwicklung nicht ruiniert wird, ist ausschließlich das Verdienst der Arbeiterbewegung selbst. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Herr v. Dewig, ein Freikonservativer, hat hier selbst das Ansehen der großen Vermögen konfittiert. Er schließt aus den Steuerstatistiken, daß die großen Vermögen um 50 Prozent wachsen, je näher sie an 2 Millionen sind. In den letzten vier Jahren haben sich die Steuerzahler mit 80 000 bis 100 000 M. Einkommen um 4104 auf 18 505 vermehrt.

Die Herren Mittelständler hätten die Verpflichtung, hier mit uns die Konsequenz zu ziehen, daß diese Entwicklung durchaus ungesund ist, und daß die Gewerkschaften gefördert werden müssen, um

#### Konstitutionelle Zustände in den Fabriken.

durchzusetzen und den Absolutismus der Unternehmer zu brechen. Das liegt im Interesse des Gemeinwohl des Staates — aber freilich, ein Konservativer will davon nichts wissen. Das „Evangelische Gemeindeblatt für die Ostpreußen“ hat anerkannt, daß je mehr ein Arbeiter an seine Gewerkschaft zahlt, er desto mehr dem Wohlstand der Berufsangehörigen und seinem eigenen dient; das müsse vorurteilsfrei anerkannt werden. Auch der Zentrumsabgeordnete Busch sollte sich das merken. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auch der „Reichsbote“ und das „Kölnische Zentrumsblatt“ haben die große sittliche Arbeit der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie anerkannt und damit gegen die Zentrumsauflösung sich ausgesprochen, daß wer knecht ist, knecht bleiben soll! Sie aber wünschen (zum Zentrum), daß ihre Gewerkschaften durch staatliche Bekämpfung der freien Gewerkschaften gefördert werden.

Da die Konsumvereine die Lebenshaltung der Arbeiter haben, ist es

#### ein soziales Verbrechen,

die Konsumvereine zu schädigen, wie Sie das durch den Antrag Hammer und das Steuergesetz, § 15, tun wollen. Sie selbst aber gründen die größten Genossenschaften, wie der Bund der Landwirte es ist. Sie gründen Offiziers- und Beamten-Konsumvereine und schädigen also, nach Ihrem eigenen Wort, den Mittelstand. Sie haben ja auch „mittelstandsfremdlich“ die größten Wasserbeschuldigungen gegen den Zwischenhandel erhoben. (Hört! hört! laut.) Ihre agrarischen Genossenschaften vermitteln einfach alles, so die Maschinenauflaufzentrale der schlesischen Landwirte in Legnitz, die Zentrale für Maschinen usw. in Halle, eine ähnliche Filiale in Halberstadt usw. Der national-liberale Landtagsabgeordnete Weisig hat in einer Verurteilung in Hannover selbst erklärt, die ländlichen Gewerbetreibenden erklären, sie könnten keine Hade mehr verkaufen, alles laufe in Halberstadt in der landwirtschaftlichen Großhandlungsgesellschaft. Und da hat Herr Hammer den Rat, gegen die Arbeiter und ihre Genossenschaften scharf zu machen. Dabei geben die landwirtschaftlichen Genossenschaften zum größten Teile Steuerfreiheit aus, aber die Konsumvereine zahlten 1910 52,3 Proz. der Gesamtsteuer-summe der Genossenschaften, von denen sie noch nicht 5 Proz. ausmachen! Dieser ungeheuerliche Zustand muß beseitigt und entweder die Konsumgenossenschaften steuerfrei gemacht oder alle Genossenschaften gleichmäßig besteuert werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Steuerfreiheit der Arbeiterkonsumvereine wäre vollstaus durch den Umstand gerechtfertigt, daß selbst ein gut bezahlter „Arbeiter“ mit 2000 Mark Einkommen seine Familie tatsächlich nicht „anständig“ versorgen und bekleden kann.

Das Wohnungsgesetz ist äußerst dringlich, das beweisen die furchtbaren Wohnungszustände namentlich in den Großstädten. Wir bedauern sehr, daß das Obligatorium für den Fortbildungsschulunterricht an dem Verlangen des Zentrums nach dem Religionsunterricht geknüpft ist. Ich hoffe, daß der Handelsminister sich gegen die

#### Scharfmacherversuche der Abgeordneten Hammer und Kahardt

in Frage der Sonntagsruhe ablehnend verhalten wird. Möge der Minister wie versprochen, daß hinter Hammer und Kahardt nur eine Winderheit des preußischen Volkes steht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese Herren können nur deshalb der Regierung Aufträge erteilen, weil das heutige Wahrecht den Volkswillen täuscht.

Vizepräsident Herr v. Erffa: Aber wir sind doch beim Ministerium für Handel und Gewerbe! (Weißall rechts.) Ich bitte, nicht über die Zusammenlegung des Abgeordnetenhauses zu sprechen. (Erneuter Weißall.)

Abg. Ströbel (Soz.) fortfahrend: Ich will ja nur darauf hinweisen, daß wenn die Interessen der in Handel und Gewerbe tätigen Bevölkerung hier zum Ausdruck kommen sollen, erst das Dreiklassenwahlrecht beseitigt werden muß. (Weißall links.)

Wir wünschen volle Freiheit und mögliche Förderung für alle erwerbstätigen Stände und alle Berufe, wir fordern aber, daß die Arbeiter als gleichberechtigte Staatsbürger betrachtet und ihre Interessen als die der großen Mehrheit des

Volkes gewertet werden. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hellwig (L.): Die Behauptung des Abg. Ströbel, daß die Interessen der Arbeiter immer bevorzugt werden, ist so ungeheuerlich, daß sie parlamentarisch gar nicht gekennzeichnet werden kann. (Sehr gut! rechts.) Der Redner bespricht dann ausführlich die Frage der Sicherung der Bauforderungen. Ein großer Teil unserer Baugewerbetreibenden steht sachlich, moralisch und finanziell nicht auf der Höhe seiner Aufgabe. In Städten, wo der Bauwindel besonders grassiert, sollte man doch den Versuch machen, den zweiten Teil des Gesetzes in Kraft zu setzen. Wenn dann die Verhältnisse wieder normal geworden sind, kann es ja wieder aufgehoben werden. Bei Submissionsarbeiten muß die Regierung für einen angemessenen Preis sorgen. Dringend notwendig im Interesse der deutschen Arbeit und der deutschen Arbeiter ist

#### ein Arbeitswilligengesetz.

Im Baugewerbe werden jetzt die höchsten Löhne gezahlt. Steigen die Löhne in den Großstädten weiter bei gleichzeitig sinkender Arbeitszeit, so wächst die Gefahr einer Entvölkerung des platten Landes. Die Reichsversicherungsordnung brachte wohl eine lückenlose Fürsorge für die Arbeitnehmer, für die Arbeitgeber sind aber vorwiegend nur neue Lasten herabgekommen. (Weißall rechts.)

Abg. Dr. Schifferer (natl.) begrüßt es als erfreulich, daß der Etat eine beträchtliche Summe für die gewerblichen Fortbildungsschulen in Aussicht nimmt und geht auf die Schädigungen des Mittelstandes durch die Warenhäuser ein, gegen die sich eine gute Mittelstandspolitik zu wenden habe. Die sozialdemokratische Behauptung, daß die Kleinbetriebe auf dem platten Lande im Abnehmen begriffen seien, wird widerlegt durch die amtliche Statistik. Eine besonders starke Zunahme der Mittel- und Kleinbetriebe ist im Gewerbe zu konstatieren, entgegen den Behauptungen des Abg. Ströbel, der die amtlichen Zahlen im sozialdemokratischen Sinne frisiert hat. So sehr wir uns gegen die Auswüchse der Kartellpolitik verwahren, so müssen wir doch davor warnen, das Kind mit dem Bade auszuschütten, denn eine vernünftige Kartellpolitik ist gegen die Vertruftung unbedingt notwendig. Es ist uns dank unserer gesamten Wirtschaftspolitik in den vergangenen Jahren gelungen, einen gerechten Ausgleich der Interessen aller Stände durchzusetzen. Auch das „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ gesteht ein, daß der deutsche Arbeiter seinen Anteil an dem Aufschwung Deutschlands hat. Wir wünschen allerdings mehr persönliche Freiheit für die Arbeiter. (Abg. Hoffmann Soz.: Wieviel das freie Wahrecht?) Ich meine jetzt allerdings etwas anderes, nämlich der Arbeiter seine Arbeitskraft in Streikgebieten ungehindert durch die sozialistisch durchsetzten Gewerkschaften verwerten kann. (Sehr richtig! bei der Mehrheit. Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wir fordern, daß die Arbeitswilligen mit größter Strenge geschützt werden, dazu genügt die rücksichtslose Anwendung der bestehenden Gesetze. Die freien Gewerkschaften bewegen sich auf politisches Gebiet. (Jurist der Sozialdemokraten: Und die Unternehmerverbände?) Die suchen ein Zusammengehen mit ihren Arbeitern herbeizuführen. Wie lassen wir in unserer Arbeiterfürsorge durch die Sozialdemokratie nicht beirren und von keiner Partei darin übertreffen. (Weißall bei den Nationalliberalen. Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kahardt (L.): In den sozialdemokratischen Betrieben sind die schlechtest bezahlten Arbeiter. (Hört! hört! rechts.) Wenn die Regierung nicht mehr für den Mittelstand tut, wird man an ihrem guten Willen zweifeln müssen. Handelsminister Dr. Sydow: Dagegen muß ich Einspruch erheben. Zur Inkassierung des Bauforderungsgesetzes brauchen wir einwandfreies Material, vom Handwerk gesammelt.

Abg. Garow (L.): Den Innungen wird an manchen Orten immer noch verweigert, sich den Arbeitgeberverbänden anzuschließen. Die Arbeitgeberverbände sollen ein

#### Gegengewicht gegen die Gewerkschaften

sein. Bei einem vorjährigen Streik in Danzig haben die Sozialdemokraten überörtlichen Terrorismus verübt und trotz Erfüllung der Bedingung der Streikenden forderten sie, daß ich als Obermeister die Kontrolle der Streikleitung unterschreibe. Da ich meinen Kollegen nicht in den Rücken fallen wollte, lehnte ich das ab und der daraufhin verhängte Vorstoß ist heute noch nicht aufgehoben. Der Mittelstand klammert sich viel mehr um die Arbeiter als die Sozialdemokratie. (Weißall rechts.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Vorhardt (Soz.) zur Geschäftsordnung: Es hoben hier mehrere Redner unaufhörlich Angriffe gegen die Sozialdemokratie gerichtet. In dem Moment, wo wir auf sie zurückkommen wollen, wird Schluß gemacht. Das mag ja in diesem Hause üblich sein, da es mir schon ein paarmal so gegangen ist, jedoch anständig ist das nicht. (Lebhafte Ohrrufe rechts.)

Vizepräsident Dr. Krause: Wegen dieser Verleumdung rufe ich Sie zur Ordnung. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Das Haus tritt in die Einzelberatung ein. Auf eine Anfrage des nationalliberalen Abg. Hausmann erklärt

Handelsminister Dr. Sydow, daß die Frage der Ableitung der Skatlabwässer in die Nordsee, und zwar einige Kilometer weit hinaus ins Meer die Staatsregierung lebhaft beschäftigt. Das Projekt würde 124 Millionen Mark kosten. Da aber nicht nur Preußen beteiligt ist, wird es vielleicht Reichssache sein.

#### Abg. Vorhardt (Soz.):

Die Gewerbeinspektion muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß ein großer Teil unserer gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen in unzulänglicher Weise befolgt werden, speziell im Handlungsgewerbe bei der Sonntagsruhe. Es häufen sich stets die Klagen darüber, daß die Bestimmungen über die Sonntagsruhe von den Unternehmern nicht befolgt werden, und gerade hier ist es doppelt und dreifach die Aufgabe der Gewerbeinspektoren, darüber zu wachen, da sich die Handlungsgewerbetreibenden in einer viel abhängigeren Stellung befinden als andere Arbeiter. Ich weiß ja, daß ich in dieser Frage auf Widerspruch in diesem Hause stoße, aus dem heraus ja sogar Forderungen auf eine weitere Einschränkung der Sonntagsruhe laut geworden sind. Vor einigen Tagen hat uns hier im Hause einer der Herren katholischen Geistlichen gesagt, daß derjenige, der die Religion verliert, in Gefahr fällt, Verbrecher zu werden. Die Frage der Sonntagsruhe aber zeigt, daß es gewisse Kreise gibt,

#### für die die Religion bloß Agitationsmittel ist,

deren Interesse für Religion und Sonntagsruhe aber aufhört, sobald das Portemonnaie in Frage kommt. — Ferner muß die Aufmerksamkeit der Gewerbeinspektoren auf die Baukontrolle gerichtet werden. Die vielen Unfälle auf den Bauten hängen in engster Weise zusammen mit dem Bauwindel. Deshalb wird es mir gestattet sein, auf ihn näher einzugehen. Wenn die Gewerbeinspektion diesen Unfällen zu vorbeugen will, muß sie den Ursachen dieser Unfälle vor allen Dingen nachspüren. Der eigentliche Schuldiger ist in den meisten Fällen der Terrain-spekulant. Deshalb werden alle Maßnahmen, die in dieser Debatte über Schutz der Arbeiter gegen Unfälle vorgebracht werden, so lange unwirksam bleiben, so lange wir nicht den Terrain-spekulanten in weitgehendem Maße das Handwerk legen. Man hat immer noch nicht eingesehen, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Grund und Boden kein Selbstzweck sein darf, sondern daß dies eine soziale Aufgabe des Gemeinwehens ist. All diesen Missetatungen würde durch eine

#### Entscheidung des Grund und Bodens

vorgebeugt werden. Der Minister hat in Uebereinstimmung mit dem Abg. Hammer gesagt, daß zur Baukontrolle keine Arbeiter herangezogen werden sollten, da sonst die Gefahr entsteht, daß auch sozialdemokratische Arbeiter in der Baukontrolle vertreten wären. Wer ist es denn, der die Politik in diese Frage hineingräbt? Das

ist der Herr Minister, der Maßnahmen, die geeignet sind, die Unfälle zu vermindern, aus politischen Rücksichten verweist. Man sieht, daß jeder Schritt zur Verbesserung der Arbeiterlage erst gegen unendliche Schwierigkeiten erkämpft werden muß. Die Frage der Baukontrolle ist die beste Illustration zu den langen Auseinandersetzungen, die wir über das angebliche gemein-schaftliche Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer von verschiedenen Rednern gehört haben. Es ist bestritten worden, daß der Satz: „Wer knecht ist, soll knecht bleiben“, Zentrumsaufkaffung ist. Jedoch hat der Abg. Busch gesagt: „Der christliche Arbeiter hat ein Verständnis dafür, daß der Förster mehr bekommt als er selbst.“ Das ist doch inhaltlich dasselbe, als wenn der Bischof sagt, daß der, der knecht ist, knecht bleiben solle.

Präsident Herr v. Erffa: Ich denke, Sie können jetzt endlich einmal zu den Gewerbeinspektoren reden.

#### Abg. Vorhardt (Soz.) fortfahrend:

Meine Ausführungen hängen insofern mit dem Thema zusammen, als die Unfälle, denen die Arbeiter ausgesetzt sind und die von der Gewerbeinspektion verhütet werden sollen, in der abhängigen und schlechten wirtschaftlichen Lage der Arbeiter begründet sind, wir aber dahin streben, die deutschen Arbeiter frei und unabhängig zu machen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ehlers (Sp.) wünscht, daß es den Saisongewerben leichter gemacht werde, eine günstige Konjunktur durch Ueberstunden auszunützen. Man sollte den Gewerbeinspektoren vertrauen und ihnen erlauben, selbst die Liste über die Ueberstunden zu führen, statt erst immer die Genehmigung einzuholen.

Abg. Deneberg (L.) beantwortet eine Petition der Eisenbeamten um bessere Befoldung, über die schließlich zur Tagesordnung übergegangen wird, während eine auf Erhöhung des Gehaltes in Stargard zur Erwägung überzweisen wird.

Mittwoch 11 Uhr: Fortsetzung, Etat der direkten Steuern.

Schluß 4 Uhr.

## Deutscher Frauenkongress in Berlin.

Der Bund deutscher Frauenvereine, dem 84 Vereine und Vereinder mit den bunschlillerndsten Tendenzen angehören, hielt im Zeichen seiner diesjährigen Kongresswoche. Am Dienstagmorgen fand im Restaurant Zoologischer Garten in Gegenwart von 2-3000 Teilnehmern die erste Tagung statt. Präulein Dr. Gertrud Bäumer eröffnete den Kongress kurz und schlicht und ohne jegliche Formalitäten und wies darauf hin, daß die Diskussionsredner 7 Minuten Redezeit zur Verfügung haben. Es waren nach proletarischem Ermessen keine weibswedenden Fragen, die zur Verhandlung standen. Die Referentinnen sprachen rhetorisch schön, und auch der Stoff mag für ihre Welt bedeutend gewesen sein; für Klassenbewußte Frauen war es nicht das, was ihnen zunächst am Herzen liegt. Frau Ely Deutsch-Knappe sprach über

#### Die Reform der Hauswirtschaft.

Das Problem war, ob auch in der Bekämpfung des Familienhaushaltes, ähnlich wie in der Bekämpfung der Gesamtwirtschaftsverhältnisse, die Zukunft eine Zusammenfassung, also die Sozialisierung, bringen wird. Die Referentin kam trotz der Anerkennung, daß die kapitalistische Entwicklung einen großen Teil ehemals hauswirtschaftlicher Arbeit übernommen hat (Beispiel: Konserven, Konfektion, Waschmaschine, Vermischapparat), zu einer strikten Verneinung der Frage.

Die frühen Sozialisten glaubten an die Revolutionierung des Einzelhaushalts, der in der Gemeinschaft aufgehoben müsse. Ganz im Gegenteil hat inmitten der Großbetriebsentwicklungen der Haushalt seinen individualistischen Charakter bewahrt. Die gemeinwirtschaftlichen Experimente („Einfachhaushalt“) bleiben vereinzelt und tragen einen gewissen Luxuscharakter. Trotz aller Vorteile und Erparnisse, die eine Rationalisierung des hauswirtschaftlichen Betriebes bringen könnte, scheitert ihre Durchföhrung an dem Widerstand des Menschen gegen die Schematisierung seines persönlichen Lebens. Je mechanischer das Berufsleben sich heute gestaltet, um so stärker macht sich der Zug zur individuellen Führung des Familienlebens geltend. Die Hauswirtschaft ist und bleibt das Zentrum aller Frauenarbeit.

Präulein Heinen-Barmen fordert, daß Hauswirtschaftslehre schon in der achten Schulkasse für die Mädchen eingeföhrt wird, ebenfalls in der Fortbildungsschule. — Frein v. Wirsach empfiehlt den Hausfrauen die Erziehung der Dienstmädchen und die Aufrechterhaltung des patriarchalischen Verhältnisses. — Frau Regina Deutsch spricht ebenfalls über die Notwendigkeit der Erziehung der Dienstmädchen und erwähnt die 42 Gesinnsordnungen Deutschlands, die als Ausnahmegehalte gegenüber den Dienstmädchen wirken und noch einen Rest früherer Leibeigenschaft darstellen. Die Frau als Arbeitgeberin soll die soziale Einsicht besitzen, die Härten der Gesinnsordnung zu vermeiden. — Dr. Ernst-München schildert die Entstehung und das Ziel der katholischen Dienstmädchenvereine. Die Dienstmädchen sind als besonderer Stand zu organisieren, um sie berufsfreudig und arbeitsfreudig zu machen. Mit dieser Tätigkeit der katholischen Dienstmädchenvereine sind die Hausfrauen bis jetzt sehr zufrieden gewesen. (Das glauben wir!) — Präulein Mueller-Hannover verlangt eine einheitliche Reichsgesinnsordnung und rät den Hausfrauen, ihre soziale Gesinnung im Haushalt und nicht nur in Vereinen zu betätigen. — Präulein Lischnewska-Werlin äußert sich in der eigentlichen Problemfrage in direktem Gegensatz zur Referentin. Die Restaurationen, Pensionen usw. weisen die Richtung zum „Einfachhaushalt“, zur vergesellschafteten Wirtschaft. — Frau Henriette Färth redet ebenfalls dem „Einfachhaushalt“ das Wort; die Konsumvereine könnten durch Vorbereiten der Waren den erwerbstätigen Hausfrauen schon eine bedeutende Arbeitserleichterung schaffen. Auch sie erörtern in der Hauswirtschaft den höchsten Frauenberuf. Für die Dienstmädchen fordert sie die Reichsgesinnsordnung. (Nicht etwa die Unterstellung unter die Gewerbeordnung!) — Frau Staudinger-Karlruhe empfiehlt die Konsumvereine, die nach ihrer Meinung zum sozialen Frieden führen. — Mit dieser Aussprache fand der Punkt seine Erledigung.

#### Frau Marianne Weber sprach über

Die Bewertung der Frauenarbeit.

Die Referentin will, daß allen Frauen, ganz gleich ob sie erwerbstätig oder nur im Haushalt beschäftigt sind, die pekuniäre Unabhängigkeit vom Manne gewährleistet wird. Zu dem Zweck soll die Befreiung im Eherecht die geschlechtliche Unterhaltspflicht des Mannes dahin präzisieren, daß es der Ehefrau ein Anrecht auf Vereinarung sowohl eines festen Haushaltsgeldes als auch eines festen Sonderegeldes für ihre persönlichen Bedürfnisse zuerkennt. Sie demantiert z. B. die Abhängigkeit der Landarbeiterinnen, die oft nur 50 Pf. verdienen, und diese wenigen Pfennige werden nicht mal der Frau, sondern dem Manne ausbezahlt. — Dieser Vergleich rief eine Frau v. Buttammer aus Ostpreußen auf den Plan. Sie behauptete, der Lohn der Landarbeiterinnen betrage auf ihrem Gute 1 M., der direkt den Arbeiterinnen ausbezahlt würde. Auch wüßte sie, daß der Erlös der Viehhaltungen (Schweinegucht), sowie aus dem Verkauf von Butter und Eiern direkt den Frauen zur Verfügung stehe. Als neues behauptete sie, daß eine Frauenerwerbstätigkeit von den Gemeinwesen in Ostpreußen überhaupt nicht anerkannt wird. Frau v. Buttammer sei die Landarbeiterfrage in Ostpreußen nicht. (Große Heiterkeit.) — In der weiteren Diskussion wird der Bedeutung der Ehegesetze zugestimmt, weiter wird noch gefordert gemeinsames Verfügungsrecht über das gemeinsame Einkommen, Erziehung der Frauen zum Hausfrauenberuf, von der Fürsorge bis zur Arbeiterin.

#### Frau Elisabeth Graud-Kühne referiert über

Das weibliche Dienstjahr.

Sie will, daß jedes Mädchen ein Jahr Dienst leisten soll, um in der Hauswirtschaft unterwiesen zu werden. Das Jahr soll abgedient



werden in Gemeinschaftshäusern, die sich selbst besorgen und an Anstalten angegliedert sind, um Arbeitslosigkeit zu schaffen. Die Rekruten aus den Volks- und Mittelschulen werden vom Staat unterhalten, die höheren Mädchen bereiten ihren Unterhalt und zahlen Schulgeld. Dafür genießen sie einen vielseitigeren Unterricht und haben höheren Ansprüchen bei der Abgangsprüfung zu genügen. Das Abgangszeugnis dient als „kleiner Befähigungsnachweis“, an den der Vollzug der handwerklichen Beschäftigung geknüpft sein würde.

Die kurze Diskussion wurde in demselben Sinne geführt.

## Parlamentarisches.

### Die Parteien des Reichstags.

Das Verzeichnis der Mitglieder des Reichstags ist nunmehr abgeschlossen. Es gehören Abgeordnete an: der Sozialdemokratie 110, dem Zentrum 88, den Konservativen 45, den Nationalliberalen 44, der fortschrittlichen Volkspartei 41, den Polen 18, der Reichspartei 12, Eisach-Votvinger 9, der Wirtschaftlichen Vereinigung 8, den Welfen 5, der Reformpartei 3, Wilde 11.

### Im preussischen Abgeordnetenhaus

haben nach dem neuesten, soeben herausgegebenen Mitgliederverzeichnis die Parteien folgende Stärke: Konservativ 150, Zentrum 103, Nationalliberale 65 (1 Hospitant), Freikonservativ 61 (2 Hospitanten), Polen 15, Sozialdemokraten 6 Mitglieder; dazu kommen noch zwei Dänen und ein Dänischer. Erledigt sind vier Mandate, 58 Abgeordnete sind zugleich Reichstagsabgeordnete, und zwar 20 Konservativ, 16 Zentrumabgeordnete, 7 Mitglieder der fortschrittlichen Volkspartei, je 5 Nationalliberale und Polen, 4 Freikonservativ, 1 Sozialdemokrat.

## Aus der Partei.

### Einen gewaltigen Aufschwung der Sozialdemokratie im heiligen Rönin

Konstante der Berichterstatter in der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Rönin-Stadt und Rönin-Land, die am Sonntagmorgen im Röniner Volkshaus abgehalten wurde. Der Parteisekretär, Genosse J. J. Land, machte der Versammlung über den finanziellen und organisatorischen Stand der Partei folgende allgemein interessierende Angaben: Am Schlusse des Quartals waren 7660 Mitglieder vorhanden, darunter 824 weibliche. Die erfreuliche Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahl hält noch an, so daß wir für den Schlus des laufenden Quartals hoffen können, die Zahl von 10 000 zu überschreiten. Im verflochtenen Quartal sind 2785 Personen neu eingetreten. Hand in Hand mit der Erhöhung der Mitgliederzahl ging auch der Umsatz an Beitragsmarken, der eine Steigerung von 11 001 zu verzeichnen hatte. Der Umsatz an Wahlsondarmarken hat eine Steigerung von 1185 erfahren. Die Abrechnung balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 28 008,75 M. Netto sind eingenommen 26 457,25 M., umgegeben 24 749,98 M. Zur Reichstagswahl ist diesmal eine Agitation entfaltet worden, wie bei keiner Wahlbewegung zuvor. Es sind im ganzen 54 Flugblätter in einer Gesamtauflage von ungefähr einer Million unter die Wähler geworfen worden. Außerdem wurde in einer Gesamtauflage von 175 000 Exemplaren das Parteiblatt, die „Rheinische Zeitung“, unentgeltlich unter die Wähler verteilt. Diese Art der Agitation hat sich als ganz besonders wirksam gezeigt. Sie hat noch einen Nebenerfolg gezeitigt, indem der „Rheinische Zeitung“ 3000 neue Abonnenten gewonnen wurden. Als charakteristisches Moment der gefundenen Entwicklung der Organisation hob der Berichterstatter hervor, daß unter den neu gewonnenen Mitgliedern der Prozentsatz der geborenen Röniner besonders hoch ist. Wenn man berücksichtigt, daß den Rückhalt der Röniner Organisation bis in die neuere Zeit zugezogene Genossen gebildet haben, ist dieses Moment hoch zu veranschlagen.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Ein Kulturbild aus Mansfeld.

Aus Halle a. S. berichtet man uns: Ein Konnerprozeß, der die Zustände im Wahlkreis des Reichsparteilers Arendt recht drastisch beleuchtete, kam vor dem hiesigen Schöffengericht zur Verhandlung. Es lagte der Oberleutnant und Großhändler Wendenburg, der im Kreise Mansfeld große Besitzungen hat, im Privatverfahren gegen den Redakteur des „Volksworts“, Genossen Kasperel, wegen angeblicher Verleumdung. Zu der Verhandlung sind über 80 Zeugen und einige Sachverständige geladen. Wendenburgs Hofmeister, Aufseher usw., etwa ein Dutzend an der Zahl, sind gegen unseren Genossen als Nebenkläger losgelassen. Der Herr Oberleutnant hat sich mit zwei Verteidigern bewaffnet und dem Genossen Kasperel sieben die Rechtsanwälte Genosse Dr. Rosenfeld-Berlin und Dr. Müller zur Seite. In dem unter Anklage stehenden Artikel, der die Ueberschrift trägt: „Koloniale Kultur in der Provinz Sachsen“, werden die Zustände auf dem Junkerhof Schloss Seeburg mit den umliegenden Gütern Büttendorf und Wermelsleben einer Kritik unterzogen. Der Besitzer Wendenburg, hieß es in dem Artikel, sei ein Großhändler nach dem Geschmack Klauen-Verleis. Die aus England und Belgien importierten Güter würden auf den Gütern derartig mishandelt, daß marktschütternde Schreie wahrnehmbar wären. Die Handlaken könnten das mit Waben und Unrat durchsetzte Essen nicht genießen und drohen mit Arbeitseinstellungen. Schließlich würden die Unglücklichen bestraft und als „lästige“ Ausländer weggejagt. Die auf den Feldern beschäftigten Schuldkinder bekämen Schläge, wenn sie nicht das bestimmte Pensum Arbeit lieferten. Eines Tages rotteten sich die gequälten ruffischen Arbeiter zusammen und mißhandelten den Aufseher derart, daß er infolge der erhaltenen Verletzungen starb. Zwei jugendliche Arbeiter wurden dann vom Schwurgericht unter Berücksichtigung der in Betracht kommenden Milderungsgründe wegen Körperverletzung mit Todeserfolg zu verhältnismäßig gelinden Gefängnisstrafen verurteilt.

Genosse Kasperel bot für die in dem Artikel aufgestellten Behauptungen den Wahrheitbeweis an, der in einer zehnstündigen Beweisaufnahme ein geradezu furchtbares Bild über die Zustände auf den Gütern entrollte. So sagte unter anderem der Arbeiter Konzard aus, er und seine Mitarbeiter wären von den Aufsehern saule Hunde und Lodderrwänste genannt. Ein Arbeiter sei mit dem Schlüsselbund auf den Kopf, ein anderer mit der Faust niedergeschlagen worden. Der Herr Oberleutnant bezeichnete die Arbeiter als Schweinehunde, weil sie sich über das Essen beklagten, und schlug mit der Reitgerte. Arbeiter Triebel beklagte, er sei von dem Oberleutnant als roter Lump und als ein Mann mit schlechter Gewinnung bezeichnet worden, weil er, Zeuge, sich darüber beklagte, daß ein armer Polenjunge von dem Aufseher derart mißhandelt wurde. Als ein 60jähriger Arbeiter seinen katholischen Feiertag verlangte, wurde er von den Aufsehern zur Strafe hinausgejagt. Sehr interessant gestaltete sich die Vernehmung des früheren Amtsdieners Paul, der bei dem Oberleutnant und Amtsvorsteher Wendenburg ziemlich drei Jahre tätig gewesen. Zeuge Paul beklagte unter dem Eide: Eines Tages mußte ich dem Oberleutnant drei oder vier Polen, die kontrollfälschlich geworden sein sollten, in die Knechtstube schaffen. Ich mußte die Tür zumachen, dort Posten stehen und der Oberleutnant schlug mit der Reitgerte auf die Polen los, daß die Peitsche in Stücke flog. Dann wurden die Polen ausgewiesen und ich mußte sie nach der russischen Grenze bringen. Herr Wendenburg erklärt den Zeugen für unglaubwürdig. Der Inspektor Bedmann, der auf dem Standpunkt steht, daß auf den Gütern „auch mal“ geschlagen werden muß, begründet seine Ansicht damit: Er habe einen Polenjungen

mit 25 Pf. bestrafen wollen und er habe der Junge gebeten, ihn für die 25 Pf. doch lieber zu prügeln. Der Sachverständige Dr. Wendeljohn von der Landwirtschaftskammer sagt aus, ausländische Arbeiter seien teurer als inländische. Infolge der Landflucht seien die Landwirte aber gezwungen, ausländische Arbeiter zu engagieren. Die weitere Beweisaufnahme ergab Rindermishandlungen bei Feldarbeiten und Darlegungen über schlechtes Essen. Als eines Tages anrühiges Fleisch gelocht wurde, mußte die Kochfrau die Küchenfenster öffnen, da sie den Geruch des Röhelfleisches nicht vertragen konnte. — Genosse Dr. Rosenfeld ging mit dem Oberleutnant und seinen Aufsehern scharf ins Gericht und beantragte Kasperels Freisprechung. Genosse Kasperel wurde aber zu 500 M. Geldstrafe verurteilt mit dem Hinweis, es sei nicht alles erwiesen.

## Jugendbewegung.

### Der sächsische König und seine Offiziere im Kampfe um die Jugend.

In neuester Zeit bemüht sich auch die Armee unter dem Vorwande der körperlichen Tüchtigmachung um die Jugend. In Wirklichkeit will man sie nur mit militärischem und „vaterländischem“ Geist erfüllen und findet kein Wort gegen die Ursache alles Übels, die Ausbreitung der Jugendlichen durch den modernen Kapitalismus, die die körperliche Verkümmern zur Folge hat.

Am Sonntagabend hatte sich eine illustre Gesellschaft im Rindischen Bade in Dresden zusammengefunden. Das General-Kommando für das 1. sächsische Armeekorps hatte dazu eingeladen. Es bezeichnete als Zweck der Veranstaltung in seinem Einladungs-schreiben „das verständnisvolle Zusammenarbeiten der für die Jugendbewegung tätigen und interessierten Persönlichkeiten aus Zivilkreisen mit Vertretern des aktiven Offizier- und Unter-offizierkorps“. — Um die in Bayern gemachten Erfahrungen auch für Sachsen nutzbar zu machen, hatte man ein Mitglied des bayerischen Wehrkraftvereins, Herrn Oberleutnant Gieschl-München, veranlaßt, in den Garnisonen Dresden, Leipzig und Chemnitz je einen Vortrag vor geladenem Publikum zu halten. In dem Einladungsschreiben hieß es auch: „Se Majestät der König hat Allerhöchst sein Erscheinen zugejagt.“

Und da waren sie denn auch gekommen, die Herrn Offiziere, vom ältesten General bis zum jüngsten Leutnant, die Vertreter der Staats- und Stadtbehörden, der Schulen und der Kirchen. Der ganze Saal war voller Uniformen; auch zahlreiche Offiziere aus auswärtigen Garnisonen waren erschienen. Schließlich erschien auch der König.

Der Vortragende, Oberleutnant Gieschl, sagte u. a.: Der Jungdeutschlandbund habe im vorigen Jahre dem Kaiser in einem Telegramm die Absicht kundgegeben, den Offizierstand der Jugend dienstbar zu machen. Dies habe der bayerische Wehrkraftverein versucht. Er habe gute Erfolge zu verzeichnen. Die körperliche Erziehung der städtischen Jugend müsse gefördert werden, sei doch die Tauglichkeitsziffer der Städte erschreckend gering. Zur Erreichung der Zwecke des Wehrkraftvereins dienen Wanderungen, Kriegs-, Bewegungs- und Pfadfinderspiele, Vorträge, Schwimmen. Jede politische Tätigkeit und jede Soldatenspielerlei soll ausgeschlossen sein. (1) Schon Friedrich der Große habe gesagt, mit Soldatenspielerlei ohne Disziplin erziehe man nur Barrikadenkämpfer. (2) Der Offizier bringe den Idealismus, mit dem die Armee im Frieden sich unermüdlich vorbereitet auf den Krieg. Damit könne er leicht und unmerklich den Geist seines Standes in die Jugend bringen. (3) Jetzt müsse mit aller Kraft daran gearbeitet werden, daß Armee und Jugend eins werden. Heute lese man nur noch von zu großen Rüstungen, von Abrüstung und allem anderen, was gegen die Armee angeführt werde, aber nicht mehr von den glorieuxen Siegen 70 und 71 und von den Heldentaten unserer Krieger in Südwest.

Der Zusammenhalt aller Gleichgesinnten müsse herbeigeführt werden, um eine „stramme, vaterländische und nationale Jugendbewegung mit vaterländischem Einschlag“ zu schaffen. Friedens- und Wehrbürgerertum müssen natürlich aufscheinen. (1) Schwer sei es allerdings, die geeigneten Offiziere zu gewinnen, denn der Dienst sei kein leichter, er verlange Freiwilligkeit und Idealismus, und die Sonntagmorgens mühen gepostet werden. Der Offizier, der nicht mit einem Volksschullehrer zusammenarbeiten wolle, eigne sich nicht. In Bayern ständen heute 2000 Fortbildungsschüler und 1000 Mittelschüler treu zur Wehrkraft-fähne. Sie lernen die Armee kennen und legen die Vorurteile ab, die, Gott sei es gefloht, gegen die Armee im Volke bestanden. Die Zeiten seien ernst, das habe der schwüle Sommer 1911 gezeigt. Nur mit Blut und Eisen könne die Weltmachtsstellung des Deutschen Reiches erhalten und gefördert werden. Darum müssen Schule, Kirche, Behörden und Armee zusammenwirken, um ein mächtiges nationales Werk zu schaffen.

Man sieht, wohin die Fahrt geht. Im Grunde ist es auf die Bekämpfung der proletarischen Jugendorganisation und der Sozialdemokratie abgesehen. Aber ebenso wie die bisherigen bürgerlichen, interkonfessionellen und konfessionellen Jugendbewegungen, die immer mehr an Bedeutung verlieren, werden auch die Herren vom Militär keine großen Erfolge besetzen können, mögen sie sich auch noch so harmlos und wohlwollend gebärden. Die proletarischen Organisationen wollen das heranwachsende Geschlecht in innerer und äußerer Sammlung unter Bedung des Klassenbewußtseins und Bildung des Charakters zu aufgekärten, an Körper, Wille und Geist starken Volksgenossen erziehen, die im Freiheits- und Kulturkampf der Menschheit ihren Mann zu stehen wissen. Damit werden sie aller Anstrengungen auch der Armee spotten, aber alle Anstrengungen stören und unsere Jugendbewegung wird in Zukunft noch rascher vorwärts marschieren als bisher.

## Gerichts-Zeitung.

### Aus dem Treiben eines Polizeigenten.

Gegen den 21jährigen Handlungsgehilfen Walter Venas hatte gestern in einer mehrstündigen Sitzung unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Bennenwig das Schöffengericht Berlin-Schöneberg eine recht umfangreiche Anklage wegen Betruges und Unterschlagung zu verhandeln. Der Angeklagte, der vor Gericht in einer schon mehr tomischen Weise den „Verrückten“ zu spielen verjuchte, lernte vor einiger Zeit auf Grund einer Annonce den Kriminalschumann-Lübed kennen. Dieser hatte inseriert, daß er einen Rechercheur suche, der diskrete Aufträge erledigen könne. Nach einer zwischen den beiden getroffenen Vereinbarung sollte Venas für Lübed als Agent tätig sein. Der Angeklagte begann diese eigenartige Tätigkeit damit, daß er dem L. einen gehörigen Bären ausband, indem er ihm erzählte, er sei dahinter gekommen, daß in der Nähe des Rollendorfs eine geheime Raffinerie existiere, der sehr hochstehende Personen angehörten. Als sich diese Erzählung schließlich als Schwindel entpuppte, sei er, wie der Angeklagte vor Gericht behauptete, völlig in die Gewalt des L. geraten, der von nun an an ihm Erpressungen verübt habe. Vor Gericht mußte Lübed selbst zugeben, daß er sich mit dem Angeklagten berati eingelassen habe, daß er wohl sein Amt loswerden würde. Er mußte zugeben, daß er den Angeklagten aufgefodert hatte, ihm die Droschkenmarken zu geben, als dieser wegen eines Leidens auf Rat eines Arztes Spazierfahrten unternehmen wußte. Die Droschkenmarken habe er dann bei dem Polizeipräsidenten eingereicht und die Beträge zurückgehalten. — Als der Angeklagte einmal unter dem Verdacht des Betruges festgenommen wurde, fand man bei ihm eine Bronnigpistole. Lübed ging, wie er zugeben mußte, am nächsten Tage nach dem betreffenden Polizeiquartier und ließ sich die Pistole aus-

händigen mit der Angabe, daß Venas für ihn als Agent tätig sei. In den einzelnen Anklagefällen, die dem Angeklagten vorgeworfen wurden, handelte es sich um die gewöhnlichen Darlehenswindleisen, die dadurch begangen worden sind, daß sich der Angeklagte als Darlehensvermittler ausgab und Gebühren für Auskünfte usw. verlangte, ohne überhaupt die Absicht gehabt zu haben, Darlehens zu geben. — Als Venas damit rechnen mußte, daß seine Betrügereien entdeckt wurden, flüchtete er nach Hannover. Hier kaufte er sich einen Talar und mehrere Kränze, die er dann mit dem Talar bekleidet, auf dem städtischen Kirchhof niederlegte. Auf einem Grab sitzend hielt er dann eine Puffpredigt, so daß ein großer Aufstand auf dem Friedhof entstand. Er wurde dann schließlich als scheinbar geisteskrank festgenommen. — Zu der Verhandlung war der Gerichtsarzt Dr. Strauch als Sachverständiger geladen worden, der begutachtete, daß der Angeklagte ein stark minderwertiger Mensch sei, der jedoch stark übertriebe. Von dem Verteidiger wurde als strafmildernd geltend gemacht, daß der Angeklagte offenbar unter dem Einflusse des Lübed gestanden habe. Das Urteil lautete mit Rücksicht auf die große Anzahl der Fälle auf 7 Monate Gefängnis.

Was aber wird aus dem Kriminalschumann Lübed. Sein beturteilter Agent ist lediglich ein Typus der Polizeigenten über-haupt. Wieviele Unschuldige mögen auf das Treiben solcher Leute hin verurteilt sein!

### Die anonymen Briefe aus dem Invalidenhaus.

Die erst kürzlich die Gerichte beschäftigt hatten, lagen gestern wieder einer Verleumdungsanklage zugrunde, die unter Vorsitz des Amtsrichters Hoffbein die 149. Abteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte beschäftigte. Als Angeklagte erschien die Tochter des in dem Invalidenhaus wohnhaften Hauptmanns von Ostrowski, Fräulein Hanna v. O., während die Frau Leutnant Geest als Klägerin auftrat. — Wie schon mitgeteilt, erhielt die Familie des Leutnants Geest schon von dem Jahre 1903 ab wiederholt anonyme Karten und Briefe mit zum Teil recht obszönen Handzeichnungen. Als Absenderin dieser Karten wurde von der jetzigen Klägerin Fräulein von Ostrowski verdächtigt, die jedoch von Anfang an jede Täterschaft energisch in Abrede stellte. Die gestrige Verhandlung vor dem Schöffengericht hatte deshalb wieder den Ausschlag eines Schreibhändlerskongresses, da mit dem Ausschließen dieser Sachverständigen die ganze Beschuldigung stand oder fiel. Von den Schreibhändlern rechnungsrat Drogosin, Frau Professor Dille, Rechnungsrat Altrichter und Graphologe Langenbruch wurde ein Gutachten dahin abgegeben, daß auf Grund der voneinander völlig unabhängigen Schriftvergleiche mit aller Bestimmtheit die Beklagte als Schreiberin in Frage komme. Rechtsanwält Dr. Wittkowski machte geltend, daß der Verdacht aufgetaucht sei, daß Frau Leutnant Geest selbst als Schreiberin der anonymen Karten in Frage komme. Diese habe sich dadurch interessant machen wollen. Von den Sachverständigen wurde jedoch bejaht, dieser Verdacht sei völlig hinfällig. Das Gericht kam nach längerer Beratung zu folgendem Urteil: Das Gericht sei auf Grund eigener Prüfung zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Angeklagte die Schreiberin sei. Da es sich um ein Gutachten von Schreibhändlern handele, die als anerkannte Autoritäten auf diesem Gebiete gelten, so seien diese Briefe als Schreiberin die Ehre einer gutgeachteten Dame verunglimpft worden sei, habe das Gericht gegen die Angeklagte auf 200 M. Geldstrafe erkannt.

### Kemper.

Daß man mit neuen Bekanntschaften sehr vorsichtig sein muß, hat der Kassierer Wilhelm Schmidt in sehr unangenehmer Weise erfahren müssen. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III hatte sich der Arbeiter Albert Hecht wegen Straßensraubes zu verantworten.

Am 6. Juni v. J. machte der in Rummelsburg wohnhafte Kassierer Schmidt in einer Schankwirtschaft am Mariannenufer die Bekanntschaft des jetzigen Angeklagten. Nachdem beide längere Zeit gekneipst hatten, wurde Schmidt tobelig und plauderte aus, daß er soeben etwa 250 M. einlaffiert hatte. Als beide dann auf dem Heimwege die Stralauer Allee entlang gingen, fühlte sich Schmidt plötzlich von seinem neuen Freunde festgehalten, der ihn in dem nächsten Moment zu Boden warf und ihm die Tasche mit dem Gelde entriß. Der Angeklagte fuhr mit dem Gelde nach Altona, wo er sich unter falschem Namen anmeldete und längere Zeit wohnte, bis er auf Grund des hinter ihm erlassenen Siedbriefes erkannt und verhaftet wurde. — Die Geschworenen billigten dem Angeklagten trotz der Schwere der Tat milde Umstände zu, da er bisher noch unbekannt ist. Das Urteil lautete auf 2 Jahre 1 Monat Gefängnis.

### Ein 17jähriger Amtsanwaltsvertreter.

Der jetzt 20 Jahre alte frühere Bezirksamtsinspektor Ludwig Regner in Herzbrud ist vom Landgericht Märburg am 20. Dezember 1911 wegen Vergehens im Amte zu einer Gesamtstrafe von 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er wurde im Herbst 1905 vom Bezirksamt ange stellt und hauptsächlich in der Amtsanwaltschaft beschäftigt. Vereidigt wurde er — als 15jähriger Knabe — nicht, wohl aber über seine Pflichten belehrt. Als er 17 Jahre alt war, führte er die amtswirtschaftlichen Geschäfte in Stellvertretung eines Sekretärs nahezu selbständig. Er ließ sich den gesamten Einkauf vorlegen, öffnete die Schreibstube, verlas sie mit Vermerken, verfertigte die Anklageschriften und Strafbefehlsanträge und legte alles dem Amtsanwalt zur Unterschrift vor. Von April 1910 bis März 1911 hat er sich eine Reihe von Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen lassen. Er ließ eine große Anzahl der Anzeigen unbearbeitet, so daß Verjährung eintrat. Im seine Handlungsweise zu verdecken, verstellte er die Anzeigen und nahm sie teilweise mit in seine Wohnung. Im ordnungsgemäße Erledigung vorzutauschen, fälschte er die Register. Das Gericht hat angenommen, daß er nach dem bayerischen Beamtenrecht als Beamter anzusehen ist, denn dieses erklärt es für zulässig, daß die Bezirksamtssekretäre, wenn sie überlästet sind, durch die Inspektoren vertreten werden können. — Die Revision des Angeklagten, der die Beamteneigenschaft bestritt, wurde am Montag vom Reichsgericht verworfen.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	26. 2.	25. 2.	em	cm		26. 2.	25. 2.	em	cm
Remel, Müll	131 <sup>1</sup>	-3			Saale, Großh.	230	+58		
Bregel, Jüterburg	44 <sup>1</sup>	-2			Davel, Spandau <sup>2)</sup>	70 <sup>1</sup>	0		
Reichel, Thon	214 <sup>1</sup>	0			Spree, Spandau <sup>2)</sup>	74 <sup>1</sup>	+6		
Oder, Ratibor	402	+8			Spree, Spremberg <sup>2)</sup>	95	-12		
Kroffen	251 <sup>1</sup>	+11			Beesf.	86	+2		
Frankfurt	204 <sup>1</sup>	+20			Weser, Ründen	330	+47		
arthe, Schrum	144 <sup>1</sup>	+14			Winden	356	+5		
Landberg	104 <sup>1</sup>	+13			Rhein, Magillsamau	388	-18		
Rege, Borsdorf	42	+10			Raub	292	+36		
Eibe, Reimrich	162	+110			Rön	290	+29		
Dresden	45	+23			Redar, Dellbrom	182	+70		
Berba	198	+5			Rain, Berthelm	235	+29		
Magdeburg	151	+7			Rösel, Trier	251	+5		

<sup>1)</sup> + bedeutet Zufluß, — Zufluß. — <sup>2)</sup> Unterpegel. — <sup>3)</sup> Füllstand.  
<sup>4)</sup> Abgang; <sup>5)</sup> höchster Wasserstand: 260 cm am 25. um 12 Uhr nachts.  
<sup>6)</sup> Abgang. — <sup>7)</sup> eistret.  
Nach den Meldungen aus Paris ist für die preussische Reichs-einzigste Angelegenheit bis zur Auslieferungsschöbe zu erwarten, durch das der Abgang lebenden Eisles in den Bezirken Thon und Culin vermutlich beschleunigt werden wird.



### In der Gemeindegewahlbewegung

Befinden sich gegenwärtig eine große Anzahl Vororte und in einigen Tagen wird in verschiedenen Gemeinden bereits die Wahl vollzogen. Bei dem wachsenden Interesse, das die werktätige Bevölkerung dem kommunalpolitischen Leben entgegenbringt, haben denn auch die Kämpfe um die zur Wahl stehenden Mandate an Heftigkeit zugenommen. Immer weiteren Schichten ist im Laufe der Zeit zum Bewußtsein gekommen, daß sich in den Ortsparlamenten ein Kampf abspielt, der mit jenen Kämpfen in den gesetzgebenden Körperschaften Wechsellaut hat. Wie im Landtag und Reichstag suchen die besitzenden Vertreter auch in den Kommunen die Politik nach ihren Interessen zu bemessen. In diesem Bestreben ist ihnen ein elendes, lediglich auf den Besitz zugeschnittenes Wahlrecht behilflich. Wenn es dennoch dem wachen Willen der sozialdemokratischen Vertreter möglich war, im Laufe der Zeit wesentliche Verbesserungen auf dem Gebiete des kommunalen Lebens zu erreichen, so lag dies lediglich an der Macht der Argumente, mit denen sie immer und immer wieder die Gegner mit ihren kulturellen Forderungen bedrängten. Die Gegner machen auch diesmal wieder alles Mögliche, um die Anstrengungen, um ein weiteres Eindringen sozialdemokratischer Vertreter in das Parlament ihres Ortes zu verhindern. Es gilt daher mit aller Kraft für die Wahl der von unseren Genossen in den zahlreichen Gemeinden aufgestellten Kandidaten tätig zu sein.

**Steglitz. Keine Sonntagswahlen trotz Mehrheitsbeschluss der Gemeindevertretung.** Eine solche „fortschrittliche“ Tat war auch zu viel erwartet von unserem Bürgermeister. Weil er aber doch wohl eingesehen hat, daß nach der alten Schablone gültige Wahlen nicht zu erreichen sind, ist er auf die Idee verfallen, Dauerwahlen anzuberaumen. Warum auch nicht; hat Berlin sein Sechstage-Rennen, dann kann Berlin-Steglitz wenigstens zwei-Tage-Gemeindegewahl haben. Das ist auch eine Attraktion. Die Wahlen der dritten Klasse finden also am Montag, den 11., und Dienstag, den 12. März, von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags und von 8 1/2 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends statt. Der erste Wahlbezirk, westlich der Wanneseebahn, wählt im „Schloßpark“, der zweite, östlich der Bahn, im „Albrechtshof“. Die dritte Klasse wählt im ganzen vier Gemeindevertreter und zwar der erste Bezirk einen, der zweite Bezirk drei. Den eingeschriebenen Wählern werden amtliche Ausweisarten zugestellt, die bei der Wahl vorzulegen, also gut aufzubewahren sind. Es sei ausdrücklich bemerkt, daß diese Karten auch für eventuelle Stichwahlen Gültigkeit behalten.

**Treptow-Baumhulshulsweg.** Den Bericht über ihre Tätigkeit erstatteten in einer außerordentlichen Generalversammlung des Wahlbereichs die auscheidenden Gemeindevertreter. Genosse Karow schilderte zunächst die Entwicklung unseres Ortes und ging dann auf die Tätigkeit unserer Vertreter in der Gemeinde ein. Er zeigte wie durch das Drängen derselben es auf allen Gebieten vorwärts gegangen ist. Hervorzuheben sei die Tätigkeit für das Gesundheits- und Schulwesen. Den Anregungen unserer Genossen zufolge seien jetzt höhere Mittel für die Sephierung armer Schullinder bereitgestellt. Ein voller Erfolg sei bei der Eingemeindung und Friedhofsangelegenheit erzielt worden. Hier sei es unseren Vertretern gelungen, die Eingemeindung nach Nirdorf zu vereiteln und dem neuen Gemeindefriedhof, für welchen angeblich nur Land in Glienide zu haben war, in unserem Orte einen Platz zu schaffen. Genosse Hartmann ergänzte noch den Bericht. Hierauf wurden die Kandidaten zur nächsten Gemeinderatswahl aufgestellt. Für den 1. Bezirk wurde, da Genosse Karow die Kandidatur seines Alters wegen ablehnte, Genosse Franz Richter aufgestellt. Für den 2. Bezirk kandidiert wieder Genosse A. Gerisch. Genosse Freigang teilte mit, daß die Wahlen am Sonntag, den 10. März, vormittags von 8 bis 12 Uhr, stattfinden und forderte die Anwesenden auf, bis dahin regen zu agitieren, damit dieser Tag ein vollen Sieg bringe.

**Pankow.** Mit der Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindegewahl beschäftigte sich die außerordentliche Generalversammlung des Wahlbereichs. Es scheiden in der dritten Abteilung vier Vertreter, 2/3 Angehöriger und drei Nichtangehöriger, aus. Zwei Mandate waren im Besitze der Sozialdemokratie und zwar wurde ein durch Genossen Pörschmecher vertreten, derselbe hat sein Amt niedergelegt; das andere Mandat wurde durch Genossen Erall ausgeübt, der nach außerhalb verzieht. Die Versammlung stellte als Angehörigen den Genossen Fiedler und als Nichtangehörigen die Genossen Schmidt, Fenzler und Wahmann auf. Für den Bezirk I Süd kandidieren Fenzler und Fiedler, für den Bezirk II Nord Schmidt und Wahmann. Ein Antrag, in der zweiten Klasse einen Zahlkandidaten aufzustellen, wurde, da der Erfolg zu den Kosten in keinem Verhältnis steht, bis zur nächsten Wahl zurückgestellt. Eine längere Debatte rief ein vom Genossen Grünberg gestellter Antrag betreffs Errichtung eines Jugendheims für Pankow hervor. Es wurde die Erhebung eines Extrabeitrags in Erwägung gezogen, um ein solches Unternehmen durchzuführen. Zum Schluß wurde das Projekt dem Jugendauschuss überwiesen, in den die Genossen Reuws und Grünberg als Erlas für zwei ausgeschlossene Genossen gewählt wurden. An Stelle des verstorbenen Genossen Eichhorn wurde Spidemann als Abteilungsführer für Nord gewählt. Bedauert wurde, daß am 28. März der Jugendverein und der Arbeiter-Turnverein zugleich ihr Vergnügen abhalten. Solche Fälle sollen in Zukunft vermieden werden. Der Vorsitzende, Genosse Müllig, ermahnte die Anwesenden zum Schluß, nach Möglichkeit ihre Schuldigkeit zu tun, damit unsere Kandidaten mit großer Stimmenmehrheit aus dem Kampfe hervorgehen.

**Petersdöhlen.** Als Kandidaten zur bevorstehenden Gemeindegewahl wurden in der Generalversammlung des Wahlbereichs für die dritte Abteilung die Genossen Herrmerschmidt und Kranich und für die zweite Abteilung Genosse Kalo aufgestellt. Die Versammlung beschloß außerdem, eine rege Agitation für den „Vorwärts“ sowie für den Kirchenaustritt zu entfalten. Zum Schluß wurden die Genossen ersucht, sich reger zu den Parteiarbeiten zur Verfügung zu stellen.

**Marienthorf-Südende.** Am 3. und 4. März finden hier die Neuwahlen zur Gemeindegewahl statt. Während die dritte Klasse am Sonntag wählt, wird in der ersten und zweiten Klasse die Wahl am Montag vollzogen. Der ersten Klasse gehören 47 Wähler, der zweiten Klasse 461 Wähler an. In der dritten Klasse sind 2955 Wähler vorhanden. Die 47 Wähler der ersten Klasse zahlen insgesamt 293 224,03 M. Steuern, die Wähler in der zweiten Klasse 280 954,74 M. und die Gesamtsteuersumme der dritten Klasse beträgt 162 580,87 M. Noch interessanter sind die Verhältnisse der Steuer in den einzelnen Klassen selbst. Von den 47 Wählern der ersten Klasse zahlt der erste Wähler 88 787,25 M. und der letzte 1841,84 M. In der zweiten ist der Höchstzahl 1818,77 M., der niedrigste 224,23 M. Die dritte Klasse endlich fängt mit einer Steuersumme von 222,10 M. an und nimmt natürlich alle weiteren Zahlen in sich auf bis zum niedrigsten Satz von 8,60 M. Jeder Wähler der ersten Klasse hat rund 62 mal soviel Recht, besser gesagt Interessen, als ein Wähler der dritten Klasse. Besser kann die „göttliche Weltordnung“ nicht charakterisiert werden. Es zeigt sich also auch hier das Dreiklassenwahlrecht in seiner ganzen Glorie.

**Wittenau-Vorsigwalde.** In einer gut besuchten Versammlung im Gesellschaftshaus sprach hier Genosse L. H. u. r. o. w. über „Gemeindegewahl“. Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrag wurden für die dritte Abteilung die Genossen Herrmann Trapp, Wittenau und Karl Liebelt-Vorsigwalde als Kandidaten aufgestellt. Der Vorsitzende gedachte zum Schluß des verstorbenen Direktors Hempel in einer der Situation und eines solchen Gegners angebrachten Weise. Der Vorwurf, den der Mann seinerzeit der Vorsigwalder Bevölkerung gemacht habe, falle auf ihn zurück.

**Nahndorf.** Nicht weniger als 300 Forensen sind unter den insgesamt 520 Wählern der dritten Wählerklasse vorhanden. Ein Antrag unserer Genossen an die Gemeindegewahl, diese 300 Papierstimmen für ungültig zu erklären, ist abgelehnt worden. Daß es bei diesem Unfug, der mit Wählerstimmen getrieben wird, schwer ist, überhaupt einen Gemeindevertreter aus der werktätigen Bevölkerung durchzubringen, bedarf keiner Erwähnung.

Am letzten Sonntag nahm der hiesige Ortsverein in einer Gemeindegewahlversammlung die Aufstellung von Kandidaten vor. Unter den Vorgesetzten für die dritte Klasse befand sich auch Genosse Vobdin, der bei der Abstimmung 22 Stimmen auf sich vereinigte; der Kandidat des Ortsvereins erhielt gleichfalls 22 Stimmen. Selbstverständlich wurde der letztere von dem Vorsitzenden der Versammlung als gewählter Kandidat in Vorschlag gebracht. Soll mit dem Genossen Vobdin bei den kommenden Gemeindegewahlen der erste sozialdemokratische Vertreter gewählt werden, dann müssen die Arbeiter und Parteigenossen noch rege für denselben agitieren.

### Soziales.

#### Bereitet der Arztverband den Generallstreik vor?

Der Leipziger Arztverband und der Deutsche Arztvereinsbund sollen folgenden Beschluß gefaßt haben: Zur erfolgreichen Durchführung der Forderungen der ärztlichen Organisation sind die bisherigen Einzelkämpfe zu vermeiden; es ist vielmehr ein gleichzeitiges, geschlossenes, gleichmäßiges und einheitliches Vorgehen aller ärztlichen Lokalorganisationen unerlässlich. — Ist in der Tat solcher Beschluß gefaßt, so wäre damit der ärztliche Generallstreik bei den Krankenkassen beschlossen. Es muß abgewartet werden, ob die gesetzgebenden Stellen eine derartige Rahmlegung der von ihnen geschaffenen öffentlich-rechtlichen Krankenkassen zulassen und den Krankenkassen, die sich den koalitierten Ärzten gegenüber in einer großen Zwangslage befinden, Sicherheiten geben, daß sie ihre gesetzlichen Aufgaben unter allen Umständen erfüllen können.

#### Die Sonntagruhe im Handelsgewerbe

Soll künftighin in einem besonderen Reichsgesetz geregelt werden, um zu ermöglichen, daß auch solche Gewerbebetriebe getroffen werden, die der Gewerbeordnung nicht unterstehen, z. B. das Gewerbe der Spektreure, der Versicherungsunternehmer, der Konsumvereine usw. Die ganze Materie wird, wie eine Korrespondenz meldet — der Entwurf ist noch nicht veröffentlicht —, von nur 15 Paragraphen umfaßt. In § 2 des Entwurfs wird bestimmt, daß in den Kontoren und in den nicht mit offenen Verkaufsstellen verbundenen Betrieben des Handelsgewerbes die höhere Verwaltungsbehörde oder die Gemeinde eine Beschäftigung bis zur Dauer von 2 Stunden zulassen dürfen. Als Höchstmaß der Beschäftigungszeit steht der Entwurf drei Stunden fest, doch kann die höhere Verwaltungsbehörde eine Beschäftigungsdauer bis zu 4 Stunden zulassen. Die Gemeindegewalt kann durch statutarische Bestimmung die dreistündige Beschäftigung für alle oder einzelne Gewerbebetriebe auf kürzere Zeit einschränken oder ganz untersagen. Die Polizeibehörde kann ferner für jährlich höchstens 6 Sonn- und Feiertage, an denen örtliche Verhältnisse einen weiteren Geschäftsbetrieb erforderlich machen, eine Beschäftigung bis zu 10 Stunden zulassen. Die Stunden können für verschiedene Gewerbebetriebe verschieden festgesetzt werden.

Solche Regelung würde den seit vielen Jahren von den betroffenen Kreisen erhobenen Forderungen nur wenig entgegenkommen.

#### Freiwillige Kranken-„fürsorge“.

Es ist bekannt, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Wärtinnen und Wärter in den Pflege- und Krankenanstalten überaus schlechte sind, und daß es daher den Krankenhäusern schwer ist, sich dauernd ein gut ausgebildetes Personal zu halten. Daß unter diesen Umständen die Krankenfürsorge viel zu wünschen übrig läßt, liegt klar auf der Hand. Im Königsberger städtischen Krankenhaus waren denn auch in letzter Zeit einige überaus schwere Mißstände zu verzeichnen. So hatte eine kranke Frau Lysol statt Medizin erhalten! Der Magen der Frau ist ausgepumpt worden. Nach einigen Wochen ist sie gestorben. Als Grund ist Tuberkulose angegeben. Auf der Korbentation hatte sich ein Weiskranke erhängt im Dunkeln. Das Gaslicht funktionierte nicht und für Ersatzlicht war nicht gesorgt worden. Dann war der Unterkörper eines elf Monate alten Kindes mit Wunden und Majen bedeckt, als es aus dem Krankenhaus, in dem es an Lungenentzündung gelitten hatte, geholt worden war. Diese Mißstände gaben den sozialdemokratischen Stadtverordneten Veranlassung, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Wärtnerpersonal zu verlangen, um eine Häufung von großen Mißständen zu verhindern. Es wurde festgestellt, daß die Dienstzeit des Pflegepersonals von 6 Uhr morgens bis 9 bzw. 10 Uhr abends ohne geregelte Pausen dauert. In dieser Zeit müssen die Wärtinnen und Wärter stets zur Verfügung stehen. Jeden zehnten Tag müssen die Wärter noch auf Nachtwache ziehen. Dann muß nach der 16stündigen Dienstzeit noch bis 2 Uhr nachts, also insgesamt 20 Stunden Dienst getan werden!! Von 2 bis 6 Uhr morgens kann der Wärter dann schlafen. Um 6 Uhr beginnt der Dienst aufs neue; nur 4 Stunden Pause werden ihm dann am Tage eingeräumt. Beginnt die Wache um 2 Uhr morgens, so dauert sie bis 6 Uhr, dann muß noch bis 9 Uhr Dienst verrichtet werden, und nun erst hat der Wärter Ruhe, und zwar nur bis 1 Uhr mittags; von dieser Stunde an muß er wieder bis 9 Uhr abends tätig sein. Daß eine solche Arbeitszeit viel zu lang und aufreibend ist, und daß das Personal matt wird und seinem Beruf nicht die erforderliche Aufmerksamkeit widmen kann, ist einleuchtend. Und dann der Lohn für diesen schweren Dienst! Die Wärtinnen werden bei freier Station mit 21 M. Monatslohn angestellt!! Alljährlich steigt der Lohn um eine Mark bis zum Höchstbetrage von 33 M. pro Monat. Die Stationswärtinnen erhalten noch eine monatliche Stationszulage von 3 M.; sie müssen aber 15 M. Kautions für Stationsfächer stellen. Die Wärter werden mit 27 M. Monatslohn eingestellt. Auch sie erhalten jedes Jahr eine Mark Zulage pro Monat bis zum Höchstbetrage von 39 M. pro Monat. Stationswärtner erhalten eine Zulage von 4 M. pro Monat. Das sind die Lohnverhältnisse des Pflegepersonals. Zu der übermäßigen Arbeitszeit kommt die völlig unzureichende Entlohnung. Natürlich ist die Situation eine starke. Ist das Personal ausgebildet, so geht es dahin, wo man ihm bessere Lohn- und Arbeits-

bedingungen bietet. Der sozialdemokratische Antrag auf Besserstellung des Personals wurde jedoch von der „freisinnigen“ Stadtverordnetenversammlung glatt abgelehnt. Die Zustände wurden als gut bezeichnet. Einzelne der vorgekommenen Mißstände wurden wohl bedauert; doch es wurde erklärt, Mißstände könnten stets zutage treten. Sie wären auf menschliche Schwächen zurückzuführen. Der sozialdemokratischen Presse wurde zum Vorwurf gemacht, daß sie durch ihre Mitteilungen Gesundheit und Leben der Bürger gefährde. Als Beispiel für die Abneigung gegen Krankenhäuser führte der Oberbürgermeister Körte sein eigenes Dienstmädchen vor, das auch schwer zu bewegen gewesen wäre, die Anstalt aufzusuchen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals wurden mit der Arbeitszeit und der Entlohnung der Dienstboten auf eine Stufe gestellt. Als von sozialdemokratischer Seite erklärt wurde, daß auch die Arbeitszeit der Dienstboten viel zu lang sei, wurden diese Ausführungen des Redners von den Herren Liberalen mit großem Widerspruch aufgenommen, worauf unser Redner prompt erwiderte, daß die Dienstherren es wohl nicht empfinden, daß ihr Personal eine viel zu lange Dienstzeit hätte. Uebrigens sei der Beruf der Wärter und Wärtinnen ein viel verantwortungsvoller, als der der Dienstboten, und schon deshalb müßte die Dienstzeit herabgesetzt werden. Oberbürgermeister Körte kam dann mit dem Einwand, daß die treueste und sorgfältigste Krankenpflege von denjenigen ausgeübt würde, die für ihre Pflegetätigkeit auch nicht einen Pfennig erhielten. Demgegenüber wurde von sozialdemokratischer Seite erwidert, daß von ärztlicher Seite mit Recht wiederholt darauf hingewiesen sei, die Krankenkassen müßten die Ärzte besser bezahlen, damit diese sich mehr der Kranken annehmen könnten. Es könne eben nicht jeder auf Bezahlung verzichten. Wer darauf angewiesen sei, dem müßte auch eine anständige Befoldung gewährt werden. Gar bald dauerte den bürgerlichen Stadtverordneten diese Aussprache zu lange. Sie machten Schluß, und als es zur Abstimmung kam, bewiesen sie, daß sie während den Verhandlungen geschlafen hätten. Denn sie wußten nicht einmal, wie sie abzustimmen hätten. So nahmen sie den sozialdemokratischen Antrag aus Versehen zuerst an, und es bedurfte zu seiner Ablehnung einer nochmaligen Abstimmung. Der Verlauf der Debatte hat wieder einmal bewiesen, wie rückständig auf sozialpolitischem Gebiet freisinnige Stadtväter sind.

#### Von der Armelehre.

Wie eine Volksschule selbst in einer Regierungskast beschaffen sein kann, lehrt Marienwerder in Westpreußen. Dort befinden sich in der sechsten (untersten) Klasse der Armelehre 83 Kinder, darunter 7 schwachsinig. Der Rektor betonte in einer Eingabe, selbst beim besten Willen des Lehrers sei es unmöglich, das Ziel des Unterrichts zu erreichen. Der Magistrat will Abhilfe schaffen, indem er eine — Mittelschulklasse einrichtet. Den vernünftigen Vorschlag einiger Stadtverordneten, die überfüllte Volksschulklasse zu teilen, lehnte er ab.

In wieviel Schulen des Ostens sieht es ebenso traurig und noch trauriger aus!

### Aus Industrie und Handel.

#### Blünderung der Reichskasse!

Die Verhältnisse auf dem Getreidemarkt haben die Ausfuhr in den letzten Monaten stark gefördert! Dank unserem famosen Zoll- und Einfuhrzollsystem machen die Exporteure dabei ein feines Geschäft, indem sie zu dem im Inlande erzielten Preise die Ausfuhrprämie einstecken. Im Januar dieses Jahres wurden über eine Million Mark mehr Zollbeträge durch Einfuhrzölle beglichen als im selben Monat des vergangenen Jahres. Ganz enorm ist die Blünderung der Reichskasse seit Geltung der höheren Zölle und damit der höheren Ausfuhrprämien gestiegen. Die im Januar der aufgeführten Jahre mittels Einfuhrzölle beglichenen Zölle ergaben folgende Beträge:

1906	2 199 148 M.
1907	4 709 670
1908	6 175 254
1909	10 184 123
1910	11 914 571
1911	13 089 579
1912	13 092 398

Besonders muß darauf hingewiesen werden, daß wir viel mehr Roggen exportieren als einführen. Der Ausfuhrüberschuß betrug in der Zeit vom 1. August bis 31. Januar der drei letzten Jahre 167 560 Tonnen, 225 696 Tonnen und zuletzt 882 241 Tonnen. Für die letzten sechs Monate ergibt sich somit ein direkter Aufschuß aus der Reichskasse für die Rekrutierung von 13 112 075 M. — Für die dringendsten Kulturaufgaben haben wir kein Geld. Dafür zahlen wir aber den Junkern viele Millionen Mark an Liebesgaben — damit der Preis im Inlande in die Höhe gehe!

#### Das Wachstum der Fideikommission.

Bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten reden Regierungsdirektoren und Junker von der inneren Kolonisation und ihrer Liebe für den kleinen Bauern. Millionen werden zum Fenster hinausgeworfen, die angeblich dem Zwecke der Vermehrung der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe dienen sollen. Dabei nehmen die Fideikommissionen in Preußen ständig zu und beherzigen einen immer größeren Teil der gesamten Staatsfläche. Nach den Angaben in der Zeitschrift des Preussischen Statistischen Landesamtes III. Abteilung 1911 stieg die Zahl der Fideikommissionen von 1185 im Jahre 1904 auf 1218 im Jahre 1908 und dann weiter auf 1235 im 1909. Die Größe des gebundenen Vermögens erweiterte sich in derselben Zeit von 2 282 500 Hektar gleich 6,87 Proz. der Fläche Preußens auf 2 882 674 Hektar gleich 8,76 Proz. und dann auf 2 978 677 Hektar gleich 8,82 Proz. der Fläche Preußens. Von dem gesamten Waldbestande entfielen auf die Fideikommissionen 1 034 564 Hektar im Jahre 1904, vier Jahre später 1 102 163 Hektar und im Jahre 1909 schon 1 111 180 Hektar, gleich 8,19 Proz. des Waldterrains des Staates. Die Fideikommissionen nehmen an Zahl und Areal ständig zu; im Jahre 1909 war schon über 1/3 des gesamten Staatsgebietes fideikommissionarisch gebunden. Anstatt Kolonisation sehen wir eine gemeingefährliche Latifundienwirtschaft sich entwickeln.

### Aus der Frauenbewegung.

#### Bist Du eine der Aufrigen?

Unter diesem Titel richtet die Genossin Luise Zieg ein Mahnwort an die Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes in einer soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. in Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, erschienenen Broschüre. Da der Inhalt derselben durchaus allgemein verständlich ist, wird die kleine Schrift in der Agitation sicher gute Dienste leisten. Der Preis beträgt 10 Pf. An Organisationen wird eine Ausgabe ohne Umschlag zum Massenvertrieb sehr billig abgegeben.

Leser- und Diskussionsklub „Gedank“. Heute Mittwoch, 29. Mrz, bei Reichardt, Böckler Str. 58: Sitzung. Vortrag. Gäste willkommen.







# MAGGI'S Erzeugnisse

MAGGI'S Würze    MAGGI'S Bouillon-Würfel    MAGGI'S Suppen

## sind die besten!

„Für den Magen ist nur das Beste gut genug!“

Eiweiß-Nährschokolade

Für Blut, Kraft, Nerven

**Riba Schokolade**

Für Gesunde und Kranke

# Sarotti

**Riba Kakao**

Eiweiß-Nährkakao

## Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 28. Februar 1912  
Anfang 12 Uhr.  
Kgl. Opernhaus. Einjonic-Konzert.  
Kgl. Schauspielhaus. Götter-Matinée.  
Anfang 8 Uhr.  
Königs-Sarrasani. Große Vorstellung.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Neues Schauspielhaus. Agnes Bernauer.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Berliner. Terquato Tello.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Deutsches. Faust. 2. Teil.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Einjonic-Konzert.  
Kgl. Schauspielhaus. 1912.  
Königs-Sarrasani. Gala-Vorstellung.  
Königs-Sarrasani. Gala-Vorstellung.  
Gebäude. Spezialitäten.  
Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenträube 48/49.  
Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen.  
Neues K. Opernhaus. Götter-Matinée.  
Königs-Sarrasani. Die fünf Frankfurter.  
Neues Schauspielhaus. Ueber unsere Stadt. 2. Teil.  
Neues. Der liebe Augustin.  
Kammerspiele. Eine glückliche Ehe.  
Reichens. Komische Witz. Knaut.  
Reichens. Alles für die Firma.  
Komische Oper. Undine.  
Kammerspiele. Die glückliche Frau.  
Kammerspiele. Die Damen des Regiments.  
Reichens. Zeitungs-Geburtsstag.  
U. u. F. Witz. Götter-Matinée.  
Berliner. Große Rollen.  
Neues Opernhaus. Götter-Matinée.  
Schiller O. Gräfin Lea.  
Sch. u. Charitatenburg. Kyritz-Pyritz.

Friedr. Witz. Schauspielhaus.  
Götter-Matinée.  
Julien. Der Barbier von Sevilla.  
Köle. Bonaparte und seine Frauen.  
Dietrich. Die Nacht von Berlin.  
Zieman. Das kleine Café.  
Zieman. Komische Witz.  
Café. Der Kampf ums Dasein.  
Hans. Spezialitäten.  
Hans. Spezialitäten.  
Herrfeld. Die man Männer bessert.  
Der Gaufräule.  
Reichens. Stettiner Säger.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Reichens. Komische Witz.  
Die letzte Rose. Spezialitäten.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

Folies Caprice. Wandelblüt's  
Götter-Matinée. Loggengarten. Waff-  
übung. Reichenrechte.  
Walhalla. Die Seemannsbraut.  
Voigt. Komische Witz.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Nathan der Weise.  
Belle-Alliance. Zapfenstreich.  
Steruwarie. Invalidenstr. 57-62

Berliner Theater.  
Abends 8 Uhr:  
Große Rollen.  
Theater in der Königplatz-Strasse  
Abends 8 Uhr:  
Die 5 Frankfurter.

Schiller-Theater O. Wallner-  
Wittwoch, abends 8 Uhr:  
Gräfin Lea.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Emilia Galotti.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Gräfin Lea.

Schiller-Theater Charitaten-  
Wittwoch, abends 8 Uhr:  
Kyritz-Pyritz.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Der Kilometerfresser.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Kyritz-Pyritz.

Neues Theater.  
Abends 8 Uhr:  
Der liebe Augustin.  
Samst. 8 1/2 Uhr: Der liebe Bauer.  
Theater des Westens.  
Abends 8 Uhr:  
Die geschiedene Frau.  
Morgen 8 Uhr: Wiener Blut.  
Sonntag 8 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.

Reichens-Theater.  
Direktion Richard Alexander.  
Abends 8 Uhr:  
Alles für die Firma.  
Schwan in 3 Akten von W. Hennequin  
und G. Michel. Für die deutsche  
Bühne bearbeitet von Volter-Bardes.  
Morgen u. folg. Tage: Alles f. d. Firma.  
Samst. 8 1/2 Uhr: Kamm. Dich um Amelia

Belle-Alliance-Theater.  
8 1/2 Uhr: Auf vielseitiges Verlangen:  
Zapfenstreich.  
Luise-Theater.  
Wittwoch: Komische Witz.  
Oper: Der Barbier von Sevilla.  
Reichensrechte. Die glückliche Frau.  
Donnerstag: Napoleon Bonaparte.

ROSE-THEATER  
Große Frankfurter Str. 106.  
Abends 8 Uhr:  
Napoleon Bonaparte  
und seine Frauen.  
Oper. Komische Witz in 3 Akten von Witz.  
Donnerstag: Napoleon Bonaparte.

Metropol-Theater.  
Abends 8 Uhr: Nathan der Weise.  
Die Nacht von Berlin!  
Große Jahresrevue in 7 Bildern von  
Jul. Freund. Musik von B. Holländer.  
In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz.

**Apollo Theater**  
Abends 8 Uhr.  
Vorletzter Tag!  
Das gr. komische Programm  
mit  
Paul Beckers.

Königstadt-Kasino.  
Ede Polzmarkt u. Alexanderstraße  
Täglich abends 8 Uhr  
Theater und Varieté.  
Neben den Spezialitäten  
zwei Theaterstücke:  
„Das Modell“ von G. Alexander.  
„Die letzte Rose“ von D. Richter.

Reichshallen-Theater.  
Stettiner Säger.  
Neu! Neu!  
Pantoffel-Heiden.  
Urförmliche  
Burleske  
Anfang  
8 1/2 Uhr.  
Sonntag  
7 Uhr.

„CLOU“  
Berliner Konzert-Haus.  
Mauerstr. 82    Zimmerstr. 90/91.  
**Großes Doppel-Konzert**  
!!! Zillerthaler und Tegernseer Säger, Plattler und Jodler!!!  
Anfang 8 Uhr.  
An allen Wochentagen nachmittags:  
Großes Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

Neue Welt.  
Arnold Scholz.    Hasenheide 108-114.  
Heute Mittwoch, den 28. Februar 1912:  
Bockbierfest in den bayrischen Alpen.  
Heute im Neuen Saal:  
Großer Ball.

Voranzeige! Donnerstag, den 29. Februar 1912:  
Damen-Prämierung.  
Prämiiert wird der kleinste Damenfuß!  
3 bare Geldpreise: 50,-, 30,-, 20 Mark.  
Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse.  
Anfang 7 Uhr.  
80 bayrische Madl. 5 Kapellen.    Entree 30 Pl.

Herrnfeld  
Theater  
Ein neuer  
Sensationserfolg  
Wie man  
Männer bessert.

2 Akte von Anton u. Donat Herrnfeld  
mit den Autoren in den Hauptrollen.  
Hierzu die Novität:  
Der Hausteufel.  
Anfang 8 Uhr.  
Stilletvorverkauf 11-2 (Theaterkass.).

Passage-Theater.  
Schneider-Duncker  
Carl and Lotty  
die berühmte Excentr.-Tänzer.  
Luise Schäfer  
Vortragskünstlerin.  
The Hevalds Truppe  
d. best. Schloßherren-Tänzer  
und d. Febr.-Glanzprogr.  
14 erstkl. Spezialitäten.

Walhalla-Theater  
am Rosenhain-See  
Abends 8 1/2 Uhr:  
Menschenrechte!  
Größtes soziales Anstaltungs-  
Vollstück mit Solist  
und Orchester in 5 Akten von  
Karl Reichardt. In Szene  
gesetzt v. Dir. James Klein.  
1. Akt: Geheimnisse im  
Privatleben. 2. Akt: Die  
große Versteigerung.  
3. Akt: Am Seeufer. Am  
Rande des Abgrundes.  
4. Akt: Arbeit nieder. 5. Akt:  
Ein Gottesgericht.  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:  
Die größte Sünde.

Admiralspalast  
Am Bahnhof Friedrichs-  
Eis-Arena.  
Geföhnet von 11 Uhr vorm.  
Nachmittags:  
Kunstlauf-Produktionen.  
Abends:  
Tänze auf dem Eise.  
Die kleine Charlotte.  
Geschw. Schlosser.  
Das prächtige Eisballott  
Alpenzauber.  
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr  
abends halbe Kassenpreise.

Passage-Panoptikum.  
Das Londoner Mirakel  
Die Frau  
in der Kanne!  
Befreiung aus d. Wassergrab.  
Lebend! Lebend!  
Fakir-Truppe  
15 Personen  
in ihren religiösen  
Martyrer-Produktionen  
Wochentags 4-7 Uhr:  
Lichtspiele  
Ohne Extra-Entree.

Zirkus Busch  
Mittwoch, den 28. Februar 1912,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Gala-Abend!  
Die Hexe.  
Gr. Volks-Masche-Schauspiel  
des Zirkus Busch in 7 Bildern.  
Vorher: Fri. Anna Stennis,  
Schulmeisterin. Clown Armando  
mit dem boxenden Känguruh.  
Die japanischen Sportspieler. Herr  
Ernst Schumann, Meisterdressen.  
Drei Schwestern Blumenfeld,  
Kunstreiterinnen, usw.  
Sonabend, den 2. März:  
Beginn d. gr. intern. Ringkämpfe.

Zirkus  
A. Schumann  
Mittwoch, 28. Febr., abds. 7 1/2 Uhr:  
Elite-Abend.  
U. a.: Auftreten von Direktor  
A. Schumann mit seinen neuesten  
Kreationen. Gebr. Webb,  
Fri. Dora Schumann, die beliebte  
Schulmeisterin.  
Um 9 Uhr: Das mit großem  
Beifall aufgenommene, neueste,  
größte, nicht zu übertreffende  
Ausstattungsstück:  
Das Motorpferd  
in 5 Akten.  
Besonders hervorzuheben:  
3. Akt: Im Innern des Waren-  
hauses mit dem wunderbaren  
Spielzeugballott.

Sarrasani  
Schönhauser Allee.  
Telephon: Nord 4100.  
Mittwoch, 28. Februar,  
9 3 Uhr 7 1/2 Uhr  
2 Vorstellungen  
Novitäten.  
Nachmittags zahlen Kinder  
auf allen Plätzen  
halbe Preise.  
Galerie 40 Pl., III. Platz  
70 Pl., II. Platz 120 M.,  
I. Platz 2 M., Parkett  
3 M., Logenplätze 4 M.

Voigt-Theater.  
Schubbrunn    Badstraße 56.  
Mittwoch, den 28. Februar 1912:  
Die Seemannsbraut.  
Vollstück mit 600. in 5 Bild. u. 5 Rollen.  
Kassenöffnung 7. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Donstag, 4. März: Benefiz Nelly  
Platen: „Das Mädchen ohne Ehre“.

Germania-Prachtsäle  
N. Chausseestr. 110. Carl Richter.  
Jeden Mittwoch:  
Paul  
Mantheys  
lustige  
Säger.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pl.  
Nachdem Freitag.  
Vorgugkarten gelten.  
Morgen Donnerstag:  
Militär-Strickkonzert.  
Kassiererei: Familienkränchen  
ohne Kokettin.

Humor-Quartett  
Gg. Treuer    Kastanienallee 40

Café Meyer  
Dresdener    Str. 128/129  
Kaffee 10 u. 15, Bier, G. u. d. 10 Pl.  
ca. 50 Zeitungen; Billard Str. 40 Pl.  
Zahlstelle der Freien Volksbühne.

Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.



# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.

Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

im Volkshaus, Rosinenstraße 3.

Tagesordnung:  
1. Vortrag, 2. Verbandsangelegenheiten, 3. Wahl der Delegierten zum Gantag, 4. Verschiedenes.  
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet  
Die Ortsverwaltung.

## Verband der Schneider und Schneiderinnen

Filiale Berlin I.

### Achtung! Achtung!

# Herrenmaßschneider

## Mitglieder-Versammlung

in Brauerei Friedrichshain, Am Königstor.

Tagesordnung:  
1. Bericht über die Verhandlungen mit dem Adav in Frankfurt a. M. Referent: Kollege Kunze. 2. Diskussion. 3. Beschlussfassung über die Angebote der Arbeitgeber am Orte. Mitgliedsbuch legitimiert; ohne dasselbe sowie mit mehr als achtwöchentlichem Rückstand kein Zutritt.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Die Ortsverwaltung. H. H. K. Kollch.  
162/16

# Deutscher Arbeiter-Stenographen-Bund

— System Roller. —

Ortsgruppe Berlin. *Ortsgruppe Berlin.*

Neue unentgeltliche Anfängerkurse in der leicht zu erlernenden Rollerschen Stenographie beginnen:  
**Montags** abends 8 1/2 Uhr in der Bockbrauerei, Berlin N., Chaussee 64, nahe Liesenstraße.  
**Donnerstags** abends 8 1/2 Uhr in Berlin O., Kochhannstraße 39 bei Knappe.  
**Donnerstags** abends 8 1/2 Uhr Berlin N., Drontheimer Straße 4, bei Fritsch.  
**Freitags** abends 8 1/2 Uhr in Moabit, in den Arminushallen, Bremer Straße 72/73.  
Die Lehrmittel kosten 250 M., ohne Nachzahlung. Der Kursus dauert 10 Stunden.  
Anmeldungen am besten zu Beginn des Unterrichts.  
Zur weiteren Auskunft ist bereit  
Rich. Wolf, Pankow, Nordbahnstr. 3.

## Zeitungs-Ausgabe bestellen und Inseraten-Aannahme.

- Zentrum: Albert Habnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.  
2. Wahlkreis, W.: Gust. Schmidt, Kirchbachstr. 14, Hochparkstr. 8. und SW.: Hermann Berner, Gneisenaustr. 72.  
3. Wahlkreis: St. Fritz, Ringstr. 31, Hof rechts part.  
4. Wahlkreis: Osten: Robert Bengels, Gr. Frankfurterstr. 120. — Richard Hagedorn, Petersburgerplatz 4 (Laden).  
5. Wahlkreis: Südosten: Paul Böhm, Vaußbergplatz 14/15.  
6. Wahlkreis: Leo Busch, Immanuelstraße 12 (Hof).  
Wedding: A. Hönig, Rosareuthstraße 49.  
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Rheinsbergerstr. 67, Laden.  
Gesundbrunn: F. Trapp, Steintorstr. 10.  
Schönhäuser Vorstadt: Karl Marx, Greifenhagener Str. 27.  
Adlershof: Karl Schwarzlose, Hoffmannstr. 9.  
Alt-Gliencke: Wilhelm Dürre, Köpenickerstr. 6.  
Baumschulenweg: E. Hornig, Marienhalerstr. 13, I.  
Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönow und Schönbrück: Heinrich Brose, Mühlentw. 5, Laden.  
Bohnsdorf und Falkenberg: Alois Kauf, Bohnsdorf, Gesellschaftshaus „Paradies“.  
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Selenheimerstraße 1.  
Eichwalde: Oskar Rahle, Stadenrauschstr. 99.  
Eykner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.  
Friedersdorf-Petershagen: E. Hagedorn, Petershagen.  
Friedenau-Steglitz-Südende-Groß-Lichterfelde-Lankwitz: H. Bernlee, Altmstr. 5 in Steglitz.  
Friedrichshagen: Ernst Berkmann, Köpenicker Straße 18.  
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.  
Johannisthal: Bieline, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.  
Karlshorst: Richard Hüter, Adelsstr. 9, II.  
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnhofstr. 13.  
Köpenick: Emil Böhler, Köpenickerstr. 6, Laden.  
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifert, Gartenbergstraße 1 (Laden).  
Mahlisdorf, Kaulsdorf: F. Seyberg, Kaulsdorf, Ferdinandstraße 17.  
Mariendorf: August Leip, Chausseestr. 206, Hof.  
Marienfelde: Emil Weiser, Dorfstr. 14.  
Neuenhagen: Gustav Leh, Wollersstraße.  
Nieder-Schöneweide: Gert, Scherstr. 6.  
Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.  
Ober-Schöneweide: Alfred Bader, Wilhelmshofstr. 17 II.  
Pankow-Niederschönhausen: Rikmann, Mühlentw. 30.  
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: F. Gurtz, Kröbingerstr. 56, Laden.  
Rixdorf: H. Heinrich, Redarstr. 2, im Laden; Kofz, Siegliebstraße 28/29.  
Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenkrantz, III-Boxhagen 56.  
Schöneberg: Wilhelm Bäumler, Martin Lutherstr. 69, im Laden.  
Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen: Stöppen, Brechtstr. 64.  
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Bernsdorf und Reinickendorf-West: Paul Rieck, Borsigwalde, Mühlentw. 10.  
Teltow: Wilhelm Bönno, Teltow, Berliner Str. 16.  
Tempelhof: Franz, Berliner Straße 76, Laden.  
Tropfow: Rob. Gramenz, Riechholzstraße 412, Laden.  
Weißensee: F. Buchmann, Sebanstr. 105, parterre.  
Wilmesdorf-Halensee-Schmargendorf: Paul Schubert, Wilhelmshofstr. 10.  
Zeuthen, Miersdorf: Ernst Dilling, Zeuthen, Dorfstr. 15.  
Sämtliche Vertellerratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

## Strasse 22a an der Müllerstraße

heute Daviststraße

habe ich in meinen neu erbauten, elegant ausgestatteten Häusern noch einige

1- und 2-Zimmer-Wohnungen mit Warmwasserversorgung per 1. April billig zu vermieten.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Bach, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

# Zur Einsegnung

## Schwarze Anzüge

Satin-Kammgarn, Diagonal, Cheviot, Corkscrew und Tuch-Geweben

M. 45.- 40.- 36.- 30.- 27.-  
M. 24.- 21.- 18.- 15.- 12.-

## Blaue Anzüge

Cheviot, Kammgarn-Cheviots, Foulés Melton in glatten und schrägen Geweben, schwarzen und vielen blauen Farben

M. 45.- 36.- 30.- 27.- 24.-  
M. 21.- 18.- 15.- 12.- 10.-

## Prüfungs-Anzüge

Moderne Stoffe in großer Farben- und Muster-Auswahl. Schöne Fassons

M. 36.- 30.- 25.- 20.- 15.- 9.-

Sehr preiswert Oberhemden, Kragen, Manschetten, Serviteurs, Hüte, Krawatten, Hosenträger, Handschuhe usw.

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält reizende Beigaben umsonst

# BaerSohn

Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Chausseestraße 29-30 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter Straße 20 11 Schöneberg, Hauptstr. 10

Jedlicher Nachdruck verboten.

Der Haupt-Katalog (Neueste Moden) kostenfrei!

## Stoffe

Damentuche für elegante Kleider, Paletots etc., Str. 2,50, 3,50, 4,50 M.  
Zuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.  
Gertraudenstr. 20-21, vis-a-vis der Petrikirche.

## Ausstellung

„Die Frau in Haus und Beruf“  
Ausstellungshalle am Zoologischen Garten.

Beachten Sie gefl. unsere interessante Ausstellung von

## Singer-Nähmaschinen

und die damit angefertigten Kunststickereien und Näharbeiten für Konfektionszwecke im Obergeschoß der Halle II, Abteilung 103.

Singer Co. Nähmaschinen Act.-Ges.

Berlin, Leipziger Straße 92.

Läden in verschiedenen Stadtteilen.

## Malchower Kautabake

Nur echt, wenn mit Zettelleinlage

Johann Dannehl, Malchow.

Generalvertrieb durch Carl Röcker,

Kat. 3861, Berlin O 27, Grüner Weg 119.

## Immer wieder

Wenn es Ihnen nur ein wenig  
lufft umgöflaw nassian

## Dyloßbrönn-Flößambiner

zu bewahren Sie immer  
unbrennlich

## „Dyloßbrönn“

Die Qualität ist ja voranorgan!

## Ohne jede Anzahlung

# Pianos

erstklassiges Fabrikat (5mal prämiert Staatsmedaille) in allen Holz- und Stilarten von wunderbarer Tonfülle.  
verkauft ich  
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag.  
Für jedes Instrument gewähre ich 30jähr. schriftl. Garantie.  
Berlin, Ansbacher Str. 1  
Conrad Krause Nachf. Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.  
Auch Sonntags geöffnet.

Jeden Wunsch-Konzert bei verstärktem  
Mittwoch: Hackepeter, Große Frankfurter Str. 106. Orchester



Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

In Reichenwalde bei Storkow T. B. ist das Lokal von A. Paschin irrtümlich von der Liste gestrichen worden; dasselbe sieht uns nach wie vor zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Briss-Tudow. Zu der am Montag, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr, in der „Neuen Welt“ stattfindenden Vorstellung „Polnische Wirtschaft“ sind die Billets zum Preise von 50 Pf. abzuholen beim Genossen Emil Günther, Brigg, Bürgerstr. 34. Der Ausschuss.

Bantow. Zu der am Freitag, den 1. März, bei Obersach, zum Ausfischen, Berliner Str. 102, stattfindenden Versammlung, in der Genosse Brandis-Plagdeburg referiert, findet am Donnerstag, den 29. Februar, von den bekannten Stellen aus Flugblattverbreitung statt. Diejenigen Genossen, welche bei der Aufrüstung helfen wollen, treffen sich für den 1. Bezirk bei Meyer, Binzstr. 48, für den 2. Bezirk bei Larsen, Drehmstr. 48. Die Bezirksleitung.

Tegel. Am Sonnabend, den 16. März, abends 8 Uhr, veranstaltet der Bezirkswahlverein in Krapp's Festsaal, Bahnhöfstr. 1, einen Konzertabend, ausgeführt vom Konzertmeister Johann Strauß aus Wien mit seiner Kapelle. Da nur eine bestimmte Zahl von Karten ausgegeben wird und dieselben sehr begehrt sind, empfiehlt es sich, daß die Mitglieder sich frühzeitig mit Karten (à 50 Pf.) versehen. Dieselben sind bei den Bezirksführern zu haben. Der Bildungsausschuss.

Reinickendorf-West. Freitag, den 1. März, von 7 Uhr abends; Flugblattverbreitung von den Hochabendlokals in der am Sonntag, den 3. März, stattfindenden öffentlichen Frauenversammlung. Die Bezirksleitung.

Romamed. Der Bildungsausschuss veranstaltet am Sonntag, den 3. März, im Singsaale, Brickerstr. 31, den 3. Theaterabend des Winterhalbjahres. Zur Aufführung gelangt durch das Märkische Theater unter Leitung von Dr. Emil Meyer (Berlin) „Kabale und Liebe“, Tragödie in fünf Aufzügen von Friedrich Schiller. Aufführung 4 1/2 Uhr, Anfang präzise 5 Uhr. Eintrittspreis für Erwachsene im Vorverkauf 50 Pf., an der Abendkasse 60 Pf., für Kinder über 10 Jahre 30 Pf. Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt. Zum Schluss findet ein Langränzen statt.

Hofen-Reuendorf (Nordbahn). Donnerstag, den 29. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Extrazugabend bei Stöhr, Ruhwaldstraße.

Berliner Nachrichten.

Die Wahl im 2. Landtagswahlbezirk.

Der 2. Landtagswahlbezirk umfaßt den Westen, Nord- und Südwesten und das Zentrum der Stadt. Der Geldsack herrscht hier mehr als anderswo und entzweigt die erwerbstätige Bevölkerung in der schlimmsten Weise. Unsere Genossen kennen die Wirkung dieses elendesten aller Wahlsysteme; sie wissen, daß gerade in diesem Landtagswahlbezirk die arbeitende Bevölkerung von jedem Einfluß ausgeschlossen ist. Nichtsdestoweniger sind unsere Genossen in die Wahl- agitation eingetreten, weil wir jede Gelegenheit benutzen, für unsere Sache zu werben und sei es auch, um zu zeigen, wie rechtlos die breiten Massen des Volkes sind. Zu wählen waren 541 Wahlmänner in 104 Wahlbezirken. Davon entfallen auf die erste Abteilung 184, auf die zweite 178 und auf die dritte wieder 184 Wahlmänner.

Das Resultat der gestrigen Wahl stellen wir der Uebersichtlichkeit wegen dem von 1908 gegenüber.

Es wurden sozialdemokratische Wahlmänner gewählt:

	1908	1912
1. Abteilung	—	1
2. "	14	13
3. "	54	101
	108	115

Die Wahl des Verbanddirektors für Groß-Berlin wurde in einer zu gestern anberaumten Versammlung des Zweckverbandes vollzogen. Während der Berichterstattung des Referenten über die einzelnen Kandidaten wurde die Deffektivität ausgeschlossen. Die Abstimmung wurde öffentlich vollzogen. Beim ersten Wahlgang erhielten von den 101 abgegebenen Stimmen: Oberbürgermeister Voigt-Varnen 33, Kammerer Dr. Steiniger-Berlin 43, Bürgermeister Dr. Reiche 19 Stimmen und eine Stimme der Dr. med. Bernstein-Charlottenburg. Es fand sodann die Stichwahl statt. In dieser erhielt Kammerer Dr. Steiniger 56, Oberbürgermeister Voigt-Varnen 45 Stimmen. Der Kammerer Dr. Steiniger ist also mit 11 Stimmen Mehrheit gewählt. Dieses Resultat ist erzielt worden, weil unter den Berliner Vertretern eine Einigung über den Kandidaten nicht erzielt werden konnte. Durch die Wahl Steinigers hoffen seine Anhänger, daß der Zweckerbund nicht das werden wird, was er sein soll. Steiniger hat bisher als Finanzbewahrer der Stadt Berlin den Daumen auf den Geldbeutel gehalten, wie das ja Aufgabe eines Stadtkammerers ist. Für Erfüllung sozialer Aufgaben hatte der Mann nicht viel übrig. Und als er gar noch vor einigen Jahren davor warnte, den sozialen See nicht zum Ueberlaufen zu bringen, da erklimm er den Höhepunkt seiner sozialen Rückständigkeit. Jemand, welcher schöpferischen Gedanken hat, Steiniger nie entwickelt; Keimlich, krämerhaft war seine gesamte Tätigkeit. Wenn Herr Steiniger von den gleichen Gesichtspunkten seine Aufgabe als Verbandsdirektor aufsaßt, so dürften diejenigen zu ihrem Rechte kommen, die durch die Wahl Steinigers hoffen, daß Ausgaben erheblicher Natur für Verbandszwecke nicht gemacht werden, daß aber auch durch eine solche Politik weder eine großzügige Wohnungs- und Verkehrs politik getrieben, noch eine im umfassenden Maße der Großstadt angemessene Hygiene eingeleitet wird. Der Grundbesitz hatte gleichfalls an der Wahl Steinigers ein besonderes Interesse und es ist daher verständlich, daß die Gruppe Haberland die Sache „so fein geschoben hat“.

Der Stadthaushaushalt für das Jahr 1912

Ist jetzt in dem vom Magistrat aufgestellten Entwurf den Stadtverordneten zugänglich. Er schließt, wie schon gemeldet, in Einnahme und Ausgabe mit rund 330 Mill. Mark ab, mit 20 Mill. Mark mehr als der Etat für 1911 nach der von den Stadtverordneten beschlossenen Festsetzung. Wieder muß für 1912 der Magistrat, um das Gleichgewicht zwischen den von ihm keineswegs reichlich bemessenen Ausgaben und den zu ihrer Deckung erforderlichen Einnahmen herzustellen zu können, für die als wichtigste Einnahmequelle dienenden drei Hauptsteuerarten die erhöhten Sätze fordern, für die Einkommensteuer 110 Proz., für

die Gewerbesteuer 165 Proz., für die Grundsteuer 165 Proz. Bei der Gewerbe- und der Grundsteuer blieb der Stadtverordnetenversammlung schon im Jahre 1911 nur übrig, der vom Magistrat beantragten Festsetzung mit 165 Proz. zuzustimmen. Bei der Einkommensteuer aber behielt sie, entgegen dem Verlangen des Magistrats, noch die bisherigen 100 Proz. bei, und mit Hilfe von allerlei Ausgabeherabsetzungen und auf dem Papier stehenden Einnahmesteigerungen sowie unter jeder Verwendung der noch gar nicht zustande gekommenen Luftbarkeitssteuer brachte dann die freisinnige Mehrheit noch einmal das Kunststück der Balanzierung des Etats fertig. Für das Etatsjahr 1912 wird in dem Etatentwurf veranschlagt: Der Ertrag der Gewerbesteuer bei 165 Proz. auf 14 632 000 M., um nur 33 000 M. mehr als für das Vorjahr, der Ertrag der Grundsteuer bei 165 Proz. auf 26 400 000 M., wie im Vorjahr, der Ertrag der Einkommensteuer bei 110 Proz. auf 46 860 000 M., um 4 860 000 M. mehr als für das Vorjahr bei 100. Wenn wieder der Versuch gemacht werden soll, noch einmal die Einkommensteuer auf 100 Prozent zu belassen, so wäre bei Beibehaltung des vom Magistrat aufgestellten Vorschlages ihr Ertrag mit nur 42 600 000 M. in den Etat einzufügen, das wäre nur 600 000 M. als der für 1911 eingefetzte Ertrag. Wir sind neugierig, wie der Stadtschreiber diesmal das Loch — den Abgang von 4 260 000 Mark Einkommensteuer bei nur 100 Proz. statt bei 110 Proz. — wird zu stopfen wollen.

Konservativer Bettel.

Die Konservativen im 6. Kreise wollen nächsten ihr Stiftungsfest feiern. Ihren eigenen Geldbeutel wollen aber die konservativen Herren schonen; sie wollen aber trotzdem den Besuchern etwas bieten und außerdem recht viel Geld für ihre politischen Zwecke herauschlagen. Das kann aber nur geschehen, wenn der Betteltag geordnet geschwungen wird. Und so sind die Leute auf die Idee gekommen, Geschäftsleute anzuschreiben. Das tun sie in folgendem Zirkular:

„Konservativer Kreisverband im 6. Berliner Reichstagswahlkreise. Berlin, den 7. Februar 1912.

Herrn .....

Sehr geehrte Herren!

Wie schon in den letzten 3 Jahren, feiert der konservative Kreisverband im 6. Berliner Reichstagswahlkreise auch in diesem Jahre wiederum in der ersten Märzwoche ein großes Winterfest in den gesamten Räumen des „Erfsten Berliner Arbeitervereins“ in der Schausseestraße 94. Ueber unser vorjähriges Winterfest schreibt die „Arbeitszeitung“ in ihrer Nummer vom 7. März 1911:

„Das Fest, für das der große Festsaal und die Nebenräume des „Arbeitervereins“ glänzend geschmückt waren, hatte weit über 1000 Gäste angelockt. Diese Tatsache bewies, daß die Feste, die die Konservativen im toten 6. Reichstagswahlkreise jährlich zu feiern pflegen, als ein gesellschaftlicher Mittelpunkt der in Berlin politisch rechtshabenden Kreise bezeichnet werden können. Eine sehr reichliche von den ersten Geschäften Berlins beschickte Tombola, Selt- und andere Buden, die ebenfalls Spenden der ersten Häuser darboten, sorgten für die nötige Stimmung.“

Es liegt uns nun daran, auch unser diesjähriges Fest wieder in der denkbar glänzendsten Weise zu begehen, um den Zusammenhalt der Gesinnungsfreunde zu bewahren und so eine Stammannschaft zu erhalten, die bei politisch besseren Zeiten auch wieder einmal die nationale Fahne über der Reichshauptstadt gegenüber der Sozialdemokratie zu entfalten vermag.

Wir wenden uns auch in diesem Jahre wieder vertrauensvoll an Sie als den Inhaber eines alternativen und angesehenen bürgerlichen Geschäftes mit der höflichen Bitte, uns dazu beihilflich sein zu wollen, einen recht großen Ueberfluß für unsere politischen Zwecke zu erzielen. Wir würden für die Spende von Gegenständen zur Tombola und zur Ausstattung der Buden herzlich dankbar sein.

Freundliche Gaben nimmt wiederum nur unser Schriftführer, Herr Landgerichtsekretär Ruffah, Preusslauer Allee 45, entgegen, welcher auch jederzeit gern bereit ist, uns zugesagte Spenden mit Dank abholen zu lassen.

Mit deutschem Gruß

Der Kassenschluss. Im Auftrage:

Reich, Rechtsanwalt, Alt Moabit 138, Vorsitzender; Ruffah, Landgerichtsekretär, Preusslauer Allee 45, Schriftführer; Amberg, Kaufmann; Gajewski, Direktor; Quif, Provinzialschulsekretär; Schmidt, Geh. Rechn. Rat; R. Tschepel, Rentier.

Nicht uninteressant ist die in dem Zirkular enthaltene Bemerkung, daß man mit Hilfe der Spende ein glänzendes Fest begehen will, „um den Zusammenhalt der Gesinnungsfreunde zu bewahren und so eine Stammannschaft zu erhalten, die bei politisch besseren Zeiten auch wieder einmal die nationale Fahne über der Reichshauptstadt gegenüber der Sozialdemokratie zu entfalten vermag“. Es klingt nicht gerade sehr hoffnungsfreudig, wenn erst zur Erzeugung dieser Stimmung um Spenden gebittelt werden muß. Nebenwärtig wollen sich die Konservativen die Zeit nicht lang werden lassen, ehe für Berlin, besonders im 6. Wahlkreise, die von ihnen erhofften „besseren Zeiten“ andrehen.

Mit dem Kopf durch die Scheibe ging ein Selbstmörder, der in der vergangenen Nacht auf dem Grundstück Colonnenstraße 13 zum Fenster hinaussprang. Der 41 Jahre alte Maurer Karl Köppen war zuerkant und kam in der vergangenen Nacht erst um 12 Uhr nach Hause. Raum hatte er sich hingelegt, da begann er sich zu regen und verließ die Wohnung unter dem Vorwande, daß er austreten müsse. Heimlich stieg er vom dritten Stock nach dem Bodenkeller im vierten Stock hinauf und sprang mit dem Kopf durch die Scheibe auf den Hof hinauf. Hier blieb er mit gebrochenem Schädel und schweren inneren Verletzungen tot liegen. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Robert Flatow. Wieder hat der Tod einen jener Alten dahingerafft, die ihr ganzes Leben der Partei gewidmet haben. Robert Flatow ist am Montag an den Folgen einer Infuenza gestorben. 67 Jahre ist Genosse Flatow alt geworden. Und so lange die wenigen alten Genossen in Berlin sich erinnern können, stand Flatow in den Reihen der Sozialdemokratie. Schon lange vor dem Sozialistengesetz war Flatow Sozialdemokrat. Und als das Schandgesetz im Jahre 1878 gegen unsere Partei erlassen wurde, da war es gerade Robert Flatow, der mutig und unerschrocken die rote Fahne hochhielt. Allen Verfolgungen zum Trotz leistete Flatow der Partei große Dienste. Von Verurteilung Kaufmann, stellte er sich zur Verfügung, um die von der Polizei verbotene sozialdemokratische Literatur nach Berlin ungeschädelt kommen zu lassen. Manches Palet des „Arbeiter“, „Sozialdemokrat“ ist an den Kaufmann Flatow unter der Pseudonym „Leinwand“ geliefert worden, um von ihm aus an andere Adressaten weiter befördert zu werden. Und manches Schnippen hat er den Schnäffelsbesuchern der Polizei geschlagen.

Dabei war Flatow auch ein hilfsbereiter Mensch. In der schweren Zeit der Verfolgungen, die viel Not und Elend unter die geächteten Genossen brachte, hat Flatow so manchen Gehegten auch materiell geholfen und manches Elend gelindert. Die Genossen im 4. Kreise stellen Robert Flatow Ende der 80er Jahre als Kandidaten zur Stadtverordnetenversammlung auf.

In den letzten Jahren hatte Flatow die paar alten Genossen aus der Bewegung unter dem Ausnahmegesetz um sich versammelt, um an den Winterabenden alte Erinnerungen auszutauschen. Und wenn so ein Veteran für immer von uns ging, so war er sofort dabei, uns die nicht angenehme Aufgabe, einen Nachruf zu schreiben, mit Daten aus dem Leben des verstorbenen Parteifreundes zu versehen.

Nun hat auch er die Augen geschlossen. Ein braver, treuer Kamerad, der bis zum letzten Atemzuge der Partei gehörte. Alle, die den Verstorbenen kannten, vor allem die Genossen im vierten Wahlkreise, werden dem alten Flatow ein gutes Andenken bewahren.

Wie wir hören, hat Flatow bestimmt, eingesichert zu werden. Die Einäscherung soll in Dresden erfolgen.

Wer ist die Tote? Aus dem Landwehkanal wurde gestern nachmittags um 3 Uhr vor dem Hause Charlottenburger Ufer 68 die Leiche einer Frauenperson gelandet, deren Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte. Die Tote ist ungefähr 18 bis 20 Jahre alt und 1,60 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und trug einen blauen Rock, eine schwarz und weiß gestreifte Bluse, schwarze Strümpfe und schwarze Schnallenschuhe. Die Leiche wurde nach der Halle in Charlottenburg gebracht.

Das erste Frühlingsgewitter ging gestern nachmittags vor 8 Uhr im Südosten Berlins nieder. Nachdem es gegen 1 Uhr im Westen etwas geegelt hatte, trat ein plötzlicher Niederschlag ein. Zwei Stunden später entlud sich dann von Norden herkommend, unter erbitterten Regenercheinungen ein regelrechtes Gewitter, das eine Viertelstunde lang anhielt. Die Entladungen waren in der Gegend des Müggelsees zum Teil ziemlich stark. Dort war der Regen, der sich im Laufe des Nachmittags noch mehrmals wiederholte und von einem heftigen aus Südwesten kommenden Sturmwind begleitet war, sogar mit Hagelkörnern vermischt.

Das Opfer einer Leuchtgasvergiftung wurde Montag abend die 20 Jahre alte Hefeurfrau Emma Israel, geborene Blankenfeld, aus der Schwedter Straße 77, mit ihrem 6 Monate alten Töchterchen Charlotte. Die junge Frau, die Tochter eines Handwerksmeisters aus Verneuchen, war mit ihrem 15 Jahre alten Manne Otto Israel seit 1 1/2 Jahren verheiratet. Wie alle Hausgenossen befanden, lebte das Paar in besserer Eintracht und in auskömmlichen Verhältnissen, weil der Mann stets lobende Arbeit hatte. Montag abend war Israel bei seinen Eltern in der Jochenstraße, um ihnen bei einigen Hausarbeiten zu helfen. Als er gegen Mitternacht heimkehrte, fand er sein ganzes Familienglück jäh vernichtet. In der mit Gas angefüllten Stube der im zweiten Stock gelegenen Wohnung lag seine junge Frau in den Kleidern auf dem Fußboden und das Kind im Hemd und Unterrock im Bett. Beide waren tot. Der verzweifelte Mann schlug Ärm, und Hausgenossen, bei denen das junge Paar in bestem Ansehen stand, eilten, einen Arzt zu holen. Dieser aber konnte nicht mehr helfen. Er konnte nur noch feststellen, daß Mutter und Kind wohl schon fünf Stunden tot waren. Der Befund ergab, daß der Hahn der Gasampel aufgedreht war. Nach der ganzen Lage muß angenommen werden, daß irgendein Zufall oder vielleicht auch eine Unvorsichtigkeit das Unglück verschuldet hat. Die beiden Leichen wurden von der Revierpolizei beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Ausnahmen von der Vorschrift des § 139c der Gewerbeordnung über Mindestruhezeit und Mittagspause der Angestellten für das Jahr 1912. Auf Grund des § 139d Ziffer 3 der Gewerbeordnung sowie unter Bezugnahme auf Ziffer V der landespolizeilichen Anordnung vom 10. Oktober 1908, betreffend den Auktions-Laden-schluss, hat der Polizeipräsident nach Anhörung der Gemeindebehörde und von Vertretern der beteiligten Geschäftsinhaber und Angestellten für den Ostpolizeibezirk Berlin die Bestimmungen des § 139c der Gewerbeordnung über die den Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in offenen Verkaufsstellen und den dazu gehörigen Schreibstuben (Kantinen) und Lageräumen zu gewährenden Mindestruhezeit und Mittagspause für folgende Tage des Jahres 1912 außer Anwendung gesetzt: 1. Bei den Blumenhandlungen für den 4. April, 19., 21., 22. und 23. November, 24., 30. und 31. Dezember 1912. 2. Bei den Spielwarenhandlungen für den 3. bis 7., 9. bis 14., 16. bis 21. und 23. Dezember 1912. 3. Bei den Buchhandlungen für den 9. bis 14., 16. bis 21. und 23. Dezember 1912. 4. Bei allen übrigen offenen Verkaufsstellen für den 6. April (Sonnabend vor Ostern), 25. Mai (Sonnabend vor Pfingsten), 16. bis 21. und 23. Dezember. Ausnahmezeitung mit Ausnahme-Laden-schluss. Unter Bezugnahme auf oben erwähnte landespolizeiliche Anordnung über den Auktions-Laden-schluss in der Fassung des Nachtrags vom 20. Januar 1910 wird hiermit für den Ostpolizeibezirk Berlin bestimmt, daß im Jahre 1912 alle offenen Verkaufsstellen am 16. bis 20. und 23. Dezember für den geschäftlichen Verkehr bis 9 Uhr abends geöffnet sein dürfen. Bei der für alle Sonnabende bereits nach Nr. 1 der Auktions-Laden-schluss-Anordnung bestehenden Ausnahme (Ausnahme-Laden-schluss) behält es sein Bestehen.

Ein Unfall ereignete sich gestern früh 8 Uhr in der A. G.-B. in der Brunnenstraße. In der Abteilung Kleinmotorenfabrik sind seit einiger Zeit weibliche Arbeitskräfte auch in der Stanzerei beschäftigt. Diese Arbeit ist aber für weibliches Personal nicht geeignet, weil der beim Stanzern erzeugte Abfall von Blech den vor der Stanze stehenden weiblichen Personen auf die Kleider fällt und sich mit der Zeit so anhäuft, daß die Handhabung des Hebels sehr beeinträchtigt wird. So kam es, daß, als gestern morgen die Arbeiterin Anna Nöhl an der Stange beschäftigt war, sie sich die linke Hand durchschießlich weglassen. Die Bedauernswerte wurde sofort nach dem Lazaruskonfessionshaus gebracht. Und wird berichtet, daß die Arbeiter dieser Abteilung die Vorgelegten wiederholt auf diese Gefahren aufmerksam gemacht hätten, leider aber ohne Erfolg.

Ein Opfer des Straßenverkehrs wurde Montag nachmittags der 8 Jahre alte Sohn Ray des Schuhmachersmeisters Emil Köppen aus der Löwestraße 30. Der Knabe begleitete einen Schlafwägen seines Vaters, der mit einem Handwagen aus der Adenicker Straße Dreiter holte. Als er, neben dem beladenen Wagen hergehend, auf dem Rückwege über die Schillingsbrücke kam, wurde er von einem Omnibus der Linie 13 umgestoßen und kam so unglücklich zu liegen, daß ein Hinterrad über ihn hinwegging und ihm die Brust einbrückte. Der Unglückliche wurde nach der Hofstraße in der Mariannenstraße gebracht, war aber schon tot, als man dort mit ihm ankam. Wen die Schuld trifft, läßt sich bei dem sehr regen Verkehr, der um die Hofstraße, gegen 6 Uhr abends, auf der Brücke herrscht, nicht leicht sagen.

Reugen gesucht. Passanten, welche gesehen haben, wie am Sonntag, den 18. Februar, nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr, vor den Häusern Birkenstr. 45 und 46 (Ecke Wilhelmshagenener Straße) ein Herr verunglückte, so daß derselbe nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte, werden gebeten, ihre Adressen bei Wob, Berlin-berger Straße 46, abzugeben.



Seinen Wochenlohn verloren hat am Sonnabendabend 1/7 Uhr ein Arbeiter auf dem Bahnhof Nordstraße. Das Geld befand sich in einem schwarzen Portemonnaie, das auch noch eine Wochenkarte auf Groß-Dichterfelde-Ost lautend enthielt. Der Finder des Geldes wird gebeten, Mitteilung an Paul Dehnst, Lantwieg, Sechsligstr. 12, gelangen zu lassen.

Verloren wurde am Sonnabend, den 24. d. M., im Neuen Volks-Theater, Köpenicker Str. 98, ein Damen-Portemonnaie mit Geldinhalt, einer Wertmarke und einem Sicherheitschlüssel. Abzugeben bei Wallstraße, Stettiner Str. 10, v. 3 Fr.

## Vorort-Nachrichten.

### Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zunächst wurden die zurückgestellten Petitionen verhandelt und ganz besonders die des Landmessers Schmidt, der vor ungefähr drei Jahren angeblich zu Unrecht entlassen sein soll und der seitdem in Petitionen um seine Wiedereinstellung erucht. Der Referent Michaelis (Lib. Fraktion) betonte, daß eine Zeilung dem Petenten ein günstiger Wind geweht habe, der jedoch scheinbar wieder umgeschlagen sei, sonst hätte man ihn schon eingestellt. Jetzt sei Schmidt derartig müde gemacht, daß er selbst mit einer Dosiszufrieden wäre. In der Diskussion traten die Genossen Obst und Bernstein für die Wiedereinstellung des Petenten ein, während Oberbürgermeister Dominikus erklärte, daß der Magistrat nicht gewillt sei, Schmidt wieder in städtische Dienste zu nehmen, es soll versucht werden, im Privatdienst für den Betreffenden etwas zu tun. Die Petition soll zur Erörterung überwiesen werden. Die Schöneberger Marktstandinhaber petitionierten um Aufhebung der städtischen Fischhalle. Der Ausschuss empfahl Ablehnung. Gottheiner (fortschrittlich-lib. Fraktion) meinte, die städtische Fischhalle sei weiter nichts als eine Verkaufsstelle der Hochseefischerei, aber keine soziale Einrichtung. Außer Fischen wurden dort auch Wädlinge und Heringe verkauft und das bedeute eine Konkurrenz der Standinhaber. — Stadtrat Bergmann hält diese Einrichtung, die in städtischer Regie betrieben wird, wohl für eine soziale Einrichtung, die sich bis jetzt gut bewährt habe; wenn die Arbeiterkreise sich so wenig darum bekümmern, dann sei es deren eigenes Verschulden. Der Ausschussantrag wurde angenommen.

Die Händler mit Posamenten und Kurzwaren petitionierten, ihnen den Handel auf den Märkten weiter zu gestatten. Genosse Peterson berichtete, daß der Polizeipräsident verlangt, daß dieser Handel vom Markt verschwindet, da derselbe den Verkehr hindere. Dieses Ansinnen der Polizei müsse streng zurückgewiesen werden, denn der Handel mit Posamentenwaren sei für den Markt ein Bedürfnis und hindere den Verkehr nicht im geringsten. Es wird daher beantragt, der Magistrat möge Schritte einleiten, um den Händlern das Verbleiben auf dem Markt weiter zu gestatten. Stadtrat Bartel versprach den Versuch zu machen, diese polizeiliche Verfügung rückgängig zu machen. — Genosse Bernstein hält die Verfügung für eine Härte, die an den beschränkten Untertanendenzstand gerichtet sei und ganz energisch zurückgewiesen werden müsse. Es sei bedauerlich, daß keine Instanz vorhanden sei, die den Polizeipräsidenten rekrifiziert. Dem Antrage des Petitionsausschusses wurde zugestimmt.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte vor einiger Zeit beantragt, die Verwendung von Weiswag bei Malerarbeiten auszufließen. Die Hochbaudeputation hat nunmehr Gutachten von einigen größeren Malerfirmen eingefordert. Einen Ersatz für Weiswag gibt es nicht und nur für Innenflächen könnte beim Anstrich in gedeckten Räumen vielleicht Zinkweiß, Titaphon oder Diamantweiß als Ersatz verwendet werden, bei Außenflächen bewährt sich nur Weiswag. Die Hochbaudeputation hat trotzdem beschlossen in den Verträgen mit Unternehmern festzusetzen, bei Ausführungen von Malerarbeiten die Verwendung von Weiswag zu verbieten. Nach zwei Jahren soll nochmals geprüft werden, ob der Beschluß zu langtraglichen geführt habe. Genosse Ragnan meinte, der Schutz der Arbeiter sei das Wichtigste und da müsse sofort geholfen und nicht erst die Erfahrungen anderer Gemeinden abgewartet werden. Stadtrat Rabnow betonte, daß Weiswagfarben vermieden werden müßten, insbesondere sei auf Reinlichkeit zu achten. Genosse Hoffmann bemängelte es, daß gerade während der Beratung dieses Punktes die große Mehrzahl der bürgerlichen Stadtverordneten durch Privatgespräche und durch die dadurch hervorgerufene Unruhe die Verhandlung störten. Zur Sache selbst bemerkt Redner, daß die Gelegenheit zum Reinigen nicht immer vorhanden wäre, auch bräute es das Akkordsystem mit sich, daß verschiedene Unterliebe. — Der Vorsteher Graf v. Ratuschka wies den Vorwurf, daß die Mehrheit der Vertreter mangelhaftes Interesse bei der Verhandlung zeigt, entschieden zurück. — Genosse Müller hielt den von Hoffmann erhobenen Vorwurf gegen die Versammlungsführer für durchaus berechtigt und meinte weiter, daß die Reinlichkeit wohl viel beitrage, dagegen sei das schlimmste Übel das Einatmen der Giftdämpfe; darum müßten alle giftigen Farben ausgeschlossen werden. Ferner wurde dem zweiten Ausbau des Pumpwerks zugestimmt. Nunmehr gelangten der Etat der Desinfektionsanstalt, Wohlfahrtspflege, Volkshochschule, Volkshänderei, Arbeitsamt, Unterrichtsausschuss, Rechtsanwaltschaft, Stiftungen, Freibad, Volkshochschulungsabende, Gärtnerei, Grundstücks-, Armen-, Beleuchtungsämter und Untergrundbahn zur Besprechung. Stadtverordneter Jöbel (Lib.) wies hierbei die von dem konservativen Landtagsabgeordneten Hammer im Landtage erhobene Anschuldigung, in Schöneberg stünde an der Spitze des Arbeitsamtes ein Sozialdemokrat, als unwahre Behauptung zurück. Wichtig sei nur, daß der frühere sozialdemokratische Stadtverordnete Däumig als Arbeitslosenvermittler mit vierwöchentlicher Kündigung eingestellt sei. Dem schloß sich auch Genosse Bernstein an. Gegen die Erklärung des Ministers, daß, wenn die Behauptung zu Recht bestände, der Stadt Schöneberg dann kein Staatszuschuß gewährt werden dürfe, mußte unter allen Umständen Verwahrung eingelegt werden. Nicht auf die Gestattung, sondern auf die Befähigung komme es an. Damit wurden die Einzelrats in zweiter Lesung ein bloc angenommen.

Hierauf wurde der Bericht des Ausschusses über Verpachtung der städtischen Ländereien entgegengenommen. Genosse Hoffmann als Referent berichtete, daß der frühere Stadtverordnete Schellack Generalpächter der Ländereien war und daß über die Neuverpachtung anderweitige Bestimmungen getroffen werden sollten. Es sei die Absicht vorhanden gewesen, ein Komitee zu bilden unter dem Vorsitz des Stadtrats Rabnow, das von der Stadt Land pachtet und zu wohlthätigen Zwecken weiterverpachtet. Nunmehr habe sich das Komitee gebildet. Dabei besteht die Befürchtung, daß die organisierte Arbeiterschaft ausgeschlossen werden soll. Der Ausschuss empfahl daher, Ländereien, die von der Stadt verpachtet werden, in eigene Regie zu verpacken und nicht an Generalpächter, die sich von den Unterpächtern nach Belieben Pacht zahlen lassen. Stadtrat Rabnow erklärte, daß sich ein Komitee namhafter Männer gebildet habe und bereit sei, zum Selbstkostenpreise auch unentgeltlich an die Leute abzugeben, die der Fürsorgestelle unterstehen. Der Vertrag ist mit der Grundeigentumsdeputation geschlossen und rechtskräftig. Keine (Lib.) wünschte, daß dieses Komitee aus den verschiedenen Fraktionen besetzt sein müßte, damit alle mitarbeiten könnten. — Müller (Soz.) ist der Ansicht, daß die jetzige Zusammenfassung des Komitees keine Garantien biete und daß eine partielle Befreiung nur das Nichtigste sein könnte. Die organisierte Arbeiterschaft müsse ebenfalls vertreten sein. — Runnke wurde der Antrag, die Angelegenheit an den Ausschuss zurückzuverweisen, angenommen. Hierauf folgte eine geheime Sitzung.

### Wilmerdorf-Salensee.

Terraingesellschaft und Kirchengemeinde. Der bemerkenswerte Fall, daß eine Stadtgemeinde auch bei einem Kirchenbau auf ihre Kosten kommt, hat sich in Wilmerdorf ereignet. Hier besitzt die Terraingesellschaft Berlin-Südwest südlich der Ringbahn

ein großes, zum wesentlichen noch unbebautes Gelände. Wofür scheinlich um einem religiösen Drange zu genügen, hat die Gesellschaft von ihrem Terrain der katholischen Kirchengemeinde zu Steglitz, zu der in kirchlicher Hinsicht auch der südliche Teil von Wilmerdorf gehört, kostenfrei ein Grundstück überantwortet, damit darauf eine Kirche erbaut werde. In diese fromme Handlung hatte die Stadtgemeinde Wilmerdorf mit profaner Hand eingegriffen und zwar zum wesentlichen, weil die Angelegenheit mit einer Veränderung des städtischen Bebauungsplans verknüpft war. Ursprünglich war hier in der Weglarer Straße nur ein einfacher Strahenzug vorgesehen, der durch die Erhebung zu einem freien Platz erweitert wird. Dafür, daß die Stadt auf dem Plage Biersträucher pflanzt, hat die Kirchengemeinde 3000 Mark zu zahlen; weiter entrichtet sie dafür, daß durch die Erweiterung des Strahenzuges zu einem Plage erhöhte Beleuchtungskosten entstehen, 1500 Mark als Abfindung. Den Bürgersteig um die Kirche hat die Kirchengemeinde auf ihre Kosten anzulegen und zu unterhalten; weiter haftet sie für alle Kosten, die nach Befinden der Stadt etwa infolge einer aus Anlaß des Baues notwendig gewordenen Verlegung der Kanalisationsröhren entstehen könnten. Auch sichert die Stadt sich auf die künstlerische Ausgestaltung des Kirchenbaues wie der anderen Gebäude in dessen Umgebung den nötigen Einfluß. Gen. Schröder hatte der Stadtverordnetenversammlung die Angelegenheit als Verichterichter vorzutragen. Er sprach den Wunsch aus, daß die Terraingesellschaft, die hier an einer Kirchengemeinde überaus freigiebig handle, auch der Stadtgemeinde entgegenkommen möge, wenn diese etwa einmal in die Lage käme, an die Gesellschaft mit Forderungen heranzutreten.

Hausbesitzer und Wochenmärkte. In einer besonderen Vorlage hatte der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung empfohlen, die Gebührenordnung für die Erhebung von Standgeld auf den Wochenmärkten aus formalen Gründen zu ändern. Der alte Tarif datiert von dem Jahre 1889; und das bisher erhobene Standgeld ist vom Magistrat auch in der neuen Ordnung angeführt worden. Es sind danach für jedes Quadratmeter markttaglich 10 Pf. für Stände der Händler mit lebenden Fischen hingegen 12 Pf. zu zahlen. Die Beibehaltung der bisherigen Sätze war vor allem dem auf Leitung des Mittelstandes bedachten Stadtverordneten Lehmann nicht recht. Zugunsten der leichten Händler und der Hausbesitzer verlangte er, daß die Gebührensätze verdoppelt werden sollten; auch war sein Wunsch, daß die Stadt einem Generalpächter die Wochenmärkte zur Ausnutzung überlassen möge. Im seinen Forderungen Nachdruck zu geben, wies der Herr darauf hin, daß der Gebührensatz von 20 Pf. in Schöneberg erhoben wird, wohingegen Charlottenburg die Verpachtung der Märkte eingeführt hat. In einem Ausschuss, dem man die Angelegenheit überwiesen hatte, gelang es, die Mehrheit für die Beibehaltung der Magistratsvorlage zu bestimmen, und auch das Plenum der Stadtverordnetenversammlung stimmte in der letzten Sitzung gegen eine erhebliche Minderheit der Vorlage zu. Zu ihren Gunsten war besonders von sozialdemokratischer Seite hervorgehoben worden, daß die Stadt sich bei der Regie bestimmt besser stellen werde als bei einer Verpachtung, daß aber eine Erhöhung der Standgelder in der gegenwärtigen Zeit der Lebensmittelerhöhung einen schlimmen Eindruck machen und den Ruf der Stadt beträchtlich schädigen werde.

### Tempelhof.

Eine erfreuliche Entwicklung der Organisation zeigt der Bericht, der in der letzten Generalversammlung des Wahlvereins gegeben wurde. Danach stieg die Mitgliederzahl im letzten Halbjahr von 400 auf 515, darunter befinden sich 56 weibliche Mitglieder. Die Abonnementzahl des „Vorwärts“ stieg in der Berichtszeit von 483 auf 678. Der Kassenertrag weist eine Einnahme von 559,95 Mark und eine Ausgabe von 520,53 Mark auf. An den Kreis abgeliefert wurden 873,90 Mark. Als Delegierte zur Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Ewald, Niehn und Jürgang, zur Verbandversammlung von Groß-Berlin die Genossen Ewald, Schmidt und Raumann gewählt. In die Landtagskommission wählte die Versammlung die Genossen Diemert, Grabert, Arnold, Jürgang, Bittlinger, Schäfer, Schmidt und Jache. Als Vertreter zur Gemeindevahl sollen die Genossen Ewald und Niehn kandidieren.

### Groß-Dichterfelde.

In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung beschäftigte hauptsächlich der Rechnungsabschluss über das Rieselgut Werden pro 1910 die Versammlung. Das Ergebnis des Abchlusses ist ein verhältnismäßig ungünstiges; der Zuschuß, den die Gemeinde zu leisten hat, beträgt 8546 Mark. Verschiedene Redner führten die Ursache dieses ungünstigen Resultats auf die neue, aber ungewöhnliche Bewirtschaftung zurück, was jedoch vom Gemeindevorstand als unzutreffend bezeichnet wurde. Gemeindevorsteher Jaeger glaubte auch diesmal wieder mit dem Vortrage der Verpachtung des Gutes der Wäse für die Zukunft aus dem Wege gehen zu können, während Gemeindevorsteher Schulz mit Recht eine solche Verpachtung als nicht im Interesse der Gemeinde liegend erachtete. Nach einer fast endlosen Diskussion wurde die Jahresrechnung genehmigt. Im Etat pro 1912/13 glänzt wieder eine Summe von nahezu einer halben Million Mark, die die Herren Grundbesitzer an die Gemeinde für Pflasterungen schulden, die sie aber weder bezahlen noch verzinsen. Von den sozialdemokratischen Kandidaten wurde bei jeder Gelegenheit in Versammlungen und Flugblättern auf diese Mißstände hingewiesen und kategorisch verlangt, daß endlich diese im Interesse der Grundbesitzer bestehende Mißwirtschaft beseitigt werde. Jetzt ist selbst einem Gemeindevorsteher die Weisheit zu blut geworden, er verlangte, daß gegen jene Eigentümer, welche die Gemeinde in einer solchen Weise ausnützen, vorgegangen werden solle. Aber er kam schlecht an. Es fand sich in der ganzen Gemeindevertretung nicht einer, der ihm zustimmte oder sich über die Sache überhaupt äußerte. Beschlossen wurde die Aufnahme eines vorübergehenden Darlehens von 300 000 Mark bei der Kreisparasse. — Eine Reihe von Einprüchen gegen die Gemeindevorsteherliste wurden als berechtigt anerkannt und die Aufnahme der Weiskerndorf in die Liste beschlossen. Es handelt sich in den meisten Fällen um Chambregarnisten, die wegen Unselbstständigkeit nicht eingetragen waren. Zum Schluß wurde der dringliche Antrag eingebracht und angenommen, schleunigst in einer Petition an die Regierung die Verleihung der Stadtrechte zu verlangen.

### Waldau-Hoherlehme.

Der Voranschlag der Gemeinde, der der letzten Gemeindevertretung vorlag, schließt in Einnahme und Ausgabe für das Rechnungsjahr 1912 mit 155 000 Mark gegen 176 500 Mark im Vorjahre ab. Die Einnahmen setzen sich in den Hauptkapiteln wie folgt zusammen: Gebäudefiskus 10 000 Mark (12 500 Mark), Badeanstalt 870 Mark, Gemeindesteuern: a) direkte 109 400 Mark (115 075 Mark), b) indirekte 775 Mark (6882 Mark), Schulverwaltung 9514 Mark (6863 Mark), Befand aus dem Jahre 1911 18 000 Mark (20 000 Mark). Die Ausgaben belaufen sich unter anderem für die Gemeindeverwaltung auf 11 857,50 Mark (11 212,50 Mark), Kosten für Amts- und Standesamtsverwaltung 7000 Mark (6388,80 Mark), Begeben und Unterhaltung 5690 Mark (6250 Mark), Unterhaltung der Volkshochschule, Fortbildungsschule und Volksbibliothek 60 171,58 Mark (50 230,24 Mark), Vergütung und Tilgung der Gemeindeforderungen 9918,69 Mark (16 694,91 Mark), Armenverwaltung 2150 Mark (1750 Mark), Kreissteuern 27 059,14 Mark (28 500 Mark), Badeanstalt 950 Mark (im Vorjahre neuerbaut 14 000 Mark), für geliefertes Gas von Königs- u. Wusterhausen 14 040 Mark, insgesamt und zur Abrundung 14 079 Mark (14 454 Mark). Zur Deckung werden erhoben als Zuschläge: zur Einkommensteuer 100 Proz., Gewerbesteuer 200 Proz., Grund- und Gebäudesteuer 2 pro Tausend, Betriebssteuer 100 Proz. Für die in Aussicht genommene Pflasterung der 2020 Meter langen, durch den Ortsteil Waldau führenden Chaussee ist im diesjährigen Etat nichts eingelegt, es sollen die hierfür nötig werdenden Ausgaben durch eine besondere Anleihe gedeckt werden. — Zu Punkt 2 waren einige Einprüchen gegen die Wichtigkeit der Gemeindevorsteherliste eingegangen. Auf Antrag des Genossen Zänger wurden dieselben als berechtigt anerkannt. Der mit dem Kreise abzustellende Vertrag zwecks Uebernahme der durch Waldau führenden Chaussee wurde nochmals durch

Beraten und dem Gemeindevorsteher aufgegeben, die Erledigung dieser Sache etwas zu beschleunigen. Ferner wurde ein Ortstatut betreffend die Entschädigung für Hilfeleistung bei Bränden angenommen. Der Landrat soll außerdem erucht werden, die am Orte bestehende Freiwillige Feuerwehr der Firma Schwarzkopff als den polizeilichen Vorschriften genügend anzuerkennen; es braucht dann die am Orte bestehende Pflichtfeuerwehr bei Bränden nach außerhalb nicht mehr auszurufen. Hierauf teilte der Gemeindevorsteher mit, daß die im Ortsteil Hoherlehme befindliche Schule auf Veranlassung der Ortsschulinspektion von einer Halbtagsschule in eine Ganztagschule umgewandelt werden soll. Die Vertretung ist sich darüber einig, daß diese Schule den kulturellen sowie hygienischen Ansprüchen in keiner Weise entspricht und trägt sich damit für diesen Ortsteil eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Schule zu erbauen; bis zur Vollendung derselben sollen die Kinder möglichst der siebenklassigen ausgebauten Schule in Waldau zugeführt werden.

### Notwales.

Die Gemeindegärtnerei in der Goethestraße konnte laut dem von der Gemeinde gegebenen Verwaltungsbericht für das Jahr 1910/11 auch in diesem Berichtsjahr aus eigenen Einnahmen unterhalten werden. Sie dient in der Hauptsache der Anzucht von Blumen und Pflanzen für die an Zahl sich ständig mehrenden öffentlichen Anlagen und Plätze, für die Grabhügel und Anlagen der Friedhöfe, für den Schulgarten und für die Schulen, des Weiteren zur Ueberwinterung und Rückzucht der zu Dekorationen bei Festausstellungen benutzten Pflanzen. Die Einnahmen betragen 4083 Mark, die Ausgaben 4642 Mark. Hierbei muß bemerkt werden, daß sich ein weit höherer Ueberschuß hätte erzielen lassen, wenn nicht einem Wunsche aus der Gemeindevertretung heraus zur Vermeidung der Konkurrenz hiesigen Gärtnern gegenüber die Pflanzengüter eine zeitlang bedeutend eingeschränkt worden wäre. Da sich inzwischen herausstellte, daß von einer nennenswerten Schädigung hiesiger Gärtnerei nicht gesprochen werden kann und letztere selbst zum Teil Kunden der Gemeindegärtnerei sind, so wurde der Betrieb in vollem Umfange wieder aufgenommen. Am Schlusse des Berichtsjahres war ein Pflanzengbestand im Werte von 1500—2000 Mark vorhanden.

Für die Kaufmannsgerichtswahlen werden nunmehr die eingereichten Vorschlagslisten bekanntgegeben. Die Prinzipale haben nur eine Liste aufgestellt, die sechs Kandidaten enthält. Die Handlungsgehilfen dagegen haben drei Listen in Vorschlag gebracht, und zwar Liste I des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes mit sechs Kandidaten, Liste II des Leipziger Verbandes und Liste III des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfen mit zwei Kandidaten (Adolf Behrmann, Pfisterstr. 28, und Ernst Jöner, Zietenstr. 18).

### Potsdam.

Stadtverordnetenversammlung. Für die gewerbliche Fortbildungsschule soll eine Neuorganisation durchgeführt werden. Nach der vom Magistrat gegebenen Begründung haben sich die Beschlüsse des Lehrplans und jugendlichen Arbeiters zum Lehrherrn mehr und mehr gelockert. Infolgedessen hat die Fortbildungsschule die Aufgabe, neben der gewerblichen Ausbildung der jungen Leute diese zu tüchtigen Staatsbürgern und Menschen zu erziehen, was erreicht werden soll unter anderem durch Aufnahme von „Bürgerkunde“ in den Lehrplan. Die Debatte bewegte sich im allgemeinen in zünftlerischen Bahnen. Die Handwerksmeister wollen Kalkulation, Buchführung und vor allem Bürgerkunde aus dem Lehrplan ausschalten, während von pädagogischer Seite darauf hingewiesen wurde, daß man es den sozialdemokratischen Vereinen nicht allein überlassen dürfe, Wissen über Bürgerkunde zu verbreiten. Es wurde eine zweite Lesung der Vorlage beschlossen. Bei den Stadtberatungen wurde vom Stadtverordneten Bernhard bemängelt, daß die Einzelrats beraten werden, ohne daß vom Magistrat in einem Verwaltungsbericht eine allgemeine Uebersicht gegeben werde. Der Oberbürgermeister versprach bis zum Abschluß der Stadtberatungen den Stadtverordneten den gedruckten Verwaltungsbericht zugehen zu lassen. Kapitel Beleuchtungsämter schließt in Einnahme mit 79 800 Mark und Ausgabe mit 101 300 Mark ab. Hierbei frug der Stadtverordnete Nieche an, welches der Grund der in letzter Zeit zweimal eingetretenen Störungen auf dem Elektrizitätsnetz sei. (Hier haben sämtliche Heizer wegen schändlicher Behandlung die Arbeit niedergelegt, die Störungen in der Beleuchtung sind dann bei den Erasmannschaften eingetreten.) Stadtrat Wolters gab der Kasse die Schuld; bei einer Sendung habe eine Verschuldung des Feuerungsrotes stattgefunden. Er sprach die Entlassung der alten Angestellten, ohne auf den Grund derselben einzugehen. Stadtverordneter Damppe ist der Ansicht, daß zu wenig Leute mit Fachkenntnissen dort beschäftigt werden, die Kasse sei daran nicht schuld. Von den beantragten 10 000 Mark Neueinstellungen für elektrische Beleuchtung wurden mit Rücksicht auf die gespannte Lage des Etats 6000 Mark zurückgezogen. Kapitel Realgymnasium, dessen Etat auf 3 Jahre festgelegt ist, wird durch Einstellung neuer Stellen, die vom Kultusminister verlangt werden, um 2000 Mark erhöht. Kapitel Französischer Tisch, Einnahme 5500 Mark, Ausgabe 24 330 Mark. Ueber beabsichtigte bauliche Veränderungen soll eine besondere Vorlage gemacht werden. Es wurden noch folgende Etats festgesetzt: Krankenhaus, Einnahme 180 700 Mark und Ausgabe 192 700 Mark; Vorspannverwaltung, Einnahme und Ausgabe 1400 Mark; Eiswerk, Einnahme und Ausgabe 7889,31 Mark. In die nichtöffentliche Sitzung verlegt werden die Verhandlungen über den Ankauf des Grundstücks „Auf dem Stewitz 21“, auf welchem eine städtische Kurbadeanstalt für die Strandenburger Vorstadt errichtet werden soll.

### Eingegangene Druckschriften.

Kosmos. Landweiser für Naturfreunde, IX. Jahrgang, Heft 2. Hg. ausgegeben vom Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde. Jährlich 12 Hefen mit 5 Buchbeilagen. 4,80 Mark. — Technische Monatshefte, Heft 11 für Technik, Kultur und Leben. Herausgegeben von Prof. Dr. A. Kohlmann und Dipl.-Ing. Dr. A. Reib. 2. Jahrg. Heft 1. Vierteljährlich 3 Hefen und Buchbeilage 1,75 Mark. — Was ist Elektrizität? Erklärungen von Ch. R. Wilson. Deutsch von S. Günther. Französische Verlagsanstalt, Stuttgart. 1 Mark, geb. 1,80 Mark.

Gesamtheit der Menschennorm. Ein Text- und ein Bilderband von R. Burger-Blüthen. 215 S. R. G. Schmidt, Leipzig.

Das Weltproblem. Von A. Reppelt. Geb. 3 Mark. — Dr. Viktor Schmidts naturwissenschaftliche Schülerbibliothek. Band 2. Physikalische Experimentierbuch. Teil II. Von Prof. Dr. Reibens. 3 Mark. — Rhythmischen Turnen. Herausgegeben von A. Müller. (Künig und Dalling.) 8. Kart. 1,40 Mark. — Die irdischen Energiequellen und ihre Verwertung. Von Dr. H. Scholl. (Naturwissenschaftliche Vorträge und Schriften. Herausgegeben von der Berliner Urania. Heft 9.) Geb. 60 Pf. — Der Vortruener. (Mitschrift für deutsche Gerichterturner.) Von A. Müller. 2 Mark. — Naturwissenschaftliche Volksmärchen. Herausgegeben von Prof. Dr. Dähnardt. Bilder von D. Schmidrasheim. 1. Band. Geb. 2,40 Mark. Verlag B. G. Teubner, Leipzig und Berlin.

In 10 Stunden gründlich Sabelberger Stenographie. Von A. Adrigh. 90 Pf. — In 10 Stunden gründlich Esperanto. Von Dr. J. J. A. Troitzsch. 90 Pf., Chemnitz.

### Witterungsübersicht vom 27. Februar 1912.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenart	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenart	Temperatur in Grad C
Eintriede	760	SW	4 Regen	5	Opavanda	751	OSO	3 Bedeckt	-10
Hamburg	760	SW	2 Bedeckt	7	Petersburg	756	OSO	3 Schnee	-9
Berlin	763	SW	3 Bedeckt	6	Schlag	745	OSO	4 wolkg	10
Frankfurt a. M.	766	SW	3 Bedeckt	7	Strasbourg	747	OSO	2 halb bb	5
München	771	SW	4 wolkg	6	Paris	769	SW	3 Bedeckt	10
Wien	768	SW	1 wolkg	3					

Wetterprognose für Mittwoch, den 28. Februar 1912. Mild, jedoch vorherrschend wolkg mit Regenschauern und ziemlich starken südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wack, Berlin. Für den

Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts